

37. Sitzung

am Donnerstag, dem 17. Mai 2001

Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung ...	2747	Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	2760
		Abg. Frau Striezel (CDU)	2762
		Abg. Pietrzok (SPD)	2764
Jugend im Parlament 2000		Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) ...	2765
Bericht des Vorstands		Abg. Frau Hövelmann (SPD)	2767
vom 27. April 2001		Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	2769
(Drucksache 15/697)		Abg. Rohmeyer (CDU)	2771
Wehrpflicht abschaffen		Abg. Eckhoff (CDU)	2773
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen		Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) ...	2774
vom 14. Mai 2001		Abstimmung	2775
(Drucksache 15/708)			
Bildung muss wichtiger werden!			
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen		Realisierungsstand Space-Park	
vom 14. Mai 2001		Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/	
(Drucksache 15/709)		Die Grünen	
Mehr Rechte für Jugendliche		vom 23. Februar 2001	
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen		(Drucksache 15/637)	
vom 14. Mai 2001		D a z u	
(Drucksache 15/710)		Mitteilung des Senats vom 13. März 2001	
Innenpolitik, Ausländerpolitik, Rechtsradika-		(Drucksache 15/661)	
lismus, Polizeigesetz		Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen)	2776
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen		Abg. Frau Lemke-Schulte (SPD)	2778
vom 14. Mai 2001		Abg. Focke (CDU)	2780
(Drucksache 15/711)		Staatsrat Dr. Färber	2781
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ge-		Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen)	2783
zielt fördern			
Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU		Gesetz zur Änderung des Bremischen Wahl-	
vom 16. Mai 2001		gesetzes (Verringerung der Zahl der Bürger-	
(Drucksache 15/717)		schaftsmitglieder)	
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) ...	2748	Bericht und Antrag des Verfassungs-	
Abg. Pietrzok (SPD)	2750	und Geschäftsausschusses	
Abg. Eckhoff (CDU)	2753	vom 6. März 2001	
Abg. Tittmann (DVU)	2756	(Drucksache 15/644)	
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	2756	1. Lesung	
Abg. Kleen (SPD)	2758	2. Lesung	

Gesetz zur Änderung des bremischen Wahlrechts

(Verringerung der Zahl der Bürgerschaftsmitglieder, Wegfall der 5-Prozent-Klausel, Herabsetzung des Wahlalters)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. März 2001
(Drucksache 15/655)
1. Lesung

Präsident Weber	2784
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	2786
Abg. Teiser (CDU)	2788
Abg. Isola (SPD)	2791
Abg. Tittmann (DVU)	2793
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	2794
Abg. Teiser (CDU)	2795
Abstimmung	2796

Bericht zur Umsetzung des Gesetzes zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung im Alltag

Mitteilung des Senats vom 27. Februar 2001
(Drucksache 15/640)

Erziehungshilfen für Familien

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 27. April 2001
(Drucksache 15/695)

Abg. Frau Striezel (CDU)	2798
Abg. Pietrzok (SPD)	2800
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) ...	2801

Abg. Tittmann (DVU)	2803
Abg. Frau Striezel (CDU)	2804
Staatsrat Dr. Knigge	2805
Abstimmung	2806

25-Prozent-Anteil des Investitionssonderprogramms für Bremerhaven!

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 5. März 2001
(Drucksache 15/642)

Abg. Tittmann (DVU)	2806
Abg. Röwekamp (CDU)	2807
Abg. Tittmann (DVU)	2807
Abstimmung	2808

Mitbestimmung in den Betrieben stärken und geänderten Bedingungen anpassen

Antrag (Entschließung) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. März 2001
(Drucksache 15/646)

Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) ...	2808
Abg. Frau Ziegert (SPD)	2810
Abg. Focke (CDU)	2812
Abg. Frau Ziegert (SPD)	2815
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) ...	2816
Staatsrat Dr. Knigge	2817
Staatsrat Dr. Färber	2819
Abstimmung	2820

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Borttscheller, Henkel, Hoyer, Frau Jansen, Dr. Lutz, Neumeyer, Manfred Oppermann, Töpfer, Frau Wulff.

Präsident Weber

Vizepräsident Dr. Kuhn

Schriftführerin Arnold-Cramer

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Hannken

Schriftführerin Marken

Senatorin für Bau und Umwelt **Wischer** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Häfen **Hattig** (CDU)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Adolf** (SPD)

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Staatsrat **Dr. Böse** (Senator für Inneres, Kultur und Sport)

Staatsrat **Dr. Dannemann** (Senator für Finanzen)

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Dr. Knigge** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Staatsrat **Köttgen** (Senator für Bildung und Wissenschaft)

Präsident des Rechnungshofs **Spielhoff**

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.03 Uhr.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich eröffne die 37. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse. Folgende Gruppen sind anwesend: eine Klasse des Schulzentrums Gottfried-Menken-Straße und Jugendliche, die an der Veranstaltung „Jugend im Parlament“ mitgewirkt haben. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gezielt fördern, Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 16. Mai 2001, Drucksache 15/717.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(B) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit dem Tagesordnungspunkt „Jugend im Parlament 2000“ zu verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch. Die Bürgerschaft (Landtag) ist dann damit einverstanden.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, lassen Sie mich mit ihrer Zustimmung eine ganz kurze Einführung zu dem geben, was wir unter dem Tagesordnungspunkt „Jugend im Parlament 2000“ heute behandeln wollen!

Meine Damen und Herren, Anfang Dezember letzten Jahres wurde erstmals in der Bremischen Bürgerschaft das Projekt „Jugend im Parlament“ durchgeführt. Zweieinhalb Tage sollten 100 Jugendliche die Arbeitsweise eines Parlaments selbst ausprobieren können. Sie sollten im Parlament debattieren, in Ausschüssen diskutieren und zum Abschluss ihre Beschlüsse als Resolutionen verfassen. Es sollte für 100 Jugendliche aus Bremerhaven und Bremen eine intensive Erfahrung bürgerkundlichen Unterrichts werden.

Die Bremische Bürgerschaft war erfolgreich bemüht, eine große Öffentlichkeit zu erzielen. Wir haben für „Jugend im Parlament“ engagiert und mit

Überzeugung geworben. Flyer wurden in den Schulen, den Jugendfreizeitheimen, den Jugendorganisationen und an weiteren Orten, an denen sich die Jugend trifft, verteilt. Wir konnten zudem das Interesse der Medien am Thema wecken und gingen eine Kooperation mit dem „Weser-Kurier“ und Radio Bremen ein.

Das Ergebnis war eine umfassende Berichterstattung, anfangs in Form von werbenden Trailern im Fernsehen und im Radio sowie anschließenden informativen Berichten in allen Zeitungen. Der „Weser-Kurier“ räumte Jugendlichen, die nicht für die Teilnahme an der Veranstaltung ausgelost worden waren, Sonderseiten ein. Viermal berichteten sie aus dem Haus der Bürgerschaft über die Veranstaltung, die Seiten wurden hier im Haus geschrieben. Diese Medienpräsenz war dem Projekt „Jugend im Parlament“ eine wichtige Starthilfe. Einerseits half es der Bremischen Bürgerschaft, die Neugier der Jugendlichen von 15 bis 21 Jahren zu wecken, und andererseits war bei der erstmaligen Organisation der Anschlag für die Zukunft des Projektes von großer Bedeutung.

Unser Ziel war es, das politische Interesse bei möglichst vielen Jugendlichen wachzurufen. Das Ziel wurde erreicht. Es meldeten sich fast doppelt so viele Interessenten, wie Plätze hier im Plenarsaal vorhanden sind. Die Fraktionen setzten sich dann zusammen und verlost die Plätze für die Bremerhavener und Bremer Jugendlichen.

Als sich „Jugend im Parlament“ am 1. Dezember 2000 zusammenfand, dauerte es nicht lange, und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer übernahmen schnell die Organisation. Mich hat damals beeindruckt, wie deutlich den Jugendlichen die Freude an der politischen Diskussion anzumerken war. Interessant war auch, wie die jungen politischen Gruppen versuchten, die Geschehnisse während der Veranstaltung stärker zu beeinflussen als die Unorganisierten, und wie schnell der Versuch einer Beeinflussung vom gesamten Plenum unterbunden wurde. Die damalige Dynamik der Prozesse und auch der Diskussion, so denke ich, war für uns Zuschauerinnen und Zuschauer faszinierend. Im Plenum redeten alle Altersstufen ohne Scheu, und wenn einer Person nicht genügend Gehör geschenkt wurde, griff sofort das Präsidium ein oder eine der jugendlichen Abgeordneten mahnte von ihrem Sitz aus.

Die Jugendlichen nutzten dann auch engagiert die zeitliche Lücke, die wir eingeplant hatten. Sie trafen sich an dem Wochenende, das innerhalb der Veranstaltung lag, und arbeiteten zusammen weiter. Für die anschließende Arbeit in den Ausschüssen wünschten die Jugendlichen Beiträge von Referentinnen und Referenten aus Politik und Verwaltung. Die Organisation der damals notwendigerweise sehr kurzfristig anberaumten Termine lief fast reibungslos. Ich bedanke mich noch einmal an dieser

(C)

(D)

- (A) Stelle bei den Ressorts und bei allen hier im Saal, die bei „Jugend im Parlament“ ihr Fachwissen zur Verfügung gestellt haben!

Das fruchtbare Ergebnis der Ausschussarbeit von „Jugend im Parlament“ zeigte sich in 14 gefassten Resolutionen. Diese wurden anschließend zur Beratung in die Deputationen und Ausschüsse der Bürgerschaft überwiesen. In alle Sitzungen wurden die zuvor von den Jugendlichen gewählten Repräsentanten geladen. Nach meinem Wissensstand folgten sie fast alle den Einladungen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Sie hören aus meiner Beschreibung, dass wir mit dem Ablauf der damals in Bremen durchgeführten Veranstaltung sehr zufrieden sein können. Die Resonanz, die wir anschließend von vielen der Jugendlichen erhielten, entsprach unserem Wunsch, zur politischen Teilnahme zu motivieren. Viele der Teilnehmer trafen sich auch später und teilten in neu entstandenen Gruppen nun das gewachsene Interesse für die Politik.

In Planung ist nun der Austausch auch mit anderen europäischen politischen Jugendprojekten. So regte das deutsch-französische Jugendwerk einen Austausch mit den Jugendparlamenten in Straßburg und Mostar an. Da sich jedoch die politische Lage in Bosnien-Herzegowina in den vergangenen Wochen zugespitzt hat, musste der Zeitpunkt dieses Projektes erst einmal verschoben werden.

(B)

Die Durchführung von „Jugend im Parlament“ und die Resonanz, die die Veranstaltung bei den Jugendlichen fand, ist die eine Seite der Betrachtung. Die andere Seite ist der Umgang mit den 14 Resolutionen, die in den Ausschüssen und Deputationen behandelt wurden und jetzt Gegenstand unserer Debatte sein werden. Die Ernsthaftigkeit, mit der die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Ergebnisse im Dezember gemeinsam fassten, soll sich heute in dem Respekt, mit dem wir die politische Diskussion führen, widerspiegeln.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden sich am kommenden Dienstag, dem 22. Mai, von 16 bis 18 Uhr hier zu einer abschließenden Diskussion hier im Plenarsaal treffen. Zurzeit sitzen sie in großer Anzahl dort oben auf den Zuschauerrängen und folgen unserer Debatte. Am Dienstag, liebe Kolleginnen und Kollegen, lade ich Sie ein, dort oben auf den Rängen Platz zu nehmen und dem Resümee der Jugendlichen hier unten im Plenarsaal zu folgen.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Das politische Engagement dieser Jugendlichen ist eine Chance für unsere Zukunft. Wir sollten sie nicht zerreden. In diesem Sinne möchte ich das Wort an den ersten Redner erteilen.

Meine Damen und Herren, wir treten dann in die Tagesordnung ein.

Jugend im Parlament 2000

Bericht des Vorstands
vom 27. April 2001
(Drucksache 15/697)

(C)

Wir verbinden hiermit:

Wehrpflicht abschaffen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. Mai 2001
(Drucksache 15/708)

u n d

Bildung muss wichtiger werden!

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. Mai 2001
(Drucksache 15/709)

s o w i e

Mehr Rechte für Jugendliche

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. Mai 2001
(Drucksache 15/710)

des Weiteren

Innenpolitik, Ausländerpolitik, Rechtsradikalismus, Polizeigesetz

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. Mai 2001
(Drucksache 15/711)

(D)

u n d

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gezielt fördern

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 16. Mai 2001
(Drucksache 15/717)

Meine Damen und Herren, die gemeinsame Beratung ist nun eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich auch im Namen meiner Fraktion bei all denen bedanken, die „Jugend im Parlament“ möglich gemacht haben, zuallererst bei den teilnehmenden Jugendlichen, die mit großem Engagement und großer Ernsthaftigkeit die Themen diskutiert und Resolutionen erarbeitet haben. Sie haben damit die vorhandenen Vorurteile von der Spaßgeneration, die kein Interesse an der politischen Diskussion hat, klar widerlegt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Ihnen, den Jugendlichen, haben wir Abgeordnete neue Einblicke und Erkenntnisse zu verdanken und auch einige richtig gute Diskussionen in der grünen Fraktion.

Bedanken möchte ich mich auch beim Präsidenten und beim Vorstand der Bremischen Bürgerschaft, die dieses Vorhaben auch gegen Zweifel und Skepsis durchgesetzt und daran geglaubt haben, dass dieses Experiment sich lohnt. Sie haben versprochen, dass es weitergeht, und wollen auch einen internationalen Austausch mit vorbereiten.

Bedanken möchten wir uns auch bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Bürgerschaft, die „Jugend im Parlament“ organisiert und begleitet und damit gewährleistet haben, dass die Öffnung der Bürgerschaft mit Leben gefüllt wird.

(Beifall)

Mein letzter Dank gilt den Medien Radio Bremen und dem „Weser-Kurier“. Sie haben in beispielloser Weise diese Initiative des Vorstands und des Präsidenten der Bürgerschaft aufgenommen und Jugendlichen ein Forum gegeben. Ich glaube, dass ein Teil des Lernprozesses auch darin bestanden hat, wie eigentlich die Vermittlung von Politik im Parlament funktioniert und wie es eigentlich geschieht, dass das in der Zeitung oder im Rundfunk landet. Das war auch, glaube ich, eine wichtige Erfahrung für die Jugendlichen. Nach dem, was ich zumindest aus dem „Weser-Kurier“ gehört habe, gibt es viele Redakteure, die gesagt haben, dass es ihnen auch ungeheuer viel Spaß gemacht hat. Die könnten vielleicht darüber nachdenken, wie man so etwas auch dauerhaft institutionalisieren kann.

(B) Für die grüne Fraktion ist „Jugend im Parlament“ ein gelungenes Experiment. Es ist ein Projekt der politischen Bildung. Es entstehen darüber keine Mitspracherechte für Jugendliche. Diese, und das möchten wir gern, das werden wir auch nachher noch in dem Antrag begründen, sollen viel stärker als bisher auf Stadtteilebene gewährt werden, immer dann, wenn staatliche Planungen die Interessen von Jugendlichen berühren, wie es auch die Gesetzeslage im Kinder- und Jugendhilfegesetz vorsieht.

Ausdrücklich sage ich hier, „Jugend im Parlament“ ersetzt weder die direkte Beteiligung Jugendlicher, noch kann man damit die Forderung, das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken, überflüssig machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im Gegenteil, „Jugend im Parlament“ hat gerade gezeigt, dass die Behauptung, Sechzehnjährige seien noch nicht reif genug für das Wahlrecht, eindeutig nicht stimmt. Hier wurde eindrucksvoll und eindeutig belegt, dass Jugendliche auch in dem Alter

politische Prozesse mündig begleiten und sich ein Urteil bilden können. (C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Auch die Abgeordneten und die Verwaltungszweige haben Neuland betreten. Total unterschiedlich war der Umgang mit den von den Jugendlichen im Parlament beschlossenen Resolutionen in den Deputationen. Die Spanne reichte von ernsthaften Debatten, zum Beispiel in der Deputation für Arbeit und Gesundheit, bis – das muss ich hier leider kritisieren – zur Weigerung der CDU, in der Innendeputation Diskussionen vor den Jugendlichen zu führen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das kann man beim nächsten Mal auf jeden Fall besser machen. Wir müssten insgesamt, glaube ich, verabreden, dass wir uns, wenn wieder „Jugend im Parlament“ ist, auch einigen, wie die Verfahren in den Ausschüssen und Deputationen einheitlich und verlässlich gestaltet werden können, dass da nicht Einzelne versuchen, die Diskussionen zu verhindern, die ihnen parteipolitisch nicht in den Kram passen. Wir müssen verbindlicher regeln, wie wir in den Ausschüssen und Deputationen mit den Resolutionen der Jugendlichen umgehen. (D)

Für uns Grüne war die Themenwahl von „Jugend im Parlament“ besonders interessant. Während in der großen Politik wirtschafts- und finanzpolitische Themen eine große Dominanz haben, hatte „Jugend im Parlament“ eine andere Gewichtung. Im Mittelpunkt standen Fragen von Schule und Jugendpolitik, Menschen und Bürgerrechten, Drogen und Jugendschutz. Das sollte uns hier im Parlament Mut machen, solchen Themen auch wieder einen größeren Stellenwert zu geben. Es sind die Themen, die die Bevölkerung direkt betreffen. Positiv möchte ich noch erwähnen, dass obwohl „Jugend im Parlament“ keinen Anspruch darauf erheben kann, repräsentativ zu sein, auf eine angemessene Beteiligung von Mädchen und von Jugendlichen aus Migrantenfamilien geachtet wurde.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Als Anregung für die Auswertung von „Jugend im Parlament“ am nächsten Dienstag möchten wir einbringen, dass die Frage der Altersspanne zwischen 14 und 23 Jahren noch einmal neu diskutiert wird und dass in Zukunft darauf geachtet wird, dass beim nächsten Mal mehr Auszubildende und Berufsschülerinnen und Berufsschüler daran beteiligt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Auch beim Jugendverband der Grünen, „Grüne Jugend Bremen“,

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Die gibt es?)

war „Jugend im Parlament“ umstritten, das will ich hier frei einräumen. Es wurde die Gefahr gesehen, dass „Jugend im Parlament“ als Alibiveranstaltung dient, während Jugendlichen wirkliche Beteiligungsrechte und ein Wahlrecht ab 16 Jahren vorenthalten werden. Es liegt hier an uns allen, am ganzen Haus, zu beweisen, dass es uns mit der Beteiligung von Jugendlichen ernst ist, dass Politik ohne Achtung vor der Meinung anderer nicht geht, unabhängig vom Lebensalter.

Die Bürgerschaftsfraktion der Grünen hat sich in Arbeitsgruppen und auf Fraktionssitzungen mehrfach mit den Resolutionen von „Jugend im Parlament“ beschäftigt. Es gibt Übereinstimmungen in den Positionen, die sich in den Resolutionen niederschlagen, und es gibt auch Unterschiede, und die werden wir hier auch in der Debatte über die einzelnen Anträge deutlich machen.

Zusätzlich zu unseren in der Senatsdrucksache vorgelegten Positionen haben wir hier heute vier Anträge zu vier zentralen Anliegen von „Jugend im Parlament“ eingebracht, damit sich die Bürgerschaft als Ganzes noch einmal mit unseren Positionen beschäftigen kann. Die Anträge sind „Die Wehrpflicht abschaffen“, „Bildung muss wichtiger werden“, „Innenpolitik, Ausländerpolitik, Rechtsradikalismus und Polizeigesetz“ und „Mehr Rechte für Jugendliche“. Diese Anträge werden gleich von den Kolleginnen meiner Fraktion hier vorgetragen und begründet.

Wir haben uns ja bezüglich der Reihenfolge der Rednerinnen und Redner verabredet, wie wir das hinbekommen, uns vielleicht inhaltlich auf die Sachzusammenhänge zu beziehen, so dass auch eine richtige Diskussion zustande kommen kann. Vielleicht schaffen wir es, zu diesen Punkten und auch zu denen, die die anderen Fraktionen einbringen, eine interessante, faire und auch an der Sache orientierte Diskussion zu führen. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pietrzok.

Abg. **Pietrzok** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann mich den Danksagungen von Frau Linnert hier nur anschließen. Dieses Projekt „Jugend im Parlament“, das ja auch von uns hier zum ersten Mal beschlossen und dann umgesetzt worden ist, das muss ich wirklich sagen, war ein ganz toller Erfolg. Ich habe mich wirklich ganz besonders darüber gefreut, mit welchem Engagement die Jugendlichen hier die Arbeitsprozesse organisiert und mit welcher Courage sie am Redner-

pult, an dem ich jetzt stehe, gestanden und ihre Positionen vertreten haben. Ich habe manchmal da oben gesessen und habe wirklich gedacht, verflucht noch einmal, die können das genauso gut wie ich!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Abg. T i t t m a n n [DVU]: Besser, besser!)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, in dem Alter hätte ich mir eine solche Sache nicht zugetraut, mich so einfach da hinzustellen und so klar meine Position zu vertreten. Deswegen hier noch einmal ein ganz großes Lob an die Jugendlichen, wie sie das hinbekommen haben!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das Bild, das „Jugend im Parlament“ in der Öffentlichkeit hinterlassen hat, war auch, weil die Medien sich so beteiligt haben, aus meiner Sicht wirklich grandios. Ich glaube, dass nicht nur die Jugendlichen selbst davon profitiert haben, weil sie die Möglichkeiten hatten, sich hier zu erproben, ihre eigenen politischen Positionen aneinander zu reiben, zu entwickeln und daraus Resolutionen zu entwickeln, sondern dass wir als Parlament insgesamt von diesem Projekt sehr deutlich profitieren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Es zeigt deutlich, dass wir uns Mühe geben, Jugendliche stärker mit Politik in Kontakt zu bringen, dass wir um Jugendliche werben, damit sie sich stark in der Politik engagieren. Die Jugendlichen haben die Politik, wenn man sich die Resolutionen anschaut, sehr ernst genommen. Ich finde, die Ernsthaftigkeit wird in allen Resolutionen sehr deutlich. Die Intensität der Auseinandersetzung ist bei allem, was dort niedergeschrieben und beschlossen worden ist, deutlich erkennbar. Ich gebe auch zu, an einigen Punkten sind uns als SPD-Fraktion durchaus auch Finger in die Wunden gelegt worden, und das ist auch gut so.

Die Frage, die sich jetzt stellt, ist, wie ernst wir die Jugendlichen bei dem zukünftigen Umgang mit dem, was die Resolutionen aussagen, nehmen. Aber es stellt sich genauso die Frage, wie wir die Jugendlichen darüber hinaus ernst nehmen wollen, und das ist eine Frage der politischen Beteiligung, die im Rahmen von „Jugend im Parlament“ nicht zu bewältigen ist. Wir werden uns zukünftig damit auseinander zu setzen haben, welche zusätzlichen Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche im politischen Leben geschaffen werden können, damit Jugendliche mehr zu sagen haben. Stellen Sie sich einfach einmal vor, welche Generationenentwicklung, welche Altersentwicklung wir hier haben! Da ergibt sich eine deutliche Verschiebung, weil die Jugendlichen

(C)

(D)

- (A) im Verhältnis zu den Alten immer weniger werden. Ich denke, schon allein aus dieser Tatsache heraus müssen hier neue Konzepte her.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden ja einzelne Resolutionen beziehungsweise Dringlichkeitsanträge in diesem Zusammenhang in der Debatte hier noch erörtern. Ich möchte aber, weil die Jugendlichen, die sich an „Jugend im Parlament“ beteiligt haben, zum großen Teil jetzt auch hier sind, einige Sachen deutlich machen, die auch erklären, warum wir als Regierungspartei bestimmte Beschlüsse, die im Jugendparlament niedergeschrieben worden sind, nicht einfach übernehmen können, sondern dass sich für uns Politik in einer Gemengelage darstellt, die mit machtpolitischen Konstellationen zu tun hat, mit Koalitionen, mit Regierungsbeteiligung, und dass es für Regierungsparteien ungleich schwerer ist, zu politischen Beschlüssen zu kommen, als es das vielleicht für eine Oppositionspartei ist.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Das Schwierige für eine Regierungspartei ist einfach, dass unsere Beschlüsse, wenn wir sie hier im Parlament als Koalition fassen, zur Umsetzung gelangen, und deswegen müssen sie auch in der Feingliedrigkeit korrekt sein. Es können nicht nur einfache politische Botschaften vermittelt werden, sondern sie müssen handwerklich sehr genau durchgearbeitet sein. Eine Oppositionsanfrage oder ein Oppositionsantrag hat da eher eine etwas andere Funktion, denn sie sollen oft auch einfach darstellen, dass die Opposition, in Widerspruch zu einer bestimmten Position steht.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/
Die Grünen]: Und auch Visionen hat!)

Da ist es eben nicht unbedingt nötig, dass die Dinge handwerklich so detailliert durchgearbeitet werden, das möchte ich einfach einmal deutlich machen.

(Beifall bei der SPD)

In einer Resolution ist zum Beispiel der Satz gefallen, dass die Politik erpressbar sei. Ich möchte dazu hier noch einmal Stellung nehmen. Aus meiner Sicht ist die Politik nicht erpressbar, aber manchmal sind die Entscheidungsspielräume, die wir in der Politik haben, wirklich sehr gering. Wir als Fraktion haben dann Parteitagebeschlüsse, und die Partei fordert eine konsequente Umsetzung der eigenen Beschlüsse. Wir haben einen Koalitionsvertrag, darin sind bestimmte Absprachen, wie man als Koalition miteinander zusammenarbeitet, festgeschrieben, da sind bestimmte Rahmenzielvereinbarungen über den

politischen Ansatz, den man verfolgt, niedergeschrieben, da gibt es die einzelnen politischen Gruppen in der Stadt, die auf uns als Fraktion einen deutlichen Druck ausüben, und da gibt es finanzpolitische Spielräume, die uns den politischen Rahmen als Regierungspartei sehr eng stecken. Wenn man sich dieses ganze Kräftefeld anschaut, das auf eine solche Fraktion wirkt, dann muss man einfach offen zugestehen, dass sich daraus manchmal durchaus eine Sachzwanglogik ergibt, zumindest aber, dass die politischen Entscheidungsspielräume oft sehr eng sind.

(Beifall bei der SPD)

Aber die Konstellationen ändern sich auch eben manchmal, die Konstellationen ändern sich sowohl, was die Regierungsbeteiligung betrifft, aber sie ändern sich auch bei allen anderen von mir beschriebenen Faktoren, insofern sind Bewegungsspielräume natürlich sehr wohl gegeben. Die Opposition hat es also leichter, weil sie kompromissärmere Forderungen formulieren kann.

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/
Die Grünen]: Das macht Spaß!)

Das ist doch wahr, Frau Dr. Trüpel, das wissen Sie auch! Das genießen Sie doch auch, und das sei Ihnen auch zugestanden. Wir haben dafür andere Dinge, die wir genießen, nämlich den gestalterischen Anspruch.

(Beifall bei der SPD)

Wir genießen, dass wir einen höheren gestalterischen Anspruch haben, und das finde ich auch ganz gut.

Für die SPD-Fraktion ist es jetzt natürlich besonders knifflig, weil wir nicht nur hier in Bremen durch die Koalition in der Regierungsverantwortung sind, sondern auch auf der Bundesebene, da aber in Koalition mit den Grünen. Ich möchte das noch einmal ganz deutlich machen, weil das in der Frage der Debatte zur Bundeswehr eine ganz wichtige Rolle spielt, wenn wir jetzt hier nämlich zum Thema „Abschaffung der Wehrpflicht und Verkleinerung der Bundeswehr“ diskutieren, dann haben wir eine ganz schwierige Situation. Wir haben nämlich einen Koalitionspartner hier im Bundesland, der auf Bundesebene eine Position vertritt, die sich tendenziell eher gegen die der SPD richtet. Wir können auf Bundesratsebene als SPD-Fraktion aber ohne unseren Koalitionspartner nicht aktiv werden, das sieht der Vertrag so vor. Mit dem müssen wir also eine Bundesratsinitiative erst einmal abstimmen.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/
Die Grünen]: Sagen Sie doch, dass eine große Koalition nicht so schön ist!)

(C)

(D)

(A) Eine weitere Frage, mit der wir uns in Hinblick auf den vorliegenden Bundesratsantrag auseinander zu setzen haben, ist, welche Rolle das offensichtlich ja sehr kleine Bundesland Bremen im Rahmen der ganzen Gemengelage im Bundesrat spielt. Dazu kommt dann noch, dass unser Koalitionspartner, mit dem wir hier jetzt laut Antrag der Grünen ja eine Initiative ergreifen wollen, eben auf Bundesebene genau in Opposition zu den Politikansätzen steht, die Scharping unter Zustimmung der Fraktion der Grünen macht. Insofern haben wir vor dem Hintergrund der Wehrpflicht, auf den Antrag möchte ich jetzt eingehen, eine sehr schwierige Situation, zu der wir uns politisch verhalten müssen. Deswegen werden wir den Dringlichkeitsantrag schon aus dieser schwierigen Konstellation heraus nicht verfolgen können. Ich werde es aber jetzt auch noch einmal inhaltlich begründen, warum es nicht dazu kommt.

Die Auffassung der SPD ist, dass die Wehrpflicht zum jetzigen Zeitpunkt sinnvoll ist. Die Einführung einer Berufsarmee hat aus unserer Sicht gewisse Risiken, weil sie eine gesellschaftliche Isolierung darstellen kann und weil die demokratischen Strukturen für eine Armee besonders dadurch gewährleistet sind, dass viele gesellschaftliche Gruppen direkt in die Bundeswehr dadurch hineinwirken, dass sie da sind. Wenn wir uns die deutsche Geschichte anschauen – es gibt auch in anderen Ländern Ereignisse –, dann ist das ein Argument, das dafür spricht, auch weiterhin die Wehrpflicht aufrecht zu erhalten, aber keine Berufsarmee einzuführen. Das bedarf aber gewisser Einschränkungen.

(B) Der SPD – und der Bundesverteidigungsminister ist im Augenblick dabei, wer gestern die Nachrichten gesehen hat, hat auch über Verhandlungen mit der neuen Gewerkschaft ver.di gehört –, geht es derzeit politisch genau darum zu versuchen, im neuen politischen Koordinatensystem, das mittlerweile nicht mehr neu, sondern über zehn Jahre alt ist, ohne den Ost-West-Konflikt, natürlich auch, was das Militär betrifft, zu Umsteuerungen zu kommen. Verkleinerung ist unumgänglich, nicht nur, weil eine Armee keinesfalls mehr so benötigt wird, wie sie vielleicht vor einigen Jahren benötigt worden ist, Verkleinerung ist auch deswegen nötig, weil die haushaltspolitischen Spielräume auf Bundesebene so eng sind, dass die nötigen Einsparungen da sehr gut erbracht werden können, und deswegen geht Rudolf Scharping die Verkleinerung der Bundeswehr an, und das findet die SPD richtig so.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD sagt ganz deutlich ja zur Wehrpflicht, aber die Wehrpflicht darf nicht der Verkleinerung der Armee entgegenstehen.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Sehr sibyllinisch!)

Das ist nicht sehr sibyllinisch, sondern das macht ganz deutlich, welche Priorität wir haben. Für uns ist wichtiger, dass wir zu einer Verkleinerung der Armee kommen. Wir finden die Wehrpflicht zwar auch wichtig, aber wenn man sich entscheiden muss, dann macht das in der Perspektive deutlich, wie sich die SPD entscheiden will.

(Beifall bei der SPD – Abg. Frau S t r i e - z e l [CDU]: Aber Wehrgerechtigkeit gibt es dann nicht mehr!)

Die Wehrgerechtigkeit ist genau der Grund, weswegen wir dann möglicherweise irgendwann auch die Wehrpflicht zur Disposition zu stellen haben. Wir haben schon jetzt die Situation, und die Verkleinerung der Bundeswehr wird das noch verschärfen, dass wir genau diese Gerechtigkeit, wer wehrpflichtig ist und wer nicht, nicht mehr gegeben haben, und deswegen genau habe ich diesen Satz so formuliert, dass die Wehrpflicht der Verkleinerung nicht entgegenstehen darf.

Die Bundeswehr wird in ihrer Personenzahl und auch in der Zahl der zivilen Mitarbeiter deutlich reduziert werden, aber Rudolf Scharping macht derzeit eine Politik, die versucht, auch bei der Bundeswehr selbst und auch bei den zivilen Beschäftigten ein gewisses Maß an Akzeptanz für diese Verkleinerung zu schaffen und dafür einen gewissen Konsens herzustellen. Der Antrag der Grünen, auch wenn die Richtung für mich völlig nachvollziehbar ist, ist aber hinsichtlich der Zahl meiner Meinung nach derzeit eine so engagierte Zielsetzung, bei der wir davon ausgehen, dass wir sie in nächster Zeit nur schwer erreichen können, aber die Perspektive Truppenverkleinerung teilen wir!

Wir müssen allerdings im Hinblick auf die Wehrpflicht auch noch sehen, dass wir mittlerweile eine ganz andere, demokratisch viel deutlicher durchstrukturierte Gesellschaft haben. Vor dem Hintergrund meine ich, dass die Frage der Berufsarmee auch heutzutage anders diskutiert werden kann, als das noch in den fünfziger Jahren im Schatten des Nationalsozialismus der Fall war. Wenn wir uns andere Länder in Europa ansehen, die derzeit über eine Berufsarmee verfügen, dann müssen wir doch sagen, dass die demokratischen Systeme dadurch nicht gefährdet sind, und es handelt sich dabei keineswegs um einen Staat im Staate.

Deswegen bin ich der Meinung, dass wir hier langsam, aber durchaus offensiv diese Diskussion weiterführen müssen, und wenn Sie meine persönliche Einschätzung hören wollen, ich gehe davon aus, dass genau Folgendes passieren wird: Wir werden eine deutliche Truppenverkleinerung in Deutschland haben, und im Verlauf der Jahre wird genau wegen dieser Wehrgerechtigkeit die Wehrpflicht in Frage gestellt werden. Ich kann mir gut vorstellen, dass es irgendwann dazu kommt, dass tatsächlich in Deutsch-

(C)

(D)

(A) land aus diesen pragmatischen Gründen die Wehrpflicht abgeschafft wird. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. **Eckhoff** (CDU *)): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wollen ja heute auch etwas parlamentarisch diskutieren. Daher kann ich mir drei Vorbemerkungen nicht verkneifen, um auf den Kollegen Pietrzok einzugehen. Herr Pietrzok, jetzt weiß ich, was die wissenschaftliche Erklärung für das Wort Gummi-SPD ist, nachdem ich Sie hier gehört habe.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Erklären Sie doch einmal!)

In einer Rede sich gleichzeitig für und gegen die Wehrpflicht auszusprechen, das ist schon ein Kunststück, Herr Kollege Pietrzok!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

(B) Was mich wirklich erfreut hat, ist, dass Sie uns die Rolle der Opposition so gut erklären konnten, dass ich den Eindruck habe, die SPD läuft sich schon warm für diese Rolle.

(Beifall bei der CDU – Abg. K l e e n [SPD]: Ganz bestimmt nicht! – Abg. K o t t i s c h [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Sehr geehrte Damen und Herren, das Experiment „Jugend im Parlament“ ist gelungen. Ich möchte mich dem Dank anschließen, dem Dank an die Teilnehmer, dem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier im Hause, dem Dank an die Sponsoren, dem Dank an die Kolleginnen und Kollegen hier aus dem Parlament, die intensiv dieses Projekt vorbereitet haben, und ich möchte mich auch ganz herzlich beim Präsidenten dafür bedanken, dass er sich so intensiv für dieses Projekt eingesetzt hat.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Präsident Weber: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kottisch?

Abg. **Eckhoff** (CDU): Selbstverständlich! Bei Herrn Kottisch immer gern!

Präsident Weber: Bitte, Herr Kottisch!

*) Vom Redner nicht überprüft.

Abg. **Kottisch** (SPD): Herr Eckhoff, ist Ihnen der Hegelsche Lehrsatz These, Antithese, Synthese bekannt?

(C)

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Abg. **Eckhoff** (CDU): Der ist mir sehr wohl bekannt, Herr Kollege Kottisch!

(Abg. K o t t i s c h [SPD]: Dann berücksichtigen Sie ihn doch bitte einmal!)

Herr Kottisch, dass Sie so eine Frage stellen beziehungsweise so eine Zwischenbemerkung machen können, ist mir sehr wohl klar. Sie sind ja nicht SPD-Mitglied, vielleicht laufen Sie sich noch nicht warm für die Rolle der SPD.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD: Das war schwach!)

Ich möchte einige Bemerkungen zur Geschichte von „Jugend im Parlament“ machen. Sehr geehrte Damen und Herren, die Forderung nach der Errichtung eines Jugendparlamentes stammt aus dem Jahr 1989. Damals schlug insbesondere die Junge Union ein Modell vor, wie man Vierzehn- bis Achtzehnjährige an der Demokratie besser beteiligen kann.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie hieß denn damals der Vorsitzende?)

(D)

Vierzehn- bis Achtzehnjährige sollten so nach Vorstellungen der Jungen Union damals, ich komme gleich darauf zurück, während der Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft auf einem Extra-Stimmzettel abstimmen können, um dort ein Jugendparlament zu wählen. Nun sind wir, und auch sicherlich meine Person, Herr Dr. Kuhn, von diesen idealistischen Forderungen mittlerweile etwas abgerückt, aber ich bin froh, dass sich in dieser Form im Jahr 2001 beziehungsweise die Durchführung im Jahr 2000 die Forderung nach einem Jugendparlament erfüllt hat. Dazu gab es ein langes parlamentarisches Vorspiel, es gab verschiedene Initiativen in den Jahren 1991 bis 1995. Diese wurden immer wieder unterschiedlich beurteilt, es kamen Vorschläge eines Jugendbeauftragten aus dem Bereich der senatorischen Behörde, aber schließlich und endlich hat sich diese Idee, Gott sei Dank, durchgesetzt.

Ich möchte auch noch einmal meine persönlichen Eindrücke dieser Tage im letzten Dezember schildern. Die Teilnahme auf der Tribüne war außerordentlich interessant und hat viel Spaß gemacht. Es wurde inhaltlich argumentiert, es wurde um Positionen gestritten, aber es wurden auch in bester parteitaktischer Manier Mehrheiten gesucht, dies gehört mit zur Politik. Danach wurde die Arbeit in den

(A) Ausschüssen fortgesetzt, und in diesen Ausschüssen gab es interessante Runden, es gab harte Fragen, man konnte diesen Fragen selten ausweichen, wie wir das in der Politik ja ganz gern machen, es wurden die Fragen auf den Punkt gebracht. Ich weiß nicht, ob die Antworten immer auf den Punkt gebracht waren, aber ich kann, zumindest soweit ich es mitbekommen habe, beurteilen, dass sich alle Kolleginnen und Kollegen wirklich intensiv bemüht haben, diese Fragen auch entsprechend zu beantworten.

Mir und, ich glaube, auch den Kolleginnen und Kollegen aus dem Hause, die mitgemacht haben, hat es wirklich viel Spaß gemacht, und wenn wir auch herüberbringen, dass Politik mehr ist, als es häufig von außen betrachtet wird, dass Politik auch ein Faktor ist, der Spaß machen muss, damit man sich um Positionen streiten kann, damit man nach den besten Argumenten sucht, wenn uns das gelungen ist, mit Hilfe der Jugendlichen dies herüberzubringen, dann war es wirklich ein gelungenes Experiment!

(Beifall bei der CDU)

(B) Aber, um das auch einleitend zu den Resolutionen zu sagen, die dort auch mehrheitlich beschlossen worden sind: Diese Positionen, und das war, glaube ich, allen Jugendlichen klar, lassen sich nicht eins zu eins umsetzen. Diese Positionen werden vielleicht in manchem Punkt sich in den nächsten Jahren automatisch ergeben. Die Gesellschaft entwickelt sich weiter, die jüngeren Leute übernehmen eine immer stärkere Rolle auch im gesellschaftlichen Leben, und sicherlich wird manche Position sich erst nach langjährigem Bohren dicker Bretter in die Tat umsetzen lassen. Aber das darf die jungen Leute nicht davon abhalten, diese Positionen engagiert vorzutragen, mit diesen Positionen sich in die Politik einzubringen, und aus diesem Grunde setzen wir uns ja auch heute mit diesen Positionen auseinander.

Ich sage aber auch: Einige dieser Positionen werden vielleicht auch nie eine Mehrheit im politischen Engagement finden, und über andere Positionen wird der eine oder andere junge Mensch in zehn oder 15 Jahren denken, was habe ich da eigentlich zu Papier gebracht, und was war damals so meine Forderung, wie konnte ich so etwas zu dem damaligen Zeitpunkt nur fordern.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/
Die Grünen]: Alles Erfahrungswerte!)

Sicherlich, Frau Stahmann, auch ein bisschen Erfahrung, aber das kann ja bei solchen Diskussionen auch helfen.

Was uns aber natürlich in erster Linie hilft, um die Meinung der jüngeren Generation auch in unsere Arbeit stärker einfließen zu lassen, ist, dass bei den nächsten Wahlen noch mehr jüngere Leute tatsäch-

lich auch hier in die Parlamente entsandt werden. Das ist die beste Möglichkeit politischer Mitbestimmung.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte ganz gern auf zwei Themenbereiche eingehen. Einen hat gerade der Kollege Pietrzok angesprochen, das ist der Bereich der Wehrpflicht und auch die damit verbundene Forderung der Grünen nach Reduzierung der Bundeswehr. Zunächst einmal muss man zum Ausgangspunkt sagen, dass die Bundeswehrstärke in den neunziger Jahren zweimal reduziert wurde. Direkt nach der Wiedervereinigung und der Verschmelzung der beiden Armeen gab es über 400 000 Soldaten. Dieses Modell ist dann auf 350 000 abgesenkt worden, und dies wird jetzt entsprechend weiter auf 282 000 reduziert, wenn ich die Zahl richtig in Erinnerung habe, Sollstärke.

Wir haben, und das muss man an dieser Stelle ganz deutlich sagen, internationale Verpflichtungen unterzeichnet, die Sollstärke der Bundeswehr darf im Rahmen von Nato-Kooperationen nicht auf unter 270 000 Mann abgesenkt werden, und wer auf der einen Seite mit einem grünen Außenminister Joscha Fischer einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat beansprucht, muss sich auch im Rahmen der Nato an die anderen Absprachen halten, und deshalb ist der Antrag, Frau Kollegin Linnert, den Sie hier eingebracht haben, leider auch im Rahmen der Politik der rotgrünen Bundesregierung ein unrealistischer.

(D)

(Beifall bei der CDU – Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Nein!)

Darüber hinaus müssen wir auch ganz deutlich feststellen, dass die Wehrpflichtarmee sich bewährt hat, und diese Wehrpflichtarmee hat im Moment aufgrund der Zahl von 282 000 ein großes Problem, nämlich das Problem der Wehrgerechtigkeit. Mittlerweile werden zirka 40 Prozent eines jeden Jahrgangs nicht zum Wehrdienst oder Zivildienst herangezogen. Dies ist ein aktuelles Problem, mit dem wir uns beschäftigen müssen, und aus diesem Grund können wir als CDU-Bürgerschaftsfraktion uns auch durchaus vorstellen, das Modell der Wehrpflicht weiterzuentwickeln zu einem allgemeinen Pflichtjahr, das dann entweder im Bereich der Bundeswehr, im sozialen Bereich oder im Umweltbereich entsprechend abgeleistet werden kann.

Dies wäre vielleicht ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit bei der jüngeren Generation, aber ich sage auch ganz deutlich dazu, dies müsste dann sowohl für Männer als auch für Frauen gelten.

(Beifall bei der CDU)

Zum zweiten Bereich, auf den ich eingehen möchte, dem Bereich der inneren Sicherheit und den ver-

(A) schiedensten Resolutionen, die zu diesem Punkt geführt haben! Zum einen, und darüber haben wir auch im Ausschuss lange gesprochen, sind bestimmte Punkte im Rahmen des neuen Polizeigesetzes geregelt. Ein Thema, über das wir auch in dem zuständigen Ausschuss vom „Jugend im Parlament“ lange gesprochen haben, war der Bereich der Videoüberwachung.

Wir sind davon überzeugt, dass Videoüberwachung eine Ergänzung zur Kriminalitätsbekämpfung sein kann, und deshalb haben wir uns mit dem Koalitionspartner auch auf einen zweijährigen Modellversuch verständigt. Ich glaube, dass dies nicht das einzige Mittel sein kann, um innere Sicherheit herzustellen, aber an Kriminalitätsschwerpunkten wird es uns weiterhelfen, und aus diesem Grund sind wir gegen diese Resolution, die bei „Jugend im Parlament“ verabschiedet wurde.

Die nächste Resolution im Bereich der inneren Sicherheit hat sich mit dem Punkt der verdachtsunabhängigen Kontrollen beschäftigt. Auch da haben wir versucht, im Ausschuss unsere Meinung als CDU-Fraktion herüberzubringen. Bei dieser Position haben wir uns beim Koalitionspartner nicht durchgesetzt, und insofern findet das, was die neunte Resolution „Jugend im Parlament“ mit sich bringt, zwar entgegen unserem Wunsch, aber bei dem, was bisher im Polizeigesetz entsprechend verankert ist, Niederschlag. Es wird also nicht diese verdachtsunabhängigen Kontrollen in einem zusätzlichen Maße geben, sondern nur im Rahmen der Möglichkeiten, wie es bisher schon war.

(B) Eine lange Diskussion gab es, und es hat sich dort seit Dezember die Ausgangslage im Endeffekt nicht verändert, zum Thema finaler Rettungsschuss, auch darüber haben wir ja intensiv gerungen in dem zuständigen Ausschuss bei „Jugend im Parlament“. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass es dort eine deutliche Regelung geben muss. Wir befinden uns dort weiter in Verhandlungen mit dem Koalitionspartner.

Ich will das ganz deutlich sagen, ein finaler Rettungsschuss ist eine Ultima Ratio. Ein finaler Rettungsschuss wird hoffentlich nie zur Anwendung kommen, aber wenn er denn einmal auch in Bremen zur Anwendung kommen muss, brauchen wir auch eine entsprechende gesetzliche Grundlage. Ich glaube, dass dieses Verlangen auch in der Resolution von „Jugend im Parlament“ deutlich geworden ist, und deshalb fühlen wir uns zumindest in Ansätzen durch die Resolution von „Jugend im Parlament“ entsprechend unterstützt.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte nur eine Bemerkung machen, liebe Frau Linnert, weil Sie auf die Innendeputation ein-

gegangen sind und weil Sie alles gleich der CDU in die Schuhe geschoben haben. (C)

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war doch auch so!)

Ich will dazu nur sagen, wir haben die jungen Leute, die im Innenausschuss tätig waren, in den Fraktionsausschuss Inneres eingeladen. Es hat ein Gespräch mit dem Innensenator zu diesem Thema gegeben, so dass ich auch glaube, dass sich die CDU zu dem Bereich innere Sicherheit entsprechend ernsthaft mit den Resolutionen beschäftigt hat.

(Beifall bei der CDU)

Darüber hinaus einige letzte Bemerkungen zu dem Thema Asylrecht und zu den Anträgen, die da gestellt wurden! Wir sind der Meinung, dass sich die Rechtsänderung von 1994 bewährt hat. Die Zahl der Anträge ist zurückgegangen,

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Eine Großtat!)

und dies war damals Ziel der Grundgesetzänderung. Wir hatten bis 1994 einen enormen Anstieg von Asylbewerbern im Lande, bis zu 400 000. Diese Zahl ist deutlich reduziert worden, und aus diesem Grund war das eine Änderung, die im Parlament nach langer Diskussion durchgesetzt wurde, die sich dann bewährt hat, und aus diesem Grund halten wir nichts davon, diese Rechtsänderung wieder zurückzunehmen. (D)

Wir sind darüber hinaus beim Asylrecht der Meinung, dass wir die Zeiten von Asylrechtsverfahren deutlich verkürzen müssen. Es hilft überhaupt keinem weiter, wenn er nach einem Zeitraum von sechs, sieben Jahren abgeschoben werden muss. Wir müssen da zu deutlichen Regelungen kommen, um diese Zeiten zu verkürzen.

Aber wir sind auch der Meinung, um das ganz deutlich zu sagen, es gibt hier eine Forderung, dass im Bereich der Einbürgerung die Situation weiter verbessert werden muss: Der Innensenator ist dort bemüht, die Zustände in der Ausländerbehörde zu verbessern. Wir wollen ihn bei diesem Weg entsprechend unterstützen, und ich weiß auch, dass der designierte Innensenator sich dies auf die Fahnen geschrieben hat, damit die Wartezeiten, die es in diesem Bereich gibt, entsprechend verkürzt werden.

Soweit meine Anmerkungen zu zwei konkreten Themenbereichen, die von den Grünen in Anträgen zusammengefasst worden sind! Last, but not least noch einmal meinen Dank an die jungen Leute für diese intensiven Diskussionen! Wenn es uns gelingt, diese intensiven Diskussionen auch hier in das Parlament zu tragen und unsere Diskussionen hier

(A) manchmal lebhafter werden, so ist das ein Punkt, den wir von den jungen Leuten, glaube ich, gut lernen können. In diesem Sinne bedanke ich mich bei allen, die zum Erfolg dieses Experiments beigetragen haben. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zum Dringlichkeitsantrag mit der Drucksachen-Nummer 15/711, Innenpolitik, Ausländerpolitik, Rechtsradikalismus und so weiter, kann ich mich eigentlich kurz fassen, weil ich mich schon des Öfteren zu diesem Thema ausführlich im Namen der Deutschen Volksunion geäußert habe. Aber darüber hinaus werde ich mich zum Thema Jugend, Jugendpolitik in der Juni-Sitzung in dem jetzt ausgesetzten Antrag „Engagement von Jugendlichen“ noch ausführlicher äußern.

Meine Damen und Herren, diesen Dringlichkeitsantrag mit der Drucksachen-Nummer 15/711 vom Bündnis 90/Die Grünen werde ich ablehnen, da er meines Erachtens überflüssiger und sinnloser als ein Kropf ist. Es ist ein unrealistischer Schauantrag. Kommen wir nur einmal zum Punkt eins, Ausländerpolitik! Hier werden Wünsche und Forderungen gestellt, deren Umsetzung nicht machbar sind, weil hier klare und deutliche gesetzliche Richtlinien und Vorgaben bestehen, die sogar Bündnis 90/Die Grünen nicht außer Kraft setzen können.

(B) Punkt zwei: Rechtsradikalismus! Da es im Lande Bremen laut anerkannten Statistiken so gut wie keinen Rechtsradikalismus gibt,

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Da vorn steht doch einer!)

kann es auch keinen wachsenden Rechtsradikalismus im Lande Bremen geben. Das ergibt sich von allein, daher erübrigt sich also Punkt zwei, Rechtsradikalismus, Ihres Antrags.

Ihr Punkt drei, Polizeigesetz, Polizeireform! Hier kommen Ihre Wünsche und die Sorgen um die Jugendlichen allerdings viel zu spät. Sie haben in der Debatte über die Polizeireform genügend Zeit gehabt, Ihre Wünsche, Anregungen und Forderungen da effektiv einzubringen. Sie springen also mit Ihren Forderungen auf einen fahrenden Zug.

Im Übrigen glaubt Ihnen doch kein Mensch mehr, dass jetzt urplötzlich und ausgerechnet Bündnis 90/Die Grünen sich Sorgen um unsere Jugendlichen macht. Das wäre einmal etwas ganz Neues und ganz Einzigartiges. Tatsache ist und bleibt, dass Sie trotz Ihrer vollmundigen Veranstaltung „Jugend im Parlament“ die wirklichen Sorgen und Nöte der Jugend-

lichen immer noch nicht ernst nehmen, zum Beispiel die Tatsache, dass viele deutsche Jugendliche, aber auch ausländische Jugendliche von ausländischen Jugendbanden zusammengeschlagen werden, erpresst werden, abgezockt und tyrannisiert werden. Das ist Fakt, und das kommt demnach noch deutlich zur Sprache in der Juni-Sitzung.

(C)

Meine Damen und Herren, demzufolge ist es wichtig, dass das Projekt „Jugend im Parlament“ effektiv weitergeführt wird, damit es nicht, wie so oft und so viele Projekte, von Ihnen zu einer traurigen Alibivorstellung verkommt und in Vergessenheit gerät. Wie schon gesagt, werde ich mich zum Thema Jugendpolitik, zum Antrag Engagement und Jugend in der Gesellschaft in der Juni-Sitzung noch ausführlich und deutlich äußern und Stellung nehmen.

Am Ende möchte ich mich im Namen der Deutschen Volksunion bei allen Beteiligten von „Jugend im Parlament“ ganz herzlich bedanken und wünsche weiterhin viel Erfolg. – Ich bedanke mich!

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine Resolution von „Jugend im Parlament“ befasst sich auch mit dem Thema Rechtsradikalismus, und wir hatten gerade einen Vertreter dieses Problems hier am Pult stehen. Ich werde gleich noch einmal darauf zurückkommen, warum dieses Problem selbstverständlich, und wir haben es gerade eben wieder erlebt, auch im Land Bremen nach wie vor eine wichtige Rolle spielt.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es ist sehr viel allgemein gesagt worden, deswegen fasse ich mich an dieser Stelle sehr kurz. Ich möchte zu den Bereichen Innenpolitik, Ausländer und Rechtsradikalismus unsere Position kurz vortragen. Unsere Fraktionsvorsitzende Karoline Linnert hat es schon gesagt, wir haben die Resolution sehr ernst genommen, wir haben sie ausführlich diskutiert, und wir haben Zustimmung, aber auch Ablehnung festgestellt. Ich werde hier beide Seiten, die wir da festgestellt haben, zum Ausdruck bringen. Wir haben auch die Anträge vorgelegt, die das beinhalten.

Lassen Sie uns also gleich zum ersten Thema, Integration von Migrantinnen und Migranten, Ausländern, kommen! Der Kollege Eckhoff ist bereits darauf eingegangen. Wir haben in Bremen etwa ein Defizit, das etwas sehr Wichtiges vermittelt, Sie haben gesagt, die langen Wartezeiten bei der Einbürgerung, aber auch bei sonstigen Anträgen im Auslän-

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) deramt. Nun kann man sich ja fragen, ob das nicht ein bisschen kleinlich ist und irgendetwas, was vielleicht keine so große Rolle spielt, ein bisschen beschwerlich ist für den Einzelnen. Ich glaube, das ist es natürlich auch, und schon deswegen gehört es im Sinne von moderner Verwaltung abgeschafft, aber es ist ein bisschen mehr.

Warum eigentlich gibt es hier in der Bundesrepublik das Angebot zur Einbürgerung? Das gibt es ja nicht nur, damit hier ein Verwaltungsvorgang stattfindet, sondern es gibt es deswegen, damit wir endlich nach mehreren Generationen der Einwanderer in dieses Land zu dem Punkt kommen, dass wir die Menschen hier auch willkommen heißen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt stellen Sie sich einmal vor, Sie stellen einen Antrag, Sie wollen Deutscher oder Deutsche werden, gehen auch aktiv auf dieses Land zu, wollen sich hier endgültig niederlassen, geben einen Antrag bei einer Behörde ab, und dann hören Sie erst einmal ein Jahr lang gar nichts, und bis er endgültig beschieden ist, vergehen im Schnitt zur Zeit zweieinhalb bis drei Jahre! Das ist eben gerade nicht dieser Willkommensgruß, und das sind nicht die offenen Arme, die wir eigentlich haben sollten.

- (B) Ich finde, wenn ich hier höre, dass der neue Innensenator sich das auf die Fahnen geschrieben hat, dann kann ich das außerordentlich begrüßen. Wenn wir hier in zwei Jahren einmal stehen und sagen könnten, das wird in einer ordentlichen angemessenen Zeit abgearbeitet, wäre ich sehr froh. Ich habe allerdings aus Gründen der Erfahrung der letzten Jahre meine Zweifel, ob das tatsächlich eine Priorität ist.

Zum Thema Asyl und Schutz vor politischer Verfolgung! Ich war sehr beeindruckt, dass „Jugend im Parlament“ sich diese Punkte so prominent auf die Fahnen geschrieben hat, denn man muss ja wohl ganz deutlich einräumen, dass dieses Thema gerade auch bei jungen Leuten keine Konjunktur hat und alles andere als ein Modethema ist. „Jugend im Parlament“ ist hier nicht auf eine Welle aufgesprungen, sondern hat eher gerade aus einer Haltung des Trotzes dies zum Thema gemacht. Wir haben hier in unserem Antrag auch deutlich gesagt, dass wir als Bündnis 90/Die Grünen nach wie vor finden, dass es der Bundesrepublik sehr gut ansteht, unser Land als Schutzraum bei der Flucht vor Bürgerkrieg oder politischer Verfolgung offen zu halten, dass wir dies als einen zentralen Baustein der Verfassung dieses Landes hier betrachten und dass das nach wie vor so ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Thema Abschiebungen! Bündnis 90/Die Grünen ist der Auffassung, dass Abschiebung kein Mit-

tel zur Strafe ist. Wir sind der Meinung, dass junge Menschen, die hier geboren und aufgewachsen sind, auch ihre Strafe, wenn es denn so ist, hier absitzen sollten und dass die Zeiten, in denen man Kriminelle oder Verbrecher auf ferne Inseln verbannt hat, um sie aus dem Blickfeld zu bekommen, lange vorbei sind. Ich vernehme immer noch in der Diskussion, dass es Leute gibt, die sich diese Zeiten wieder wünschen. Bündnis 90/Die Grünen gehört nicht dazu.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ja, Herr Tittmann, Sie geben mir das Stichwort, ich wollte zum Rechtsradikalismus kommen! Hier hat „Jugend im Parlament“ eine beeindruckende Liste von Vorschlägen gemacht, die wir so, aber nicht nur als Grüne, sondern auch dieses Haus insgesamt, denke ich, sehr gut übernehmen können. Etliches davon ist auch in Resolutionen dieses Hauses parteiübergreifend, bis auf diese eine Ausnahme, ja so beschlossen worden. Ich glaube, dass wir hier einen sehr großen Konsens zwischen der Mehrheit dieses Hauses und dem, was die Jugendlichen sich gewünscht haben, haben.

Wir haben als Parlamentarier, jetzt auch an die Jugendlichen gewandt, dieses Problem des Rechtsradikalismus hier in jeder Sitzung ständig vor Augen. Insofern kommen wir gar nicht auf die Idee, das aus den Augen zu verlieren. Wir bekommen es jeweils hier wieder vorgeführt.

(Zuruf des Abg. T i t t m a n n [DVU])

Bündnis 90/Die Grünen hat deswegen eine Studie über die Position und das Verhalten der DVU hier im Parlament in Auftrag gegeben, und wir werden das demnächst der Öffentlichkeit vorstellen, weil wir uns sehr ernsthaft mit diesem Kollegen hier rechts außen befassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. T i t t m a n n [DVU]: Das können Sie doch gar nicht!)

Lassen Sie mich abschließend unsere Positionen zum Polizeigesetz und zur Innenpolitik sagen! Wir teilen die Auffassung, dass die Einschränkung von Grund- und Bürgerrechten kein Mittel der effektiven Kriminalitätsbekämpfung ist. Effektive Kriminalitätsbekämpfung war und ist ohne bestimmte weitgehende Einschränkungen von Bürgerrechten möglich. Das zeigt sich besonders bei der Videoüberwachung. Wenn man nun sieht, dass in der jüngsten Kriminalstatistik Handtaschenraub innerhalb eines Jahres um 87 Prozent angestiegen ist, dann wird man das mit Sicherheit durch eine Kamera am Bahnhofsvorplatz nicht reduzieren können, sondern das reduziert sich durch die Präsenz von Beamten vor Ort und durch

(C)

(D)

- (A) eine ganze andere Palette von Maßnahmen, nicht aber dadurch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es reduziert sich natürlich auch nicht durch einen finalen Rettungsschuss, und das möchte ich an dieser Stelle doch noch einmal sagen, der letztendlich zu einem Spielball im politischen Hickhack innerhalb der großen Koalition zwischen SPD und CDU verkommen ist. Ich glaube, wir alle wissen, dass die Kriminalität, die gestern vom Innensenator wieder festgestellt worden ist, nicht durch einen finalen Rettungsschuss zu beseitigen ist.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Wer hat das denn behauptet?)

Warum wollen Sie es denn dann unbedingt? Irgend-einen Grund müssen Sie doch haben, außer die SPD zu ärgern und umgekehrt. Irgendeinen Grund muss es doch geben!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (B) Es ist auch deutlich geworden, und das möchte ich zum Abschluss auch noch einmal sagen – und ich glaube, hier sind wir wieder bei einem Punkt, an dem es eher einen Konsens im Hause gibt –, dass die Jugendlichen auch ihr eigenes Sicherheits- und Schutzbedürfnis in einer Resolution zum Ausdruck gebracht haben. Sie haben quasi Polizei und Politik aufgerufen, auch ihre Schutzinteressen ernst zu nehmen. Das ist eine sehr, sehr wichtige Diskussion, und an dieser Stelle möchte ich, ich glaube, auch im Namen von noch mehr Abgeordneten als nur Bündnis 90/Die Grünen, den Innensenator und die Polizeiführung auffordern, dass sie auf die Jugendlichen zugehen, das Gespräch suchen und einmal nachbohren, wo hier das Problem tatsächlich liegt. Dann, glaube ich, haben wir das ernst genommen und sind auch weiter gekommen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Dann hat jetzt das Wort der Abgeordnete Kleen.

Abg. **Kleen** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich schließe mich allen Worten des Dankes und Lobes meiner Vorredner an und beschränke mich jetzt ganz auf den Bereich der Forderungen des Ausschusses Ausländerpolitik, Inneres und Rechtsradikalismus des Jugendparlaments.

Das hier Leute nicht wie die blinde Kuh von der Farbe geredet haben, zeigt, dass sie genau die Kernpunkte der regelmäßigen Diskussionen in der Innen-deputation und auch im Ausländerausschuss aufgegriffen haben. Die Verwaltungsabläufe, denen Ausländer ausgesetzt sind, sind auch – sozusagen generationsübergreifend – uns Parlamentariern viel zu zeitraubend. Beide Vorredner haben die Zeiträume für Einbürgerungsverfahren angesprochen, und ich möchte das auch noch einmal tun, damit völlig klar ist, dass das für uns ein Zustand ist, der unbedingt verbessert werden muss. Wir haben schon in den Koalitionsvertrag hineingenommen, dass zur Beschleunigung der Einbürgerungsverfahren eine Regionalisierung und eine Modernisierung der Verfahren notwendig ist.

Der Senat hat einiges unternommen. Herr Eckhoff hat darauf hingewiesen. Das ist aber bei den Betroffenen noch nicht angekommen. Die Wartezeiten sind in Bremen dramatisch zu lang, selbst gegenüber unseren niedersächsischen Nachbargemeinden. Hier sind Forderungen aufgestellt worden, die wir uns auch in der Innendeputation immer wieder zu Eigen machen werden.

Hinsichtlich der Verhältnisse im Ausländeramt fallen die Anregungen der Jugendlichen ebenfalls auf fruchtbaren Boden. Parlamentarier, die sich vor Ort ein Bild verschaffen, sind jedesmal froh und keineswegs in diesen Momenten stolz, Deutsche zu sein und nicht in dieser Bürokratie, die oft zur reinen Abschreckungsmaschine verkommt, zu stecken oder zu ersticken. Wir hoffen sehr, dass die neue Leiterin des Ausländeramtes, die ja mit ganz großem Engagement begonnen hat und, obwohl sie wusste, dass das ein schwieriger Job ist, nach Bremen gekommen ist, diese Situation verändern kann. Wir kündigen gern an, dass wir sie dabei mit aller Kraft unterstützen wollen, und wünschen ihr viel Durchsetzungsvermögen.

(Beifall bei der SPD)

Die Forderung des Jugendparlaments, zum Asylrecht vor 1994 zurückzukehren, die sich die Grünen zu Eigen machen, teilt die SPD nicht. Das mag daran liegen, dass die SPD auch 1991/1992 in dieser Regierung war und bei den Asylbewerberzahlen sich jeden Montag neu die Frage stellte: Welche Turnhallen müssen wir denn jetzt schülerfrei machen, damit wir dort Betten aufstellen können? Die Grünen haben diesen Wunsch auch auf ihrem Bundesparteitag diskutiert. Ich lese von Frau Roth, dass sie die Vermutung äußert, die Fraktion werde dann „realitätsnah feststellen, wie sie mit dem Beschluss umzugehen habe“. Ich vermute, das ist ein wenig für die Galerie. Eine Rückkehr dazu wird es nicht geben.

Das ist aber auch gar nicht schlimm, weil die Rückkehr zum Asylrecht vor 1994 rückwärts gewandt ist. Wir sind in Fragen der Zuwanderung viel weiter. Wir

(C)

(D)

(A) machen uns über ein zukunftsgerichtetes Zuwanderungsrecht Gedanken. Das machen wir ja gemeinsam, und da stehen wir in Berlin auch in der gemeinsamen Verantwortung. Wir sehen im Vordergrund die Integration. Wir sehen, dass wir Einwanderung brauchen, wir brauchen vernünftige Regelungen, und die CDU ist dort auf dem allerbesten Wege, ebenfalls zu uns, zu dem gemeinsamen Anliegen zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden sicher noch deutlichere Klarheit haben, wenn die von Frau Süßmuth geleitete und von der rotgrünen Bundesregierung eingesetzte Kommission richtig Schwung in die Debatte bringen wird.

Im Übrigen, auch das muss deutlich gesagt werden, und auch das haben wir in der Innendeputation deutlich gesagt, gehört zu einer verlässlichen Zuwanderungspolitik auch Konsequenz. Wer als Asylbewerber nach Deutschland kommt, muss rasch geklärt bekommen, ob er anerkannt wird oder nicht. Bei einer endgültigen Ablehnung eines Bleiberechts muss auch die Rückkehr erfolgen, als letztes Mittel auch mit Zwang. Das gilt auch und gerade in den Fällen, in denen das Recht die Abschiebung nach strafrechtlichen Verurteilungen vorsieht. Abschiebungen sind kein Mittel der Kriminalitätsbekämpfung, aber sie können zu Recht eine Folge von Kriminalität sein.

(B)

Meine Damen und Herren, besondere Beachtung verdient die Resolution des Jugendparlaments zum Thema Rechtsradikalismus. Die polizeiliche Kriminalstatistik, die der künftige Exsenator Dr. Schulte gestern vorgestellt hat, dokumentiert ja eine erhebliche Steigerung rechtsradikaler Straftaten.

(Zuruf der Abg. Frau D r . T r ü p e l
[Bündnis 90/Die Grünen])

Ich kann Sie leider nicht verstehen.

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/
Die Grünen]: Von der Sorte künftiger Exsenatoren haben wir noch ein paar mehr! – Heiterkeit)

Ja, gut, wir haben ja auch, wie man sieht, Exsenatoren in unseren Reihen sitzen.

Das klare Bekenntnis des Jugendparlaments gegen Rechts und die, wie ich finde, fundierten Forderungen, die zu einer Bekämpfung der Ursachen von Rechtsradikalismus beitragen sollen, sind in hohem Maße zu begrüßen. Wir müssen da heute keinen Beschluss fassen, sondern wir müssen das als Daueraufgabe betrachten und in den verschiedenen Ausschüssen und Deputationen als Aufgabe immer wieder erneuern.

Im Übrigen können die Jugendlichen im Jugendparlament, das sage ich natürlich besonders mit Blick auf Herrn Tittmann, sehr stolz sein auf ihre Altersgenossen. Es sind immer wieder Jugendliche, die als Erste aufstehen, demonstrieren und sich solidarisieren, wenn braune Schlägertrupps Schlimmes anstellen,

(C)

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und
beim Bündnis 90/Die Grünen)

oft unter dem Beifall bestimmter Gruppen und politischer Parteien. Ich darf daran erinnern, Herr Beckmeyer hat dazu gesprochen, dass wir vor gar nicht langer Zeit hier im Hause die Aktivitäten von Bremerhavener Schülerinnen und Schülern ausdrücklich gewürdigt haben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Meine Damen und Herren, das Thema Polizeigesetz muss gar nicht lange ausgeführt werden. Wir sind da auf einem, wie ich glaube, sehr guten Weg. Wir haben einen guten Entwurf in erster Lesung hier im Parlament verabschiedet. Die CDU hat es noch einmal aussetzen lassen, weil sie einen Landesparteitag absolvieren musste und Personalangelegenheiten geklärt hat. Ich gehe davon aus, dass wir noch vor der Sommerpause ein Gesetz zustande bringen.

(D)

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Sie haben
doch schnell darauf reagiert!)

Herr Eckhoff hat ja auch angedeutet, dass er zu konstruktiven Gesprächen sehr bereit ist. Eine verdachtsunabhängige Kontrolle wird es nicht geben, und der Versuch der Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen wird klären, wie sinnvoll dieses Instrument ist. Wir haben da unterschiedliche Äußerungen aus anderen Bundesländern. Wir haben Leipzig, Halle und Versuche in Bielefeld. Wir probieren das in Bremen aus, und dann schauen wir, ob es sich gelohnt hat.

Eines ist auch völlig klar, das weiß die CDU, der Innensenator, und das haben uns die Jugendlichen noch einmal ins Stammbuch geschrieben: Videotechnik darf keine Menschen ersetzen und kann es auch nicht. Videoüberwachung macht nur dann einen Sinn, wenn sie von einem klaren Personalkonzept begleitet wird, das heißt nicht weniger Personaleinsatz, sondern mehr.

Ich war sehr beeindruckt davon, dass sich die Jugendlichen in der Innendeputation und im Ausschuss dazu geäußert haben, dass sie im Prinzip von der Polizei besser geschützt werden wollen. Wir haben in der Innendeputation die Jugendlichen gebeten, konkrete Fälle zu benennen, damit man denen nachgehen kann. Klar ist jedoch, dass Eingangsbereiche

- (A) von Diskotheken kein rechtsfreier Raum sind, in denen Jugendliche nicht unter dem Schutz der Polizei stehen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

„Abziehen“ ist Raub und keine besondere Ausprägung von Jugendkultur, und jugendliche Opfer dürfen in diesem Bereich nicht allein gelassen werden, natürlich nicht nur von der Polizei, aber auch von der Polizei!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da es ja zum Parlament und zur Politik im Parlament gehört, dass man nicht immer nur friedlich auseinander geht, will ich an dieser Stelle auch noch einmal deutlich sagen, dass mir die Reaktion des Innensensors auf diese Resolution überaus unangemessen formal erscheint. Da wird nur auf die Rechtslage hingewiesen. Ich finde, die Jugendlichen, die das vorgetragen haben, hätten verdient gehabt und haben es immer noch verdient, dass man auf sie zugeht und wirklich vor Ort feststellt, wo die Defizite sind.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Aber erklären müssen Sie auch, dass der Polizeipräsident das zugesagt hat!)

(B)

Ja, in der Innendeputation! Es findet sich leider in der Stellungnahme des Innensensors nicht wieder.

Ich bin froh, dass wir Jugendliche haben, die eindeutig sagen, wir suchen den Schutz der Polizei, und nicht nur, wie viele von uns es ja früher sehr oft gerufen haben: Samstag frei für die Polizei!

(Heiterkeit)

Ich finde das gut! – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich komme auf die Frage der Wehrpflicht zurück. Ich hatte das Vergnügen, von der entsprechenden Arbeitsgruppe von „Jugend im Parlament“ eingeladen gewesen zu sein und zusammen mit dem Jugendoffizier der Bundeswehr zu diskutieren. Das war eine spannende, engagierte Diskussion. Die Auffassung war nachher einhellig, das ging über die Parteien völlig hinweg, dass alle Jugendlichen, die irgendwie einmal etwas mit Bundeswehr zu tun gehabt und diese auch am

eigenen Leibe erlebt haben, klar der Auffassung waren, die dann in der Resolution auch zum Ausdruck gebracht worden ist. Das ist natürlich nicht das ausschlaggebende Argument, aber es spiegelt schon etwas von der Wahrnehmung dieser Institution wider.

(C)

Ich freue mich sehr, dass die Jugendlichen dieses Thema zur Sprache gebracht haben, denn es gibt manchmal Themen, die in der Gesellschaft breit diskutiert werden, und wir tun uns schwer damit, vielleicht weil wir denken, wir sind „nur“ ein Landesparlament. So ist es vor einem Jahr mit der Frage der Bioethik gewesen, aus der sich richtig viel entwickelt hat durch die Schülerinnen und Schüler, die das angestoßen haben, bis hin zu einer Veranstaltung im nächsten Monat hier im Haus. Die Wehrpflicht ist ein ähnliches Thema, und deswegen finde ich das sehr gut, dass wir diesen Ball hier hereinbekommen haben, und ich will ihn gern aufnehmen.

Herr Eckhoff, was Sie über die Gummi-SPD gesagt haben, will ich nicht kommentieren. Ihre Erkenntnisse habe ich so zur Kenntnis genommen. Ich fand den Beitrag des Kollegen Pietrzok in der Sache am Ende relativ differenziert und gar nicht schlecht.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU)

Ich komme auf die Differenzen noch einmal zurück! Ich will auch deswegen Herrn Eckhoff gar nicht widersprechen. Das ist ja kein Widerspruch. Ich habe mich nur über die Rührseligkeit und Larmoyanz Ihres Erklärungsversuches gewundert, Kollege Pietrzok, warum das so schwer in der Regierung und so leicht in der Opposition ist. In der Tat habe ich mich nach dem Beitrag gefragt, warum Sie es nicht einfach lassen und einmal das andere versuchen.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Offensichtlich haben Sie keine Lust mehr, jedenfalls nicht – und deswegen klatschen Sie einmal nicht so laut – mit der rechten Seite des Hauses.

(Unruhe und Zurufe)

Ich habe stark den Eindruck, dass das so ist. Ich habe das schon verstanden. Deswegen habe ich ja auch ein differenziertes Urteil über seinen Beitrag abgegeben.

In der Sache: Es wird von niemandem bestritten, dass der erste Punkt unseres Antrags richtig ist, dass die Sicherheitslage sich in einer Weise geändert hat, die ein grundsätzliches Umdenken notwendig macht, und dass von Landesverteidigung und damit von der Notwendigkeit, die Bundeswehr wieder aufstocken zu können auf eine Stärke von 400 000 oder 500 000, niemand mehr ausgeht. Das ist der erste Punkt.

(A) Der zweite Punkt ist: Die Bundeswehr ist heute zu groß. Sie ist zu großen Teilen nicht richtig ausgebildet und falsch ausgerüstet, und sie ist zu teuer. Da sind wir uns, glaube ich, auch noch einig. Dann gibt es Streit, das hat auch der Kollege Pietrzok schon angedeutet, über die Zahl. Wir haben hineingeschrieben, mittelfristig 200 000. Das heißt doch nicht, dass man Vereinbarungen nicht ändern kann. Gegenwärtig haben wir Vereinbarungen mit der Nato, aber das heißt doch nicht, dass wir nicht gemeinsam neue Vereinbarungen treffen können. Ich rede nicht vom nächsten Jahr, ich rede von einem mittelfristigen Ziel. Ich glaube auch, die Sozialdemokratie ist im Prinzip nicht abgeneigt, die Bundeswehr weiter zu verkleinern. Man muss sich auch Ziele setzen!

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Was ist denn mittelfristig?)

200 000 ist genau die Größe, Herr Eckhoff, die heute die Zeit- und Berufssoldaten bereits ausmachen. Die Zeit- und Berufssoldaten sind diejenigen, die in den letzten fünf oder sechs Jahren die Aufgaben der Bundeswehr, die es heute noch gibt, wahrgenommen haben. In Bosnien, im Kosovo sind doch nirgendwo Wehrpflichtige. Das gibt es doch gar nicht! Da sind Zeit- oder Berufssoldaten, und das wird auch in Zukunft so sein.

(B) (Abg. E c k h o f f [CDU]: Freiwillige Wehrpflichtige waren da auch!)

Nein, es waren überhaupt gar keine Wehrpflichtigen, es sei denn für reine Aufgaben der Logistik des Nachschubes. Der Kern der Aufgaben dort ist rein von Zeit- und Berufssoldaten wahrgenommen worden.

Jetzt sprechen Sie von der Wehrpflicht. Ich hoffe, Sie haben nicht gemeint, weil die Bundeswehr so groß ist, müssen wir auch die Wehrpflicht haben, oder Sie haben womöglich gemeint, weil wir die Wehrpflicht gern behalten wollen, muss die Bundeswehr so groß sein. Beides kann wohl nicht der Fall sein!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir wollen die Bundeswehr kleiner machen, und wir kommen, wenn wir sie kleiner machen, zu einer Situation, in der die Wehrgerechtigkeit nur noch ein Witz ist. Wenn ein Sechstel oder ein Fünftel eines Jahrgangs eingezogen wird, dann funktioniert das einfach nicht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Eckhoff, wenn Sie ernsthaft ein Pflichtjahr für alle vorschlagen, dann sagen Ihnen alle Verfas-

sungsrechtler, schon die jetzige Wehrpflicht ist bei einer so geringen Wehrgerechtigkeit so stark in Frage gestellt, dass die Verfahren, die beim Bundesverfassungsgericht anhängig sind, große Erfolgchancen haben. Wir werden sehen, wie es ausgeht. Ein allgemeines Pflichtjahr ist ein so starker Eingriff in die individuellen Freiheitsrechte, das wird es in Deutschland nicht geben. Darauf kann ich Ihnen Brief und Siegel geben. Das ist mit unserer Verfassung nicht vereinbar.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das letzte und einzige Argument, das immer wieder vorgebracht wird, ist die Wehrpflicht als Garant dafür, dass die Bundeswehr oder insgesamt das Militär kein Staat im Staate würde. Ich darf Sie noch einmal darauf hinweisen: Es kann dies heute kein ausschlaggebendes Argument mehr sein, wenn wir uns die Staaten um uns herum ansehen, die auch keine Wehrpflicht mehr haben. Ich weiß nicht einmal, ob die USA eine hat, ich sage Frankreich, Großbritannien, Spanien, Portugal, Italien: Wo wir hinschauen, es gibt diese Wehrpflicht nicht mehr. Wollen Sie ernsthaft behaupten, dass dies entweder keine demokratischen Staaten seien oder das Militär ein Staat im Staate sei, das nicht demokratisch eingebunden sei? Ich sage das nur!

Wenn es in anderen Ländern geht, dann, glaube ich, geht es heute auch in Deutschland. Wer sagt, eine Armee, die nicht durch eine Wehrpflicht eingebunden ist, hat immer noch ein tiefes Misstrauen gegenüber demokratischen Potenzialen, der demokratischen Fähigkeit unseres Staates, das ist das einzige Argument, das ich höre, Herr Eckhoff, dann sagen Sie es!

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Ich habe mit keinem Wort gesagt, dass das nicht möglich ist! Ich habe gesagt, dass man sozusagen über das andere Modell nachdenken kann! Aber ich habe mit keinem Wort ausgeschlossen, dass es möglich ist!)

Gut, dann sind wir uns ja noch weiter einig. Das finde ich gut! Aber, Herr Eckhoff, wenn man es für möglich hält und dann sagt, die Bundeswehr muss kleiner werden, und dann feststellt, es geht nicht mehr mit Wehrgerechtigkeit, dann ist die Schlussfolgerung, die Wehrpflicht abzuschaffen, ja vollkommen zwingend. Wenn Sie das so sehen, dann weiß ich nicht mehr, warum Sie diesen Antrag nicht unterstützen und den Senat auffordern wollen, eine Bundesratsinitiative zu machen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. T i t t m a n n [DVU])

Eines kann man sagen, wenn man über Geschichte und Wehrpflicht diskutiert: Die Überfälle Deutsch-

- (A) lands auf andere Staaten in Europa sind leider mit einer Wehrpflichtarmee passiert und nicht mit einer Berufarmee.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen –
Zuruf des Abg. T i t t m a n n [DVU])

Dass Sie ausgerechnet in diesem Augenblick dazwischenrufen, ist bezeichnend!

Die Jugendlichen haben häufig gesagt, es sei sehr schwer, Fragen hier zu diskutieren, weil es dann in den Bundesrat geht, und die Politik ist so weit weg von uns. Wir finden, der Bundesrat ist ein Bundesorgan, das ist nicht nur ein Instrument zur Blockade, wie es heute versucht wird, angewendet zu werden – meistens gelingt es ja, Gott sei Dank, nicht –, sondern es ist auch ein Instrument zur Gestaltung von Politik. Bei solchen Fragen, die die Jugendlichen hier in die Diskussion gebracht haben, wäre es sehr gut, wenn Bremen sich einen Namen machen würde, auch über den Bundesrat eine Debatte anzustoßen. Denken Sie noch einmal darüber nach, ob im Verlauf der Debatte der nächsten Jahre nicht auch von Bremen eine Initiative ausgehen könnte!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Striezel.

- (B) Abg. Frau **Striezel** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem wir nun sozusagen die bedeutenden Themen der Republik diskutiert haben, kommen wir jetzt wieder zu den bremischen zurück, die, Gott sein Dank, durch die Kinder und Jugendlichen, die in dieser Stadt leben, hier im Jugendparlament eben auch ihren Stellenwert haben. Das ist eigentlich auch ganz wichtig, denn es beginnt gleich mit der ersten Resolution. Aber bevor ich damit anfangen will, ich doch noch eine kleine Bemerkung zu meinem Kollegen von der SPD machen, weil ich es schon erstaunlich fand, dass ein junger Mann, dynamisch, wie er sich hier immer darstellt, sich hier so staatstragend verhält, dass ich fast gedacht habe, ich bin im Staatsbürgerkundeunterricht, und irgendwie ist er der Staatsbürgerkundelehrer. Es ist ja die Frage, in welche Richtung man dazulernt. Ich habe festgestellt, wenn man etwas älter wird, hat man auch die Chance zur Gelassenheit und zur Distanz.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Darum kann man auch noch lernen! – Abg. E c k h o f f [CDU]: Frau Hövelmann, bei der nächsten Bildungsdebatte erinnere ich Sie daran!)

Frau Hövelmann, ich gebe das bei Ihnen auch nie auf, das muss ich ehrlich sagen! Das schaffen wir dann schon!

(C) Ich will gleich sagen: Es gibt viele Möglichkeiten, die Sorgen, die man dem SPD-Kollegen Pietrzok ja angemerkt hat, wie er gelitten hat zwischen den verschiedenen Rollen, der auf der Bundesebene und der hier, zu vermindern. Ich will sagen, für uns als CDU ändert sich da überhaupt nichts. Wir haben inhaltliche Positionen, für die sind wir in der Regierung oder in der Opposition. Ich denke, ich habe das durchgängig bewiesen in meinem Politikfeld, ich habe das vorher gesagt, ich habe das nachher gesagt. Von daher habe ich diesen Eiertanz, den Sie da gemacht haben, nicht nötig, und ich bin froh, dass das so ist, und meine Fraktion trägt das auch mit. Wir haben dann eher einmal das Problem, dass wir uns in der Koalition nicht gleich einigen, aber ich finde, das sind Spielregeln der Demokratie, die man aushalten kann.

Jetzt will ich zum Thema Jugendförderung kommen. Die Resolution heißt „Zu den Kürzungen im Jugendsektor“. Vieles von dem, was dort diskutiert worden ist, war damals sehr aktuell. Das haben wir inzwischen aber im Jugendhilfeausschuss geändert, auch mit Hilfe der Senatorin, das will ich deutlich sagen. Kürzungen in der Kinder- und Jugendförderung in der überdimensionalen Form, wie das im Anpassungskonzept vorgesehen worden ist, sind zurückgenommen. Insofern können wir jetzt in einer etwas gelasseneren Situation die entsprechenden Anpassungen im Konzept diskutieren und ja auch in Form einer kleinräumigen Jugendhilfeplanung mindestens diesen Weg beschreiten, den wir letzten Endes alle wollen.

(D) Die Jugendlichen beklagen mit Recht, dass es eine wichtige Investition ist in diesem Bereich. Das bestätigt ihnen hier jeder im Haus, dass Investitionen in die Jugend wichtige Investitionen sind, trotzdem bleiben das konsumtive Mittel. Das ändert sich nicht. Das ist eben das Haushaltsrecht, der Haushaltsbegriff, über den ich aber hier jetzt keine juristischen Abhandlungen ausführen will, aber einfach noch einmal klar machen will, dass das eine mit dem anderen nicht zwingend etwas zu tun hat.

Wir legen als CDU Wert darauf, dass wir uns im präventiven Bereich weiterhin verstärken. Wir glauben, dass das ein wichtiger Ansatz ist. Je früher wir Angebote machen, je früher wir helfen können und je mehr wir die Kinder und Jugendlichen und deren Familien in ihren Aufgaben unterstützen und stärken, desto mehr Geld können wir im Nachhinein sparen, aber desto mehr Fehlentwicklungen oder Schwierigkeiten können wir uns in der Gesellschaft ersparen. Das ist uns ein wichtiger Ansatz, den wir allerdings hier auch durchaus entsprechend wiederfinden können.

(Beifall bei der CDU)

Punkt zwei der Resolution „Zu den Rechten von Jugendlichen“: Ein bisschen ist mein Fraktionsvor-

(A) sitzender schon darauf eingegangen, und der nächste Redner der CDU, Claas Rohmeyer, geht auch noch darauf ein. Ich will mich deswegen auf einige Forderungen beschränken. Die Jugendlichen beklagen oder stellen in der Resolution fest, Jugendlichen werden viele Entscheidungsfreiheiten genommen, zum Beispiel durch das Jugendschutzgesetz. Somit werden Jugendliche unter 18 Jahren nicht als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft anerkannt und werden immer wieder diskriminiert. Auf der anderen Seite fordern Wirtschaft, Gesellschaft und Politik immer stärker ein früheres Erwachsenwerden der Jugendlichen, zum Beispiel frühzeitige Berufswahl, Abitur nach zwölf Jahren et cetera.

Ich denke, das sind Forderungen, die man in einem gewissen Alter empfindet, und es ist auch in Ordnung, dass man das empfindet. Trotzdem glaube ich, dass das gesamtgesellschaftlich nicht richtig ist. Die Entscheidungsfreiheiten von Jugendlichen waren, wenn ich das richtig wahrnehme, nie so groß wie heute. Das hat aber nichts mit dem Jugendschutz zu tun. Der Jugendschutz ist ein Schutzgedanke, ein Schutzgesetz für die Jugendlichen auch vor Misshandlung, vor Ausbeutung und begrenzt natürlich auch manchmal, mindestens was den Besuch von Gaststätten oder Diskotheken angeht.

(B) Das wird immer als misslich erachtet, egal, wie weit wir die Grenze setzen, und ganz ohne Grenzen, das haben wir, glaube ich, inzwischen erfahren – das teilt ja sogar die Gattin des Bundeskanzlers –, kann man Jugendliche dann doch nicht in das Erwachsenenalter hineinführen.

Das Gleiche ist mit den vollwertigen Mitgliedern der Gesellschaft. Auch das ist ein Prozess, und ich glaube nicht, dass wir ernsthaft wollen, dass man sozusagen von der Geburt an mit den gleichen Rechten und Pflichten ausgestattet wird. Das entwickelt sich im Laufe der Zeit, und so wachsen Kinder und Jugendliche in diese Gesellschaft hinein und werden mit den notwendigen Entscheidungsfreiheiten, mit den notwendigen Verantwortlichkeiten betraut, aber doch nicht mit der Gesamtmacht oder mit der Gesamtverantwortung, die der Staat dann irgendwann auf einen Erwachsenen niederprasseln lässt.

Das Gleiche gilt natürlich für das Erwachsenwerden. Wenn man einmal die Großeltern oder Eltern fragt: Da sind viele mit 14 Jahren, manchmal sogar noch früher, in das Berufsleben entlassen worden, weil die Schulzeit viel kürzer war. Ich glaube, auch das ist, wenn man das einmal ein bisschen soziologisch, geschichtlich betrachtet, faktisch nicht richtig. Dass wir auch nach zwölf Jahren ein Abitur haben wollen, hat mehr mit der europäischen Situation als mit dem Erwachsenwerden zu tun.

Dann gibt es noch die Klage, dass Jugendliche ab 14 Jahren strafmündig sind, aber erst mit 18 Jahren über die Regierung dieses Landes entscheiden dürfen. Wir haben ja extra ein Jugendstrafrecht für die

Jugendlichen, und von daher, glaube ich, ist auch das nur eine halbe Darstellung der Realität, und insofern müssen wir da auch noch einmal ein bisschen miteinander reden.

Ganz falsch finde ich die Feststellung hinter dem letzten Spiegelstrich. Jugendinteressen werden von der Politik missachtet, weil Jugendliche keine Wählerstimmen liefern. Diese sind derzeit das einzige Kriterium für ein politisches Engagement der Parteien. Ich bestreite erst einmal ganz grundsätzlich, dass das das einzige Kriterium ist. Das wäre viel zu kurz gefasst, und außerdem wissen wir natürlich ganz genau, dass die Jugendlichen von heute die Wähler von morgen sind. Von daher wären wir ja alle schlecht beraten, deswegen haben ja alle Parteien Jugendorganisationen, deswegen kümmern wir uns auch darum und nehmen die Jugendlichen auch ernst, auch was sich in Schule und sonstigen Freizeitaktivitäten entwickelt.

Ich fand es, als ich hier im Jugendparlament war, richtig bemerkenswert, dass eine der ersten Forderungen und Beschlüsse war, dass die Handys ausgeschaltet werden müssen. Das gilt übrigens für dieses Parlament auch!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Die Erkenntnis der Jugendlichen, dass sie diese Spielregel nur als Erstes umsetzen müssen, zeigt, dass kritischer Umgang mit den Medien gefördert werden muss. Da gibt es dann auch eine gewisse Selbsterkenntnis.

Eine weitere Feststellung ist: Jugendliche sollen an der Gestaltung von Gesetzen, die sie unmittelbar betreffen, aktiv durch Mitwirkung und Stimmrecht beteiligt werden. Ich wäre froh, wenn die Möglichkeiten, die wir heute haben, intensiver von Jugendlichen genutzt würden. Die Beiräte wären, glaube ich, im Allgemeinen sehr dankbar und froh, wenn Jugendliche sich mehr kümmern würden, mehr da sein würden, sich mehr mit Anregungen beteiligen würden. Die kleinräumige Jugendhilfeplanung: Frau Stahmann beklagt immer, dass wir das noch nicht so hinbekommen. Das ist sicher richtig, aber es hat auch etwas miteinander zu tun. Wir können das nicht sozusagen von Staats wegen planen und verordnen, und die Jugendlichen selbst beteiligen sich nur zu einem Bruchteil. Wir haben deswegen den Antrag mit dem Thema Jugendenquête noch einmal aufgegriffen.

Ich habe noch einmal im Lexikon nachgeschaut, was denn eigentlich eine Enquête ist, einfach damit wir das auch alle noch einmal für uns in Erinnerung rufen. In meinem Lexikon steht: „Untersuchung politischer oder sozialer Probleme, die von Regierung oder Parlament in Auftrag gegeben wird“.

Wir wollen die Kinder und Jugendlichen daran beteiligen, das haben wir uns vorgenommen. Hier sind

(C)

(D)

(A) wir natürlich auch auf die entsprechende Unterstützung aller, die sich hier im Jugendparlament beteiligt haben, aber auch aller anderen angewiesen, weil wir das nicht einfach verordnen können. Es ist nun einmal so, wie es ist.

Ich fand es ganz spannend, und da war ich auch gerade hier im Jugendparlament anwesend, als das Thema soziale Grundsicherung behandelt wurde. Ich weiß nicht, ob das eine Fehleinschätzung von mir ist, aber irgendwie sagt mir das, dass es dann vielleicht doch nicht möglich ist, mit 1200 DM sorgenfrei und unabhängig zu leben. Die Wahrscheinlichkeit, dass man sehr schnell darüber hinwegkommt und sagt, ich brauche mehr, halte ich für ziemlich sicher. Wir wollen aber auch nicht, und das will ich auch sagen, dass wir das Miteinander der Generationen, die solidarische Gesellschaft, vielleicht nicht unbedingt „Alle für einen und einer für alle“, aber doch die Verantwortlichkeiten miteinander teilen, nicht aushebeln, indem wir sozusagen einen Teil der Gesellschaft alimentieren.

(B) Das Thema Rechtsradikalismus ist von Herrn Dr. Güldner angesprochen worden. Ich würde das natürlich in das Wort Radikalismus umändern, weil es natürlich rechts und links Gewalttätigkeit gibt. Wenn man den linken Block in Berlin anschaut, ist er fürchterlich gewalttätig, und wir können froh sein, dass wir in Bremen nicht diese Probleme in dieser Anzahl haben. Die Resolution Nummer zehn für eine moderne Drogenpolitik trifft überhaupt nicht das, was hier in der Vorlage der Fachdeputation erarbeitet worden ist. Ich kann nicht unterstützen, was dort steht. Wir sind hier völlig anderer Auffassung, und man muss sich noch einmal damit beschäftigen. Meine Zeit reicht dafür leider nicht aus, weil ich dem Kollegen Rohmeyer noch ein bisschen Zeit übrig lassen muss. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pietrzok.

Abg. **Pietrzok** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Regieren macht Spaß,

(Heiterkeit und Beifall)

es macht aber auch viel Arbeit!

Das Ziel meines Beitrages war, angesichts der Tatsache, dass hier viele Jugendliche von „Jugend im Parlament“ sind, noch einmal deutlich zu machen, wie hier die einzelnen Fraktionen operieren müssen. Es war der Versuch, das hier deutlich zu machen. Ich glaube, dass mir das auch durchaus gelungen ist.

(Beifall bei der SPD)

(C) Frau Striezel, wenn Ihnen das vorkommt wie Staatsbürgerkunde, ich kenne das gar nicht mehr, bei uns hieß das schon Politik,

(Heiterkeit bei der SPD)

aber früher gab es das einmal, glaube ich, dann sage ich doch einfach einmal, das liegt daran, dass ich selbst viel politische Bildung betrieben habe und das übrigens auch mit großem Spaß.

(Abg. Frau **Striezel** [CDU]: Im Ergebnis ist es aber das Gleiche!)

„Jugend im Parlament“ hat eine zentrale Forderung, mit der ich mich auch ganz stark identifiziere, und die heißt: Keine Kürzungen im Jugendsektor! Wenn wir uns diese Forderung, die Demonstrationen in der Stadt anschauen und wie der Jugendhilfeausschuss mit der CDU und den Grünen da beschlossen hat, aber insbesondere natürlich auch mit der SPD, die ich herausstellen will, wie auch unsere SPD-Fraktion entsprechende Beschlüsse gefasst hat, dann müssen wir doch einfach einmal deutlich sagen, die Kürzungen im Jugendsektor wird es nicht geben!

(Beifall bei der SPD)

(D) Jugendpolitik ist ein großer Schwerpunkt der großen Koalition. Es wird keine Kürzungen geben, sondern vielmehr in einzelnen Bereichen sogar noch zusätzliche Spielräume, um Jugendarbeit in Zukunft weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen Ja zum Anpassungskonzept, wir sagen Ja zu den Stadtteilbudgets. Wir wollen die Mittel stärker daran orientieren, wo die Jugendlichen leben, und daran orientieren, welche Problemlagen in dem jeweiligen Stadtteil vorhanden sind. Wir werden eine Stiftung einsetzen, die zusätzlich innovatorische Potentiale hat. Wir haben in den Programmen WiN und Soziale Stadt zusätzliche Mittel bereitgestellt, die in den bestimmten Stadtteilen, in denen WiN arbeiten kann, auch der Jugend deutlich zugute kommen. Insofern ist das aus meiner Sicht ein deutlicher politischer Erfolg, bei dem ich mich für die Unterstützung durch die Resolution von „Jugend im Parlament“ noch einmal deutlich bedanken möchte. Natürlich sind solche Beschlüsse dann für uns auch eine Hilfe.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Die Resolution macht deutlich, dass die Wirksamkeit von Jugendarbeit ganz klar herausgestellt wird, weil sie der Meinung sind, dass sie wirkt, und die Jugendlichen gleichzeitig nicht den Eindruck haben, dass die Wirksamkeit von Investitionen in gleicher

- (A) Weise geprüft wird. Dazu möchte ich deutlich sagen, dass es genau die Politik der SPD ist, die Investitionen in Zukunft im Hinblick auf ihre Wirksamkeit sehr deutlich zu prüfen. Entsprechende politische Schritte sind bereits eingeleitet worden.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/
Die Grünen]: Welche Konsequenzen ziehen
Sie daraus?)

Für uns als Jugendpolitiker wird natürlich noch die fachliche Aufgabe übrig sein, die Wirksamkeit in Zukunft auch wirklich mit Kriterien zu belegen, damit wir sie genauer verfolgen können. Wir werden in Zukunft durch das Anpassungskonzept die Stadtteile und auch die Jugendlichen selbst stärker einbeziehen können in das, was wir an Jugendarbeit haben. Ich werte das als einen deutlichen politischen Erfolg.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt viele Jugendliche, die mehr mitbestimmen und mehr zu sagen haben wollen. Ich denke, insbesondere die, die bei „Jugend im Parlament“ mitgemacht haben, sind solche, die das ganz besonders wollen. Natürlich werden Jugendliche nicht so gut durch ihre Eltern vertreten, wie das zum Beispiel bei Kindern der Fall ist. Wer auf Elternabenden in Kindergärten war, weiß, wie engagiert die Eltern dort für die Interessen ihrer Kinder eintreten. Wenn Sie in ein Jugendfreizeitheim gehen, sehen Sie leider nicht die engagierten Eltern, die für die Interessen der Jugendlichen eintreten.

(B)

(Zuruf des Abg. Kleen [SPD])

Die Jugendlichen würden sich auch ganz schön umschauen, das ist wahr, Herr Kleen!

Von daher sehen wir als Sozialdemokraten neben dem Argument, dass wir eine Überalterung der Gesellschaft haben, in dem Wahlalter 16 durchaus eine Chance. Die Jugendlichen sind körperlich und psychisch früher reif, als das noch vor einigen Jahrzehnten der Fall war. Das heißt, sie bieten die Voraussetzungen dafür, dass man ihnen tatsächlich das aktive Wahlrecht geben kann. Sie sind einfach früher selbständig. Die Jugendlichen wollen mehrheitlich auch das Wahlalter 16. Deswegen sind die Sozialdemokraten der Meinung, dass wir das Wahlalter 16 auch einführen sollten.

(Beifall bei der SPD)

Das passive Wahlrecht ist da allerdings ein anderer Problemfall. Jugendliche können schlecht, wenn sie eingeschränkt rechtsfähig und geschäftsfähig sind, gleichzeitig über einen Haushalt beschließen. Deswegen reden wir hier nur über das aktive Wahl-

- recht. Allerdings, das muss man deutlich sagen, wird es wegen der großen Koalition, die CDU ist anderer Meinung, eine Zustimmung der Koalition zum Wahlalter 16 nicht geben. (C)

Wir haben hier einen Dringlichkeitsantrag vorliegen, der sich an dem orientiert, was auch die Grünen schon als Dringlichkeitsantrag eingereicht haben, nämlich die Einrichtung einer Bremer Jugendenquête. Ich möchte hier nicht den Eindruck erwecken, dass das jetzt ein Schnellschuss oder von den Grünen erfunden worden ist. Die Bremer Jugendenquête steht in der Koalitionsvereinbarung. Sie ist bisher noch nicht konzeptionell fertig gewesen und deswegen hier im Parlament noch nicht beschlossen worden. Die Arbeitsprozesse aber, die nötig sind, um eine solche Bremer Jugendenquête auf die Beine zu stellen, werden durchaus fortgesetzt.

Ich kann auch nur sagen, ich unterstütze es, dass wir als Fragestellung die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ins Zentrum dieser Jugendenquête stellen. Wir haben hier Defizite. „Jugend im Parlament“ war ein Schritt, diese Defizite anzugehen, das Wahlalter 16 wäre ein Schritt gewesen, dieses Thema anzugehen. Die Viertelparlamente sind ein Schritt gewesen, dieses Thema anzugehen. Wir werden aber noch viele neue Ideen brauchen, und deswegen müssen wir alle, die Kreativität, das Wissen und die Phantasie haben, zusammenbringen, um zu beraten, welche zukünftigen innovativen Schritte wir hinbekommen, um Jugendliche stärker an den Entscheidungen zu beteiligen. Da müssen die Jugendlichen natürlich mittendrin dabei sein. – Vielen Dank! (D)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich war eben etwas erstaunt, als Herr Pietrzok gesagt hat, die Eltern gehen in den Kindergarten und kümmern sich um ihre Kinder, aber bei Jugendlichen machen die Eltern das nicht. Ich glaube, viele Eltern wissen ganz genau, dass die Jugendlichen es gar nicht mehr so richtig wollen, dass man in die Freizeitheime oder auf Elternabende geht.

(Heiterkeit und Beifall)

Herrn Mützelburg ist es sogar strengstens verboten, zu Elternabenden zu gehen, da geht nämlich seine Tochter hin. Das wollte ich noch einmal hier vorwegschicken.

(Heiterkeit)

Soweit zur Realität, meine sehr verehrten Damen und Herren!

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Wir vom Bündnis 90/Die Grünen wollen nicht nur mehr Geld, sondern auch mehr Rechte für Jugendliche. Dafür haben wir auch einen Antrag gestellt, den ich jetzt auch weiter erläutern will. Ich werde jetzt nicht im Detail auf alle Forderungen eingehen, die in der Bürgerschaftsdrucksache stehen, weil wir auch eine schriftliche Stellungnahme abgegeben haben, in der man auch wesentliche Standpunkte unserer Fraktion noch einmal wiederfinden kann. Ich möchte mich zentral zum einen auf das Thema Wahlalter 16 und zum anderen auf das Thema Beteiligungsrechte und dann die Rolle, die dort eine Bremer Jugendenquête spielen könnte, beschränken.

Wir teilen den Wunsch von „Jugend im Parlament“ nach einer Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre. Das war, als ich vor zwei Jahren Bürgerschaftsabgeordnete geworden bin, meine zweite Rede, die ich hier halten musste. Das Thema hat mich also auch beschäftigt.

Herr Eckhoff, jetzt laufen Sie leider weg, ich wollte Ihnen gerade sagen, ich habe meine Meinung nicht geändert. Sie haben ja damals zu mir gesagt, vielleicht ändern Sie noch Ihre Meinung im Laufe der Zeit. Ich habe meine Meinung nicht geändert, ich bin nach wie vor der Meinung, dass das Wahlalter auf 16 Jahre herabgesetzt werden soll.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Frau Striezel [CDU]: Das kann ja noch kommen!)

(B)

Ja, es kann noch kommen, Frau Striezel!

Nicht, weil wir glauben, dann gäbe es von allein eine gigantische Wahlbeteiligung, nein, die Herabsetzung des Wahlalters ist eine Aufforderung an alle Parlamentarier, Frau Striezel, an Sie, an Herrn Pietrzok, an Herrn Böhrnsen, an Frau Linnert und auch an Herrn Rohmeyer, sich mit den Interessen der Jugendlichen zu beschäftigen, mit ihnen Hand in Hand zu arbeiten und nicht über die Köpfe hinweg einfach Beschlüsse zu fassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist ein Weg, bei dem das Wahlalter 16 hilft. Experten und auch viele Jugendliche selbst fordern die Herabsetzung des Wahlalters. Es gab die Anhörung von Professor Hurrelmann, der das auch wieder bestätigt hat. Ich selbst habe eine große Veranstaltung mit Arthur Fischer, dem Mitautor der Shell-Jugendstudie, gemacht, und auch er hat gesagt, dass er die Herabsetzung des Wahlalters für wichtig hält. Er hat das auch ganz ausführlich diskutiert.

Es gibt viele gute Argumente. Jugendliche fällen viel früher wichtige Entscheidungen. Das unterscheidet sich auch deutlich von der Jugend einiger Mitparlamentarier hier. Man soll sehr früh über seinen Beruf entscheiden, man entscheidet sich für eine Beziehung zu einer Person, man entscheidet sich für

eine Religion, man kann mit 14 Jahren ein Girokonto einrichten. Wir haben hier all diese Argumente gehört. Wenn sechzehnjährige minderjährige Flüchtlinge abgeschoben werden, dann fragt auch niemand, ob sie 18 Jahre alt sind, dann schweigen SPD und CDU. Dort haben Jugendliche dann gleiche Pflichten, aber keine Rechte wie deutsche Jugendliche. Das hier nur einmal am Rande!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Insbesondere seit Anfang der neunziger Jahre gibt es viele Gesetze, die die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vorsehen. Rechtliche Grundlagen dafür sind die UN-Kinderrechtskonvention, das Baugesetzbuch und das Kinder- und Jugendhilfegesetz, das SGB VIII, das von Städten und Gemeinden fordert, Kinder und Jugendliche entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen zu beteiligen, also eine altersgerechte und angemessene Beteiligung.

Wissenschaftliche Untersuchungen sowie Erfahrungen in Praxisprojekten zeigen, dass Kinder schon in jungem Alter mit entsprechenden Methoden gute Kompetenzen besitzen, ihre vielfältigen Erfahrungen einzubringen, zum Beispiel bei der Gestaltung von Spielflächen und Spielplätzen. Wir haben zum Beispiel das Robinsöhnchen im Viertel, dort wurden auch Kinder an diesem Planungsprozess beteiligt. Es gibt eine ganze Reihe von Beispielen, der Sportgarten und so weiter.

(D)

Die Bereitschaft zu politischem Engagement ist bei Jugendlichen groß, wenn sie konkrete Möglichkeiten erhalten, ihr Lebensumfeld mitzugestalten. Allerdings brauchen die Jugendlichen dafür, und das hat Herr Pietrzok gesagt, die konkrete Unterstützung und Begleitung durch Verantwortliche aus Gesellschaft und Politik, damit sie sinnvoll ihre Ideen einbringen können und nicht die Lust an der Beteiligung verlieren. Es muss also auch etwas dabei herauskommen, wenn sie ihre Ideen eingebracht haben. Deshalb habe ich diese Jugendenquête angeregt. Herr Pietrzok, ich hätte das auch ohne Ihre Koalitionsvereinbarung gemacht.

Andere Bundesländer wie Baden-Württemberg und Hamburg haben mit großem Erfolg solche Enquete-kommissionen eingerichtet. In Baden-Württemberg wurde mit dem Titel „Arbeit, Jugend, Zukunft“ eine parlamentarische Enquetekommission mit großen Anhörungen und einem umfassenden Reader eingerichtet. Meine Damen und Herren, es ist zwar viel Papier dabei herausgekommen, aber alle Beschlüsse und Ergebnisse der Anhörung sind in die parlamentarische Beratung eingeflossen. Es gibt dort auch einige Erfolge zu verzeichnen. Ich würde in Bremen gern an die Erfahrungen aus anderen Bundesländern anknüpfen. Auch Bremen braucht so eine Jugendenquête!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Wie Sie sehen, hat die große Koalition wieder selbst einen Antrag eingebracht, obwohl wir eigentlich das Gleiche wollen. Das ist das beliebte Verfahren, das hier angewandt wird. Ich dachte, der Jugendhilfeausschuss wird selbstverständlich beteiligt. Das ist für mich schon eine Basisvoraussetzung bei dieser ganzen Sache. Wir tragen den Antrag der großen Koalition mit und wissen auch, dass Sie unseren Antrag wahrscheinlich wieder ablehnen werden. Das ist ja naturgemäß in diesem Haus so.

(Abg. Frau **Striezel** [CDU]: Das haben wir doch begründet!)

Ja, Sie haben es auch begründet, aber ich sage Ihnen auch, Frau Striezel, große Koalitionen sind kein Motor für Jugendinteressen in diesem Land!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre wird aber auch, ich gebrauche noch einmal das Bild meines Kollegen Dr. Güldner, zum Spielball im Gemenge von SPD und CDU. Was herauskommen wird, ist bestenfalls, wir haben einen Vorgeschmack bekommen, nichts Halbes und nichts Ganzes. Die Herabsetzung des Wahlalters nur für Beiräte ist eine halbherzige Auseinandersetzung mit dem Anliegen von Jugendlichen, es ist ein Schritt, aber es ist halbherzig.

(B)

Meine Damen und Herren, auch unter Sanierungsbedingungen und in einer Haushaltsnotlage, ich bin überzeugt, hier im Parlament gibt es eine Mehrheit für die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre. Liebe SPD, wenn es Ihnen ernst ist mit der Stärkung der Rechte der Jugendlichen, dann tun Sie etwas dafür! Folgen Sie dem Beispiel der SPD in Berlin, auch dort gibt es eine große Koalition! Zeigen Sie nicht nur Ihre äußere Größe, beweisen Sie endlich einmal Ihre innere Größe und stimmen auch wie Ihre Kollegen in der SPD in Berlin getrennt von der CDU ab, wenn es der Sache zugute kommt! Das ist in Berlin möglich, warum ist es dann in Bremen nicht möglich? Ich verstehe das nicht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe von der SPD)

Herr Pietrzok, wenn es nur noch Sachzwänge gibt, da sagt mein Lieblingsautor Wolfgang Neuss, dann kann man gleich all die Politiker abschaffen. Es ist richtig, Politik ist nicht alternativlos. Es gibt Geld, da kann man Schwerpunkte setzen. Da kann man einen Schwerpunkt im Jugendhaushalt setzen.

(Zuruf des Abg. **Kleen** [SPD])

Man kann einen Schwerpunkt in anderen Bereichen setzen, so wie Sie das machen, Herr Kleen, regen Sie sich nicht auf!

(C)

(Abg. **Kleen** [SPD]: Ich rege mich nicht auf!)

Ich sage Ihnen nur, es gibt viele Möglichkeiten, Politik zu gestalten, und so wie Herr Pietrzok Politik hier dargestellt hat, ist sie wirklich langweilig und alternativlos.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Frau **Hövelmann** [SPD]: Überhaupt nicht!)

Ich weiß, dass Sie das nicht überzeugt, Frau Hövelmann!

(Abg. **Rohmeyer** [CDU]: Die ist auch schwer zu überzeugen!)

Wir stehen für die Herabsetzung des Wahlalters und würden das auch gern mit der SPD machen, auch wenn ich ein bisschen sauer bin auf die SPD.

(Abg. **Rohmeyer** [CDU]: Och!)

Herr Rohmeyer, Sie können sich das ja auch noch einmal überlegen, ob Sie hier wirklich weiterhin der Bremser sein und es sich hier bequem machen wollen! – Danke schön!

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hövelmann.

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zwei Resolutionen wurden von „Jugend im Parlament“ zum Bereich Bildung und Schule verabschiedet, von sehr fachkundigen jungen Menschen diskutiert, auch sehr kontrovers diskutiert. Diejenigen von Ihnen, die dabei waren, haben gesehen, dass das gesamte Spektrum sehr differenziert dargestellt worden ist.

Die Jugendlichen haben ganz klar festgestellt, dass in ihrer Wahrnehmung im politischen Alltag Bildung nicht den Stellenwert hat, der unseren Schulen eigentlich zustehen müsste. Sie beklagen fehlende Motivation und Kompetenz der Lehrkräfte, vor allem im Zukunftsbereich Informatik, Lehrermangel, schlechte Ausstattung der Schulen, den nicht ansprechenden baulichen Zustand, der nicht positiv auf die Lernatmosphäre wirkt, sie beklagen die Vernachlässigung der sozialen Aufgaben von Schulen und die mangelnde Vorbereitung auf Studium und Beruf.

(A) Meine Damen und Herren, wer mit offenen Augen durch die beiden Städte Bremen und Bremerhaven geht, stellt unschwer fest, das hier nicht Klage um der Klage willen geführt worden ist. Es muss weiter an der Qualität unserer Bildungseinrichtung intensiv gearbeitet werden, obwohl unbestritten schon einiges erreicht worden ist. So konnte an vielen Schulen, und das sage ich Ihnen als Bildungspolitikerin sehr deutlich, endlich ein ansprechender baulicher Zustand hergestellt werden. Der größte Anteil der Stadtreparaturmittel ist in unsere Schulen geflossen, und das ist auch richtig.

(Beifall bei der SPD)

Zufrieden sein können und werden wir damit allerdings noch lange nicht. Sie, die jungen Menschen aus der Arbeitsgruppe Bildung, zeigen mit dem Finger zu Recht auf eine offensichtliche Schwachstelle. Allerdings haben wir bei der Ausstattung der Schulen einen großen Schritt nach vorn getan. Ich erinnere nur an das Schulmöbelprogramm. Endlich einmal Gestühl, das nicht schon 20 Jahre alt ist und auf dem sich schon einige Generationen einritzenderweise verewigt haben, und endlich einmal Gestühl, das auch der Körpergröße der Schülerinnen und Schüler gerade in der Grundschule angemessen ist! Alle Schulen, die zu Beginn des letzten Schuljahres hier einen Antrag gestellt haben, haben neue Schulmöbel bekommen. Ich möchte dies ausdrücklich betonen.

(B)

(Beifall bei der SPD – Abg. Frau Striezel [CDU]: Das ist auch eine Selbstverständlichkeit!)

Leider war das keine Selbstverständlichkeit, weil vorher die Mittel nicht da waren! Aber ich möchte bei dieser Gelegenheit auch die Schulen ermuntern, die bisher keinen Antrag gestellt haben, aber diesen Missstand beklagen, Möbel zu ordern. Soviel hierzu!

Wir haben die naturwissenschaftlichen Sammlungen mit einem großen Schwung besser ausgestattet, und wir haben den Buchetat erhöht. Wir kennen doch alle diese Bilder mit den Büchern, in denen die deutsche Teilung noch nicht vollzogen ist,

(Abg. Karl Uwe Oppermann [CDU]: Es geht um die Vereinigung! – Abg. Rohmeyer [CDU]: Es gab noch Bücher mit dem Kaiserreich!)

und die Vereinigung erst recht nicht! Doch, Herr Oppermann, solche Bücher finden Sie in den Schulen auch! Lehrer haben so eine Neigung zum Jäger und Sammler, was man hat, hat man, was man bekommt,

weiß man nicht, und deshalb werden solche Dinge (C) durchaus aufgehoben.

(Glocke)

Ja, bitte!

Präsident Weber: Bitte, zu einer Zwischenfrage Frau Striezel!

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Frau Hövelmann, ich finde das spannend, was Sie hier erzählen, aber haben Sie vergessen, wer die letzten 40 Jahre hier allein regiert hat und das alles verursacht hat?

(Beifall bei der CDU)

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Verehrte Frau Striezel, ich glaube, nach sechs Jahren großer Koalition kann es nicht Ihr Ernst sein, diese Frage in so einer Schlichtheit zu stellen!

(Beifall bei der SPD)

Sie kennen die Situation in unserem Land, und wir haben ja gerade gemeinsam als große Koalition, Frau Striezel, liebe Kollegin, bei den letzten Haushaltsberatungen bewiesen, dass wir mit 20 Millionen DM zusätzlich die Computerausstattung in unseren Schulen verbessert haben. (D)

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Bürger [CDU])

Meine Damen und Herren, ich komme bei dieser Gelegenheit zu dem mit – vielleicht darf ich das so sagen, Herr Kollege Mützelburg – Allgemeinplätzen gewürzten Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen und setze mich damit kurz auseinander. Gerade im Vertrauen, Kolleginnen und Kollegen der großen Koalition, und vor allem schaue ich hier zu meinen Koalitionspartnern von der CDU, auf unsere Handlungsfähigkeit im Bildungsbereich kann ich Ihnen sagen, liebe Kollegen von der Opposition, bei uns steht am Ende der Haushaltsberatungen eine Zahl, und an dieser Zahl werden Sie uns messen können.

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Das hat Herr Schröder vor zwei Jahren auch gesagt!)

Bei der letzten Haushaltsberatung stand am Ende ein deutliches Plus für Bildung. 30 Millionen DM zusätzlich sind kein Pappentier gewesen, und es ist uns auch nicht leicht gefallen. Wir gehen mit dem Geld sehr sorgfältig um,

(Abg. Frau Striezel [CDU]: Das ist ja ganz neu!)

- (A) aber diese 30 Millionen DM sprechen eine deutliche und auch nachprüfbare Sprache, und daran sollen und können Sie uns messen.

(Beifall bei der SPD)

Am Ende meiner Ausführungen werde ich noch kurz auf den finanziellen Aspekt eingehen. Vorher möchte ich aber den Jugendlichen für die SPD-Fraktion eine kurze Stellungnahme zu den einzelnen Forderungen in der Schulresolution Nummer 13 geben.

Abschaffung des Beamtenstatus wird gefordert. Das geht leider nicht, das kann ich hier sagen. Wir hätten es gern gemacht, aber die Konkurrenz der anderen Bundesländer ist so groß, dass wir uns da leider nicht durchsetzen können. Seit Schleswig-Holstein wieder verbeamtet, haben wir keine Chance.

Der nächste Punkt: Senkung des Altersdurchschnitts durch Neueinstellungen! Diese Forderung ist so richtig wie wichtig, denn in den nächsten fünf Jahren wird jede dritte jetzt unterrichtende Lehrerin und jeder dritte Lehrer in Pension gegangen sein. Wir werden intensiv daran arbeiten müssen, und der Altersdurchschnitt wird sich spürbar verändern.

Fortbildung für alle Lehrkräfte finden Sozialdemokraten goldrichtig. Die Maxime des lebensbegleitenden Lernens gilt eben nicht nur, meine Damen und Herren, für Schülerinnen und Schüler. Ich halte zum Beispiel eine Art Fortbildungsspass, Herr Senator, für denkbar.

- (B) Einhaltung der Lehrmittelfreiheit ist Verfassungsgut. Schulsanierung und Schaffung einer ordentlichen anregenden Schumatmosphäre sind richtig und sollten, das sage ich hier einmal ganz deutlich, in Zukunft auch selbstverständlicher werden.

Schulzentren bedeuten einen intensiven Austausch, haben die Autoren der Resolution 13 festgestellt. Das ist richtig. Ich möchte mich hier aber nicht in eine Schulstrukturdebatte verbeißen. Wichtiger ist für mich, was in den Schulen passiert, wie das Schulprogramm ist, wie es ausgeführt wird und natürlich auch, und das war auch eine Forderung von „Jugend im Parlament“, wie die Schulen mit dem Stadtteil verzahnt werden.

Schule muss besser auf das Berufeleben vorbereiten, eine Forderung von „Jugend im Parlament“. Gerade gestern ist hierzu eine sehr intensive Debatte auf Initiative der Sozialdemokraten geführt worden, und ich weiß, dass hier weitere Verbesserungen kommen werden und erarbeitet werden und dass wir da auch weiter genau hinschauen müssen. Es geht nicht an, dass die Jugendlichen am Ende der Schulzeit nicht wissen, was sie studieren wollen oder welche Berufschancen ihnen eigentlich offen stehen. Soweit die Stellungnahme der SPD-Fraktion zur Anregung der Jugendlichen!

Die Forderung der Resolution Nummer 14, Einrichtung eines doppelqualifizierenden Bildungsgan-

ges technischer Assistent für Informatik, haben wir bereits zu diesem Sommer beschlossen. Hier haben die Jugendlichen mit ihren insgesamt sehr ernst zu nehmenden Forderungen einen richtigen spürbaren Erfolg erzielt.

(C)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich glaube, das ist auch die einzige Resolution, die so zügig umgesetzt wurde, und ich glaube, einige der Anwesenden haben sich auch für diesen Bildungsgang persönlich interessiert.

Meine Damen und Herren, bevor ich zum Schluss komme, möchte ich für die SPD-Fraktion die Wichtigkeit und Bedeutung der Schülerinnen- und Schülervertretung an dieser Stelle ganz ausdrücklich öffentlich und nachdrücklich betonen

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

und mich nicht nur bei den Jugendlichen, die hier im Parlament engagiert gearbeitet haben, sondern auch bei den Schülervertretungen ausdrücklich für ihre Mitgestaltung und Mitarbeit bedanken. Für uns Sozialdemokraten gilt, Bildung schafft Zugang und Chancengleichheit, Bildung ist die neue soziale Frage, Bildung ist Standortfaktor, Bildung ist Beschäftigungspolitik, Bildung heißt Demokratie, Teilhabe und Integration, und Bildung gibt Sicherheit in einer sich rasant wandelnden Welt. Zusammengefasst: Bildung entscheidet über unser aller Zukunft!

(D)

Die SPD-Fraktion ist sich ihrer Verantwortung zu Beginn der Haushaltsberatungen mit großer Ernsthaftigkeit bewusst und wird entsprechend gemeinsam mit dem Koalitionspartner handeln. Am Ende der Finanzberatung, meine Damen und Herren, steht bei uns eine ordentliche Zahl. Daran werden Sie uns messen. Ich sage Ihnen jetzt schon, Sie können sich auf uns verlassen! – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Mitglieder von „Jugend im Parlament“, Bildung soll an die erste Stelle treten, haben Sie in Ihren Resolutionen formuliert. Ich wünsche mir das manchmal auch für die Debatten hier im Parlament. Wir sind hier jetzt wieder die Letzten in der Bildungspolitik. Frau Hövelmann musste das schon nutzen, um ihre eigene Fraktion auf die Haushaltsberatungen einzuschwören, -----

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) damit wenigstens irgendetwas für Bildung dabei herauskommt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Liebe Frau Hövelmann, wir führen die inhaltlichen Debatten darüber ja noch oft genug, aber bitte, ich darf Sie doch daran erinnern, wenn Sie selbst den Zustand des bremischen Bildungswesens beklagen und den Jugendlichen Recht geben: Seit 1946 regiert –

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: 1947!)

1946 war Wilhelm Kaisers erste eingesetzte Regierung – hier die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, und seit 1947 stellt sie bis heute ununterbrochen den Bildungssenator oder die Bildungssenatorin in diesem Lande. Mehr braucht man dazu nicht zu sagen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU – Abg. Frau S t r i e z e l [CDU]: Deswegen meine Frage vorhin!)

Bildung muss an die erste Stelle treten! Wir haben in unserem Antrag formuliert, Bildung muss wichtiger werden, und ich würde mich schon sehr freuen, wenn wir wenigstens das erreichen könnten.

- (B) Ich freue mich besonders, dass von „Jugend im Parlament“ viele konkrete, aber auch viele grundsätzliche Forderungen aufgestellt worden sind, und darauf will ich mich noch einmal konzentrieren. Was ich das ganz Tolle daran finde, was auch nicht selbstverständlich ist für Schülerinnen und Schüler, für Jugendliche und Lehrlinge, ist, dass sie die Qualität der Ausbildung in der Schule an die Spitze stellen. Es gab auch Zeiten, da haben Schüler gesagt, Schule ist etwas Überflüssiges. Hier wird heute von uns Parlamentariern gefordert, sorgt für eine vernünftige, moderne, qualitätsvolle Ausbildung, und das heißt, dass die Schülerinnen und Schüler in der Schule, dass die Jugendlichen und Auszubildenden die jetzige Ausbildung nicht als qualitativ ausreichend empfinden für ihre Zukunft.

Ich finde, diesen Punkt müssen wir bitter ernst nehmen. Er muss hier jede Debatte über Bildung durchziehen, und vor allem jede Entscheidung über finanzielle Bewilligung muss diese Qualitätsdebatte berücksichtigen. Das geht viel zu oft in Detailhuberei hier verloren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ganz genauso toll finde ich, dass sie nicht nur auf ihre eigene Ausbildungs- und Bildungssituation in der Schule geschaut haben, sondern gleichzeitig sagen, es ist genauso wichtig, dass die Schule, die Ausbildung, die gesamte Bildungspolitik auch eine so-

ziale Aufgabe hat, nämlich in dieser Gesellschaft integrierend zu wirken, das heißt, Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichen sozialen Schichten zusammenzuführen, aus unterschiedlichen Nationalitäten, aber auch mit unterschiedlichen Lebenslagen, behinderte und so genannte normale Menschen. Das alles zusammenzufügen ist auch eine Aufgabe unseres Bildungssystems, und ich finde es ganz toll, dass die Jugendlichen, die selbst in den Einrichtungen sind, das sehen. Deshalb greifen wir auch diese Forderung in unserem Antrag auf, die auch hier in vielen Bildungsdebatten, in denen wir uns über Gymnasien unterhalten oder über die Förderung einzelner Unterrichtsfächer, vollständig untergeht. Das ist der zweite wichtige Punkt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, sie stellen konkrete Forderungen. Sie haben auch die konkrete Forderung gestellt, dass die Anmeldezahlen der Schüler hier für Gymnasien, da für Gesamtschulen doch beim weiteren Ausbau des Bildungssystems berücksichtigt werden sollen. Ich will mich heute nicht auf diese Debatte einlassen. Wir haben auch in unserem Antrag nichts dazu gesagt, weil es dabei natürlich ein Problem gibt. Wenn wir den gesellschaftlichen Aspekt der Schule verstärken wollen, nämlich die Integration verschiedener sozialer und gesellschaftlicher Gruppen, die ja im Argen liegt, dann finde ich es wichtig, dass wir uns heute und hier in diesem Parlament zuallererst diesem Gesichtspunkt widmen und die Schulen stärken, die diesen integrativen Gesichtspunkt zwar im Programm haben, aber ihn aus finanziellen Gründen und Unterstützungsgründen im Moment nicht ausreichend verwirklichen können.

Deshalb halten wir es im Augenblick für nicht so wichtig, neue Schulen zu gründen. Es werden langfristig eher weniger als mehr Schulen im Land Bremen gebraucht, weil die Schülerzahl zurückgeht, sondern es ist wichtiger, diesen inhaltlichen Aspekt der Qualität und der Integration zu stärken. Das sagen wir in unserem Antrag auch deutlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sehr gut finden wir auch, dass sie sich den Lehrern zuwenden. Eigentlich ist es eine massive Kritik der Jugendlichen, dass sie sagen, uns fehlen genug junge Lehrer, und die alten Lehrer, die da sind, brauchen auch einmal einen heftigen Schub an moderner Fortbildung. Beides findet offensichtlich in diesem Land nicht statt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Liebe Frau Kollegin Hövelmann, in diesem Zusammenhang möchte ich Sie daran erinnern, dass

(C)

(D)

(A) dieses Parlament im November letzten Jahres einen Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen, Aktionsprogramm gegen Lehrermangel, mit einem großen Set von Forderungen der Bildungsdeputation mit dem Auftrag überwiesen hat, das hier zurückzugeben. Die Bildungsdeputation hat dazu einen Beschluss gefasst, der nicht ganz unseren Vorstellungen entsprach. Dieser Beschluss liegt im Senat auf Eis. Ich habe jetzt gehört, dass am nächsten Dienstag der Senat eigentlich über künftigen Lehrbedarf, junge Lehrer und so weiter, entscheiden sollte. Auch das wird wieder auf Eis gelegt werden. Es werden vielleicht ein paar Notnägeln für das nächste Schuljahr zurechtgeklopft.

Für eine perspektivische, umfassende, qualitätsorientierte Planung für zukünftige Lehrerstellen und für eine neue moderne Lehrerbildung, denn die ist auch nötig – es nützt ja nichts, einfach so weiterzumachen, wie es die ganzen Jahre an der Universität gemacht worden ist, weil sich die Zeiten gewandelt haben – liegt im Moment nichts vor, und es ist auch nichts absehbar. Auch da steht die Regierung noch vollständig in der Verantwortung, nicht nur den Wünschen der Jugendlichen, dem Jugendparlament nachzukommen, sondern auch dem Auftrag des Parlaments.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Das alles gipfelt immer wieder in der Forderung, Bildung muss an die erste Stelle treten. Ich sage, Bildung muss wichtiger werden in der Forderung nach mehr Geld für Bildung. Geld ist nicht alles, das ist klar, aber Geld ist die Voraussetzung, in bestimmten Bereichen überhaupt etwas erreichen zu können.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Ohne Geld ist alles schwierig!)

Ohne Geld ist alles schwierig, sagt Frau Hövelmann, das ist richtig! Das erleben wir schon seit Jahren, und weil es eben nicht genug davon gibt, haben wir die Situation, wie sie heute in den Schulen ist.

Ich will hier keine Appelle an Sie richten. Sie sind die Regierung, und Sie verantworten den Haushalt. Wir legen unsere Vorschläge dafür vor, und Sie werden sich nicht wundern, das werden Vorschläge sein für einen Schub für Kinder-, Jugend- und Bildungspolitik hier in diesem Lande, weil das alles zusammengehört.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Weil ich der letzte Redner meiner Fraktion bin, bedanke ich mich noch einmal ausdrücklich für das Engagement von Jugendlichen im Parlament und möchte hinzufügen, in der Bildungspolitik, die ja eigentlich eine Aufgabe für die Zukunft ist, aber von vielen Parlamentariern, so habe ich immer den Ein-

druck, wenn wir über Bildungspolitik reden, eher als eine lästige Erinnerung an ihre eigene Vergangenheit betrachtet wird, wünsche ich mir ehrlich, dass sehr viele von ihnen hier im Parlament sehr schnell mit diesen Auffassungen sitzen und viele von denjenigen, die hier sitzen, ablösen, die immer noch meinen, Bildung sei eine Sache, die man erst dann behandelt, wenn der Staat wieder sehr viele Steuereinnahmen durch eine kräftige Wirtschaftspolitik hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege und Fraktionsvorsitzende Eckhoff hat schon auf die besondere Bedeutung dieses Jugendparlaments, gerade für uns jüngere Christdemokraten, abgehoben.

(Abg. Frau Hammerström [SPD]:
Relativ jung!)

Ich möchte mich auch noch einmal herzlich bedanken und kann nur feststellen zu den Bedenken, die vor einem Jahr geäußert wurden, das Jugendparlament sei eine reine Alibiveranstaltung, so haben es die jungen Grünen gesagt, oder es sei ein Bittstellungsgang der jüngeren Generation gegenüber der Gruppe der Herrschenden, das hat der neue Kollege – damals noch nicht Kollege – Ehmke gesagt, meine Damen und Herren, das Gegenteil ist falsch!

(Heiterkeit bei der SPD)

Ist richtig!

Das Jugendparlament war erfolgreich. Wir diskutieren hier engagiert das, was die 100 Jugendlichen aus Bremen und Bremerhaven Anfang Dezember 2000 diskutiert haben. Ich frage mich nur, welchen Eindruck da oben wir hier unten jetzt machen müssen! Ich war mehrmals hier und habe mir das angeschaut. Der Plenarsaal war bei den Diskussionen von „Jugend im Parlament“ immer voll. Es wurde konzentriert der Debatte gefolgt. Wenn man jetzt da oben als Jugendlicher sitzt und das hier verfolgt, dann muss man sich vielleicht fragen: Was machen die da eigentlich?

(Unruhe auf dem Besucherrang – Glocke)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren auf den Rängen, Missfallenskundgebungen oder Beifallskundgebungen sind auf den Rängen nicht gestattet!

(Abg. Dr. Kühn [Bündnis 90/Die Grünen]: Recht hatten sie!)

(C)

(D)

(A) Abg. **Rohmeyer** (CDU): Auch das gehört zur Politik, dass vielleicht bei einer der zukünftigen Veranstaltungen von „Jugend im Parlament“ auch Ausschusssitzungen oder Besprechungen während der Plenarsitzungen stattfinden. Auch das ist einer der Gründe, warum Kollegen zum Teil nicht im Plenarsaal sind, das gehört dazu.

Die Bildungspolitik haben die Kollegin Hövelmann und der Kollege Mützelburg schon angesprochen. Während Frau Hövelmann ja die langjährige sozialdemokratische Bildungspolitik hier noch einmal über alles gelobt hat, kann ich nur feststellen, was zwischenzeitlich auch gesagt wurde, dass diejenigen, die hier alles vermurkst haben, sich hinterher hinstellen und sagen, wie toll das alles ist, finde ich schon etwas frech, aber das erleben wir in jeder Bildungsdebatte.

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau H ö v e l -
m a n n [SPD]: Seit sechs Jahren Verantwortung!)

In sechs Jahren Verantwortung kann man nicht 43 Jahre Murkserei reparieren, Frau Hövelmann! Wir bemühen uns ja, aber es klappt noch nicht alles.

Erst wir haben dafür gesorgt, ich sage das eben noch einmal, damit hier andere Eindrücke vermieden werden, dass zum Beispiel durch Privatisierungserlöse Schulsanierung überhaupt möglich wurde.

(B) (Beifall bei der CDU – Unruhe bei der SPD)

Wer sich hier gegen Privatisierung ausgesprochen hat, meine Damen und Herren, das war die linke Seite des Hauses.

Meine Damen und Herren, das Jugendparlament hat Bildungspolitik unideologisch diskutiert. Da ist tatsächlich ein Beschluss zustande gekommen, den ich Ihnen mit Genehmigung des Präsidenten einmal vorlesen möchte: „Unter diesen Voraussetzungen fordern wir,“ das ist die Resolution zwölf, „das Angebot an Plätzen in speziellen Schulformen – Gesamtschulen, durchgehende Gymnasien, reine Haupt- und Realschulen, besondere Berufsschulzüge et cetera – soll den Anmeldezahlen laufend angepasst werden.“ Das ist wirklich unideologisch. Das wäre mit Ihnen gar nicht möglich. Beim Wort durchgehende Gymnasien würden Sie unter die Decke gehen oder den Raum verlassen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD)

Wir nehmen diese Forderungen aus dem Jugendparlament sehr ernst. Wir haben auch bei uns im Fraktionsausschuss mit dem Vorsitzenden des Unterausschusses Bildung von „Jugend im Parlament“ lange und eingehend über die Einzelforderungen diskutiert. Es ist so, wie auch schon bei anderen Re-

solutionen gesagt wurde, wir können nicht alles eins zu eins umsetzen. Wir können zum Beispiel nicht eine Klassenfrequenz von 18 Schülern pro Klasse machen. Wir sind Empfängerland, wir müssen uns hier auch ein wenig danach richten, dass wir als Empfängerland uns hier nicht besser stellen können als die Geberländer.

(Zuruf der Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen])

Frau Linnert, melden Sie sich doch noch einmal!

Bildungspolitik soll einen größeren Stellenwert bekommen, und es soll generell mehr Geld für Bildung geben. Zu Beginn der Haushaltsberatungen ist das eine ganz wichtige Forderung. Wir wollen auch mehr Geld, aber für bessere Bildung, nicht generell mehr Geld für Bildung. Wir wollen insbesondere eine bessere Bildung. Vielleicht geht das sogar mit demselben Geld. Das wird wahrscheinlich noch nicht möglich sein, aber man muss natürlich auch die Strukturen überdenken. Die Strukturen der Bildungspolitik in Bremen sind, gelinde gesagt, marode.

(Beifall bei der CDU)

Da hilft dann auch nicht einfach nur mehr Geld, denn ein kaputtes System durch mehr Geld zu retten macht das System nicht besser, wir müssen an das System heran. Da haben wir ja auch in der Fragestunde am Dienstag gehört, dass sich der Herr Senator auch für die Schulzentren etwas vorstellen kann. Wir wollen das in aller Ruhe machen.

Wir wollen auch andere Punkte, zum Beispiel junge Lehrer. Das Lehrerbedarfskonzept, groß angekündigt, liegt noch nicht vor. Der Senator hat gesagt, es sei heute verteilt worden. Dann muss man es erst einmal prüfen, aber es war ja lange genug Zeit. Ich hoffe einfach, dass dort endlich einmal eine zukunftsfähige Perspektive für mehr und neue junge Lehrerinnen und Lehrer an bremischen Schulen gegeben wird.

Wir haben auch andere Punkte der Bildungsresolution schon aufgegriffen, zum Beispiel die mangelnde Vorbereitung auf den Beruf. Viele der Zuhörer oben werden es vielleicht noch nicht wissen, gestern hat es hier im Hause eine Debatte zu einer Großen Anfrage der CDU und der SPD zum Übergang von der Schule in den Beruf gegeben. Das heißt, auch dort haben wir die Initiative ergriffen und sind dabei, diesen wichtigen Bereich der Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler anzugehen.

Zum Antrag der Grünen, den wir in irgendeiner Form behandeln müssen, Frau Hövelmann hat nichts dazu gesagt!

(Zuruf von der SPD)

Dann ist es mir entgangen, Entschuldigung! Wir lehnen den Antrag ab, Herr Mützelburg, was Sie nicht

(C)

(D)

- (A) verwundern sollte. Ihr Antrag enthält einen Teil allgemeiner Aussagen, ein höherer Stellenwert. Sie sagen, Sie wollen mehr Geld, den Bildungsetat deutlich aufstocken. Nur, ohne Zahlen, meine Damen und Herren, können wir einen solchen Antrag nicht beschließen. Wir sind als große Koalition dabei, die Haushaltsberatungen konstruktiv anzugehen. Wir werden das sehr genau prüfen, und wir werden natürlich auch dafür sorgen, und das ist unser Anspruch als Christdemokraten, neben der Aussage mehr Geld, die uns einfach zu pauschal ist, wollen wir eine bessere Bildung für die Jugendlichen im Lande Bremen erreichen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe mir einmal die Resolutionen von „Jugend im Parlament“ in Hamburg im Internet besorgt. Dort gab es vier Unteraussschüsse. Die haben im November 2000 getagt. Vielleicht ist das auch eine Aufgabe, die wir für eine der nächsten Veranstaltungen von „Jugend im Parlament“ in Bremen nutzen sollten. Wir sollten überprüfen, ob wir die Ausschussarbeit verstärken, und wir sollten uns prinzipiell die Strukturen von „Jugend im Parlament“ noch einmal anschauen.

- (B) Wir könnten uns auch vorstellen, wie der Kollege Eckhoff es am Anfang gesagt hat, eine weitere Institutionalisierung voranzutreiben. Er hat damals gesagt, ein eigener Wahlzettel bei der Wahl. Man könnte zum Beispiel, weil ich glaube, eine vierjährige Wahlperiode wäre zu viel, und das soll mein letzter Gedanke sein, ein Jugendparlament schaffen, das die Interessen der Jugendlichen im Lande Bremen vertritt, dann angepasst an die Zahl der Mitglieder der Bürgerschaft ab der nächsten Wahlperiode, die ja verkleinert wird. Man könnte hier ein echtes Interessensorgan für Jugendliche schaffen.

Zum Wahlalter 16 lassen Sie mich noch eines sagen als verfassungsmäßigen Hinweis: Sie können nicht, wenn Stadtbürgerschaft und Landtag gleichzeitig gewählt werden, einfach das Wahlalter auf 16 senken.

(Zuruf des Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/
Die Grünen])

Was Sie da machen, ist einfach eine populistische Schaufensterrede, ohne es hier weiter zu vertiefen. Aber wir könnten ein eigenes Jugendparlament schaffen. Da könnten wir dann auch einen Ersatz für eine zugegebenermaßen sehr ideologische Gesamtschülervertretung schaffen, die nicht die Interessen der Jugendlichen in ganz Bremen wahrnimmt, und das, denke ich, wäre ein guter Arbeitsauftrag, dass man so etwas langfristig macht. Kurz- und mittelfristig sollte man „Jugend im Parlament“ intensiv gestalten, und ich freue mich auch schon auf die

- nächste Veranstaltung. Ich hoffe, dass sie noch in dieser Wahlperiode stattfindet. – Vielen Dank! (C)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. **Eckhoff** (CDU *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte jetzt nichts zum Bereich Bildung sagen, sondern kurz noch einmal die Chance nutzen, zwei, drei Sätze als Resümee zu sagen.

Zum einen glaube ich, wir müssen uns intensiv Gedanken machen, wie man eine gelungene Veranstaltung weiterentwickeln kann. Dazu müssen wir es schaffen, und das war auch der Eindruck, den ich aus verschiedenen Einzelgesprächen oben mitnehmen konnte, auch bei der Abschlussdebatte, zum Beispiel indem man den Ausschussvorsitzenden die Möglichkeit gibt, sich hier auch in irgendeiner Form in die Debatte einzubringen, noch stärker das Engagement der jungen Leute und das Engagement der Parlamentarier miteinander zu vernetzen. Ich glaube, darüber müssen wir uns Gedanken machen, damit nicht immer gilt, beim Jugendparlament sitzen die Abgeordneten auf der Tribüne und bei der „ordentlichen“ Parlamentssitzung heute sitzen die Jugendlichen nur auf der Tribüne und können zuhören, sich aber nicht entsprechend einbringen. Ich glaube, da muss man sich überlegen, wie man das noch stärker miteinander vernetzen kann. (D)

Darüber hinaus muss man, glaube ich, auch den Gedanken, den der Kollege Rohmeyer gerade genannt hat, sich noch überlegen. Da will ich mir gar nicht gegen einzelne Institutionen Gedanken machen, sondern man muss sich überlegen, wie man es auf eine noch breitere Basis stellt. Jetzt konnten sich ja junge Leute bewerben, der Präsident hatte das eingangs gesagt. Es waren zirka 200, die sich beworben haben, dann gab es ein Auswahlverfahren. Da müssen wir uns überlegen, wie man eine noch breitere Basis bekommt, damit noch mehr junge Leute ihre Meinung hier entsprechend einbringen.

Der dritte Punkt, der mir in diesem Zusammenhang einfällt, ist, dass wir last, but not least noch einmal die Frage erörtern, wie man den jungen Leuten generell bei verschiedensten Initiativen ein stärkeres Mitwirkungsrecht geben kann. Der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss hat das angeregt und entsprechend auch für die Bereiche beschlossen, die die jungen Leute direkt betreffen. Ich will jetzt gar nicht eine Wahlalterdiskussion führen, da ist bekannt, dass es da unterschiedliche Auffassungen gibt, aber hinsichtlich der Punkte, die junge Leute unmittelbar betreffen, wie ihre Position noch weiter verstärkt werden kann.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) In diesem Sinne will ich das als Resümee zumindest für meine Fraktion gesehen haben, mit den ganzen Anregungen, die hoffentlich von den jungen Leuten in den nächsten Wochen, zum Beispiel auf der Veranstaltung in der nächsten Woche, noch an uns weitergegeben werden. Wenn wir das einbeziehen, glaube ich, wird es uns bei der zweiten Veranstaltung „Jugend im Parlament“ noch besser gelingen als jetzt bei dem Auftakt, tatsächlich die Interessen der jungen Leute zu berücksichtigen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte gern zu drei Bereichen noch eine kurze Anmerkung machen.

Als Erstes wollte ich zu Ihnen, Herr Rohmeyer, sagen: Sie sind hier in der Regierung! Das, was Sie hier geboten haben, war wirklich Gummi, der CDU in diesem Fall! Für die schönen Sachen sind wir verantwortlich, für das, was schlecht läuft, sind das dann die Sozialdemokraten, die anderen Ressorts.

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Haben wir das Ressort?)

(B)

Sie haben gesagt, die haben so lange im Bildungsbereich regiert, und wir sind erst sechs Jahre lang dabei, wir haben mit der ganzen Sache überhaupt nichts zu tun. Sie sind in der Regierung, und Sie verantworten die gesamte Politik hier und können sich nicht gegenseitig die Verantwortung zuschieben und erzählen, das sind ja immer die anderen, und in Wirklichkeit ist es nie einer gewesen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie tragen Verantwortung für die gesamte Politik. Sie sind nicht gleichzeitig Regierung und Opposition. Für eines muss man sich entscheiden.

Die zweite Denkfigur ist, und das wird ja den Jugendlichen auch immer wieder erzählt, Bremen sei Nehmerland. Wir haben die Verpflichtung, hier besonders sparsam zu sein. Wir dürfen überhaupt keine eigenständige Politik mehr machen, weil die anderen argwöhnisch schauen, wofür wir unser Geld ausgeben. Ich sage Ihnen das hier noch einmal: Das ist ein Schmarren! Das CDU-regierte Saarland, ein Nehmerland wie Bremen auch, mit besonderen Sanierungszahlungen, strebt einen beitragsfreien Kindergarten mit Mitteln des Wirtschaftsressorts an.

(Abg. Frau S t r i e z e l [CDU]: Wir auch, Frau Linnert, wir auch!)

Ja, und das begrüßen wir auch!

(C)

Danach kräht aber kein Hahn, ob das den anderen Bundesländern vielleicht genehm ist. Wir sind nicht gehindert, hier eine eigenständige Sozial-, Bildungs- und Jugendpolitik zu machen. Wir sind nicht gehindert, im Bereich der Grundschule besondere Schwerpunkte zu setzen. Wir sind nicht dem Diktat anderer Bundesländer ausgeliefert. Hier hat die Regierung Souveränität behalten und ist verantwortlich für ihre Taten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Dritte: Herr Rohmeyer, sind Sie nicht Jurist? Was haben Sie denn hier gerade für einen Schmarren über das Wahlrecht erzählt? Die EU-Bürger hier in Bremen – da waren die Grünen ja kritischer, denn wir haben eine andere Meinung gehabt, weil wir gern wollten, dass ihnen auch auf Landesebene Wahlrecht eingeräumt wird – wählen nur die Stadtbürgerschaft. Jetzt erzählen Sie hier den Jugendlichen, dass das kommunale Wahlrecht für Jugendliche nicht möglich wäre. Bei den EU-Bürgern geht es doch auch, und für die Jugendlichen ab 16 sollen ganz andere Regeln gelten? Das ist doch total widersprüchlich! Das ist doch überhaupt nicht zu halten! Mensch, Sie müssten das doch eigentlich wissen, dass es da gar keine Probleme geben kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Widerspruch bei der CDU – Glocke)

(D)

Präsident Weber: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rohmeyer?

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Wenn ich noch zehn Sekunden bekomme!

Präsident Weber: Zehn Sekunden haben Sie noch! – Bitte, Herr Abgeordneter!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Frau Kollegin, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich nur angedeutet habe,

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]: Ja, Gummi!)

dass es einer der Punkte ist? Ich bin gern bereit, Ihnen jetzt verschiedene weitere Bereiche, zum Beispiel die volle Geschäftsfähigkeit, die Strafmündigkeit nach dem Jugendgerichtsgesetz und so weiter, aufzuzählen. Es gibt da verschiedene Bereiche, über die man bei einer Absenkung des Wahlalters reden muss, bevor man hier einseitig nur das Wahlalter absenkt, die anderen Kriterien einer Altershürde aber in vielen anderen Bereichen unverändert lässt. Nur das wollte ich andeuten!

- (A) Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, dass Sie da unnötigerweise alle möglichen Hürden aufbauen, haben wir schon verstanden. Das ist aber trotzdem falsch!
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)
- Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.
- Damit ist die Beratung geschlossen.
- Wir kommen zur Abstimmung.
- Als Erstes lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/708 abstimmen.
- Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/708 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür Bündnis 90/Die Grünen)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen SPD, CDU und Abg. **T i t t - m a n n** [DVU])
- Stimmenthaltungen?
- (B) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.
- Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/709 abstimmen.
- Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/709 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür Bündnis 90/Die Grünen)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen SPD, CDU und Abg. **T i t t - m a n n** [DVU])
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.
- Nun lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/710 abstimmen.
- Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/710 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür Bündnis 90/Die Grünen)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen SPD, CDU und Abg. **T i t t - m a n n** [DVU])
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.
- Zum Schluss lasse ich über den Antrag mit der Drucksachen-Nummer 15/717 abstimmen.
- Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 15/717 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.
- (Einstimmig)
- Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem Bericht des Vorstands mit der Drucksachen-Nummer 15/697 Kenntnis.
- Realisierungsstand Space-Park**
- Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen
vom 23. Februar 2001
(Drucksache 15/637)
- D a z u
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen SPD, CDU und Abg. **T i t t - m a n n** [DVU])
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.
- (Unruhe auf dem Besucherrang – Glocke)
- Meine Damen und Herren, wir befinden uns in der Abstimmung!
- Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/711 abstimmen.
- Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/711 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür Bündnis 90/Die Grünen)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen SPD, CDU und Abg. **T i t t - m a n n** [DVU])
- Stimmenthaltungen?
- (D) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.
- Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 15/717 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(A) **Mitteilung des Senats vom 13. März 2001**

(Drucksache 15/661)

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Dr. Färber.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Herr Staatsrat, ich gehe davon aus, dass Sie darauf verzichten.

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir würden das aber ganz schön finden!)

Wir treten in die Aussprache ein.

Als erste Rednerin hat das Wort Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bekanntlich hat der, der die Wahl hat, auch die Qual. So geht es mir hier heute Vormittag auch. Wir haben einerseits die Antwort des Senats auf unsere Große Anfrage vorliegen, aber seit dieser Bürgerschaftssitzung gibt es auch eine neue Hochglanzbroschüre vom Space-Park, die ich mir zu Gemüte geführt habe. Deswegen fange ich damit erst einmal an.

(B) Ich möchte Ihnen den ersten Satz dieses wunderbaren Papiers vorlesen. Abgesehen davon, dass darin Rechtschreibfehler sind, deswegen sollte man sich hier vielleicht nicht so hämisch über die Schüler äußern, wenn man hier hochbezahlte Leute hat, die Journalisten sind, aber leider der deutschen Sprache nicht mächtig, fangen wir also jetzt mit diesem wunderbaren Elaborat an. Da lautet es: „Wie ein ins Trudeln geratenes Ballett tanzen anderthalb Dutzend Kräne über den Gipfeln der Sandberge, und orange Baucontainer wirken wie kleine Farbtupfer vor der grauen Betonwand der Baustelle.“ Fürwahr, meine Damen und Herren, das nenne ich Baustellenromantik!

Was ich aber noch viel schöner finde: Jens Eckhoff hat sich vor geraumer Zeit einmal geäußert, dass man ja vielleicht das Tanztheater in Bremen nicht mehr finanzieren sollte. Jetzt verstehe ist auch warum! Wenn wir da ein Ballett von Baukränen haben, brauchen wir in der Tat vielleicht kein Tanztheater mehr!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Überschrift des Ganzen gefällt mir jedoch noch viel besser, da würde ich fast vermuten, das ist Copyright Frank Haller, sie lautet nämlich: „Ein Bremer Konjunkturprogramm in Beton“.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C) Das, meine Damen und Herren, finde ich, passt zur großen Koalition in Bremen. Das ist so modern, so innovativ! Wenn ich mir jetzt vorgestellt hätte, Sie machen wenigstens ein Konjunkturprogramm in blaue Biotechnologien, junge Köpfe oder bei Existenzgründungen! Nein, Sie stehen wirklich dazu, was Sie machen, Sie machen Konjunkturprogramme in Beton. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Frau **L e m k e - S c h u l t e** [SPD]: Würden wir nie unterschreiben!)

Ja, aber das sind die Leute, die hier von der wunderbaren Space-Park-Development KG extra eingestellt worden sind, die ja nun dieses wundervolle Projekt der großen Koalition promoten sollen!

Jetzt komme ich aber zur Senatsantwort! Ehrlich gesagt, als ich diese Antwort bekommen habe, habe ich mich gefragt, ob ich sie loben oder kritisieren soll.

(Abg. **B ü r g e r** [CDU]: Dann lieber loben! – Vizepräsident **R a v e n s** übernimmt den Vorsitz.)

(D) Ja, genau, Herr Bürger! Da das nicht so oft vorkommt, lobe ich sie jetzt erst einmal. Ich möchte Ihnen einmal Folgendes vorlesen, das ist ehrlich gesagt auch eine Premiere in einer Senatsantwort, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Die Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben den Space-Park in allen Phasen der Beratung und Beschlussfassung, nämlich ohne Berücksichtigung der aktuellen Bürgerschaftssitzung in 17 Sitzungen der Bürgerschaft und 14 Sitzungen der Deputation für Wirtschaft sowie der Wirtschaftsförderungsausschüsse, stets abgelehnt beziehungsweise negativ kritisiert.“

Meine Damen und Herren von der Regierung, ich bedanke mich bei Ihnen für diese neue Dienstleistungsqualität des öffentlichen Dienstes. Ich kann das postwendend an meine grüne Basis als Rechenschaftsbericht über das, was ich hier an guter Arbeit im Parlament und seinen Ausschüssen mache, weitergeben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bisher war das eigentlich nicht Aufgabe des Senats, die Arbeit von Parlamentariern, wenn sie ihrer Arbeit nachgehen, zu zensieren und zu beurteilen. Das scheint auch ein neuer Stil, und zwar nicht gerade der feinen englischen Art, dieser großen Koalition zu sein.

Jetzt kommen wir aber einmal zu den eigentlichen politischen Fragen dieses Vorzeigeprojekts der großen Koalition! Auf Seite eins in Ihrer Vorbemerkung steht, ich zitiere: „Ein mit dem Space-Park vergleichbares Projekt konnte in Deutschland bisher in

- (A) keiner anderen Stadt finanziell und planungsrechtlich abgesichert werden.“ Wohl wahr! Aber warum eigentlich nicht? Da fragt sich ja, ob das ein Gütezeichen ist, dass Bremen hier ganz keynesianistisch vorgeht, und zwar neben den privaten Investoren, aber doch mit einem großen staatlichen Anteil von 280 Millionen DM einsteigt, um dieses dicke Betonteil aus der Taufe zu heben, oder ob die anderen Standorte vielleicht ein bisschen klüger und sensibler sind und sich so ein Teil erst gar nicht an den Hals holen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Als wir in Cannes auf der internationalen Immobilienmesse waren, haben wir ja ein paar andere Projektentwickler kennen gelernt, die nicht Köllmann und nicht Space-Park-Development KG heißen, sondern in der Tat flotte, junge Firmen sind, die eine andere Unternehmensphilosophie haben und die, ehrlich gesagt, kleinteiliger und sensibler Innenstädte entwickeln.

Ich glaube, und das möchte ich noch einmal ausdrücklich sagen, einige von uns sind ja gestern Abend bei der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer gewesen, und ich habe da wieder einige Projekte aufgeführt, ob Großmarktverlagerung oder Space-Park oder die ursprüngliche Planung für den Ocean-Park oder das Musical, das sind alles Projekte, die Sie aus unserer Sicht nicht gerade mit Ruhm bekleckert haben.

- (B)

Dann sagte Herr Kottisch so schön: „Na ja, hinterher hat man immer Recht!“ Nein, meine Damen und Herren, das möchte ich noch einmal ausdrücklich festhalten, es geht schon darum, hinterher ist man wirklich immer schlauer, aber die Frage ist, ob man vorher schlauer ist, Herr Kottisch!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe es Ihnen schon ein paar Male gesagt: Wir haben dem Universum vollen Herzens zugestimmt, und im Moment geben uns die Erfolgswahlen Recht. Wir waren gegen das Musical, wir waren gegen die gigantomanischen Planungen Ocean-Park, und wir sind gegen diese Planung für den Space-Park. In ein paar Jahren werden wir ja wissen, wer Recht gehabt hat! Ich möchte es nur noch einmal deutlich sagen: Man geht immer mit diesen Prognosen ein Risiko ein, dessen bin ich mir sehr wohl bewusst. Ich glaube nicht, dass dieses große Projekt, diese Hybridstadt, den Erfolg bringen wird, den Sie für sich reklamieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt kommen wir aber noch einmal zu einigen Untiefen dieser Senatsantwort! Aus meiner Sicht ist die Anfrage nicht besonders seriös beantwortet.

Abgesehen davon, dass Sie feststellen, dass ich nerve mit meiner Hartnäckigkeit und immer wieder etwas über den Realisierungsstand wissen will, werden viele Fragen nicht sehr substanzvoll beantwortet. Zum Beispiel heißt es auf unsere Frage, ob es noch Risiken gibt, was die Notifizierung durch die EU angeht: „Zur Verhaltensweise der EU-Kommission kann sich der Senat nicht äußern.“ Nein, ich wollte auch nicht Ihre astrologischen Fähigkeiten abfragen, ich wollte wissen, wie Sie die Risiken einschätzen, und Risikoeinschätzung gehört für mich zu einer politischen Frage, die der Senat leisten können muss!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vielleicht noch eine letzte Bemerkung dazu! Herr Hattig ist heute nicht da, aber es ist ja einer seiner Lieblingsprüche, dass Investitionen immer Risikoinvestitionen sind. Klar, aber wie man diese Risiken bewertet und ob man sie minimiert, um der Stadt und den Steuerzahlern möglichst nicht zu schaden, oder ob man ein bisschen großkotzig mit diesen Fragen umgeht, ist doch die entscheidende Differenz!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann wollten wir gern wissen, mit welchem Aufwand hier eigentlich die Arbeitsplätze gefördert werden und wie sich da die Zahlen im Bundesdurchschnitt verhalten und wie das hier in Bremen ist. Ich lese Ihnen nur eine Zahl vor: die Zuschusshöhe je neuem Arbeitsplatz im Bund im Jahr 2000 rund 51 000 DM, in Bremen im Jahr 2000 119 000 DM! Das ist mehr als das Doppelte! Auch da, finde ich, kann man sich fragen, ob ein solcher Aufwand gerechtfertigt ist oder ob es nicht andere Maßnahmen gäbe, die mit etwas mehr Ressourcenschonung mehr Effekte bringen würden.

(D)

Dann nehmen Sie ja für sich in Anspruch, das ist ein Urban Entertainment Center, einmalig in dieser Art in Deutschland, und zwar auch mit einem großen Anteil von Kinoangeboten. Wir schauen uns nur einmal diesen Teil mit dem Kinoangebot an! Man ist schon ganz stolz in dieser neuen Werbebroschüre, dass man das Multiplexkino von 14 Sälen auf zehn abgerüstet hat. Man will nur noch 2600 Plätze realisieren. Dazu kommt dann in dem Space-Center ein 4-D-Kino mit ungefähr 320 bis 360 Plätzen, und dann überlegt man darüber hinaus noch ein IMAX-Kino. Das ist zwar noch nicht gesichert, aber das sind noch einmal 450 Plätze.

Meine Damen und Herren, wer soll da eigentlich hingehen? Wir haben jetzt das Cinemaxx am Bahnhof, aber es wird noch viel besser: Mit Herrn Flebbe, dem Betreiber des Cinemaxx am Bahnhof, werden Gespräche geführt, ob er bereit ist, wenn man ihm finanziell unter die Arme greift, als Betreiber des Multiplexkinos aufzutreten. Was ist das eigent-

(A) lich für eine Politik? Jetzt werben wir schon die Kinobetreiber an! Denen werden Subventionen angeboten, damit sie hier in ein anderes Multiplexkino einsteigen. Ist das neoliberale Wirtschaftspolitik? Das ist reinster Subventionismus, und ich dachte, wir hätten diese Zeiten überwunden. Aber das scheint ganz und gar nicht der Fall zu sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt ist es offensichtlich so, dass sich diese Gespräche mit Herrn Flebbe, der ja wegen Wettbewerbsverzerrung bei der EU-Kommission Beschwerde eingelegt hatte, schwierig gestalten. Das glaube ich, dass sie sich schwierig gestalten! Im Moment geht da offensichtlich gar nichts vorwärts. Aber wer wird denn dann der Betreiber dieses Multiplexkinos sein mit 2600 Plätzen? Haben Sie einen? Ich hoffe, dass Herr Dr. Färber uns darüber gleich Auskunft geben wird.

(Abg. F o c k e [CDU]: Wir brauchen den nicht zu haben, wir sind nicht der Betreiber!)

Nein, aber man muss doch wissen, wenn das demnächst eröffnet werden soll, wer es denn eigentlich betreiben soll!

(B) Was ist mit der Disko und den anderen so genannten privaten Betreibern, wie Sie uns dieses Projekt immer verkauft haben? Für das Hotel, das hatten wir auch schon festgestellt, gibt es keinen wirklich unabhängigen privaten Betreiber, sondern das ist eine hundertprozentige Tochter der Köllmann-Firmen. Sie können das ja alles für sich in Anspruch nehmen, aber ehrlich gesagt: Nur wo Nutella draufsteht, ist auch Nutella drin, und hier steht etwas anderes darauf, als darin ist! Es ist nicht neoliberal, es ist nicht modern, sondern es ist wirklich ein Konjunkturprogramm in Beton mit hohen keynesianistischen Anteilen.

Jetzt kommen wir zum letzten Punkt! Ich hatte mich ja erkundigt, wie eigentlich dieses Space-Center, also der touristische Attraktionsteil, finanziert werden soll. Ursprünglich war ja geplant, dass 77,5 Millionen DM aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsförderung“ erbracht werden sollen. Dann haben Sie ein für mich abenteuerliches Finanzierungsmodell entwickelt und der Space-Park-Development KG ein zinsloses Darlehen von 24,5 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Das ist immerhin eine Summe, bei der die SPD sich eben gerühmt hat, soviel im letzten Jahr bei der Bildung daraufgelegt zu haben. Eine solche Summe bekommt dieser Unternehmer gerade einmal so by the way, weil er wahrscheinlich irgendwelche Schwierigkeiten hatte. Wie es bei einem Darlehen ja ist, da gibt es ja Konditionen, wann das zurückgezahlt werden muss. Es ist nur nicht zurückgezahlt. Es ist bisher nicht zurückgezahlt worden, so wie die Kondi-

tionen verhandelt worden sind! Also gibt es offensichtlich doch ein erhebliches Problem mit den Firmen, die man hier so zuvorkommend behandelt hat.

(Glocke)

Ich komme zum Schluss! Jetzt stellt sich heraus, dass man diese Summe, die die Köllmann-Firmen nicht zurückgezahlt haben, gegenrechnet mit dem so genannten neuen Finanzierungsmodell, bei dem ja noch eine Bremer Beteiligung gefunden werden muss, weil es nicht EU-konform war. Das heißt für mich, es gibt wirklich große Untiefen bei diesem Projekt. Ich sehe überhaupt nicht, woher Sie den Mut nehmen, es immer in den schönsten Farben darzustellen. Für mich gibt es hier mehr ungelöste Probleme als alles andere, und ich bin gespannt auf die Antworten, die Herr Dr. Färber uns gleich geben wird. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Lemke-Schulte.

Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Dass dieses Space-Park-Projekt inzwischen wirklich eine reale Baustelle ist, kann sich jeder ansehen, der dort einmal vorbeifährt. Man kann über Formulierungen streiten, aber in anderen Städten wird entsprechend berichtet, wenn die Kräne tanzen, und man nennt das ein Zeichen für gute Konjunktur. So schlimm finde ich das gar nicht. Natürlich ersetzt das nicht das Tanztheater oder so etwas, völlig klar!

Meine Damen und Herren, Skepsis begleitet dieses Projekt bis heute, wie diese Debatte zeigt. Ich halte sie für sinnvoll, wenn sich darin die Überzeugung zeigt, dass ein Vorhaben dieser Dimension von allen und natürlich ganz besonders von den öffentlichen Geldgebern mit kritischer Aufmerksamkeit begleitet und entsprechend kontrolliert wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich halte sie aber dann nicht für gerechtfertigt, wenn sich darin nur das Prinzip äußert, Bedenken selbst gegen jede bessere Erkenntnis hochzuhalten, um sich jeder Verantwortung für ein sicher nicht ganz risikofreies Pionierprojekt zu entziehen.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Dass die Utopie auf dem Weg zur Realisierung zahlreiche Veränderungen erfuhr, spricht für die Sorgfalt und das Verantwortungsbewusstsein aller Beteiligten. Deshalb ist diese Auflistung der vielen Gremienbefassungen, 17 Bürgerschaftsbefassungen und 14 Befassungen in den entsprechenden Aus-

(C)

(D)

(A) schüssen oder Deputationen, ein Indiz dafür, wie entsprechend kontrolliert wird, und zwar von allen Beteiligten. Das können Sie sich nicht allein an den Hut stecken, liebe Frau Kollegin, sondern das gilt für alle. Ich halte sie auch für unverzichtbar bei einem solch umfangreichen Projekt.

Ein Einkaufszentrum mit Rakete, ich wiederhole mich da, wir haben die Debatte häufiger geführt, darf der Space-Park nicht werden. Das verträgt sich meines Erachtens dann auch nicht mit den Entertainment-Einrichtungen, in die die privaten Geldgeber über den Bau der Immobilien hinaus immerhin rund 140 Millionen DM investieren wollen. Insgesamt entfallen auf die Entertainment-Einrichtungen nach Angaben des Senats, das war zu Beginn dieses Jahres, fast 500 Millionen DM des Privatengagements. Eine erhebliche Summe! Insgesamt fließen 800 Millionen DM Privatkapital in das Projekt, für das die öffentliche Hand zirka 200 Millionen DM für Infrastrukturinvestitionen bereitstellt plus 77 Millionen DM Förderung, so dass das insgesamt gut ein Viertel der Finanzierung ist. Ich finde, dieses außergewöhnlich große Engagement renditeorientierter Finanziers ist ein starkes Indiz dafür, dass die Entscheidungen von Parlament und Senat für dieses innovative Projekt zwar von viel Mut, aber zugleich auch von viel Verantwortung getragen wurden und getragen werden.

(B) Das Stadium, meine Damen und Herren, in dem es nur um Hoffnungen und Befürchtungen ging, hat der Space-Park nach meinem Dafürhalten längst hinter sich gelassen. Derzeit arbeiten auf der im weiten Umkreis größten Baustelle 350 Bauleute. Das finde ich für die problembeladene Branche höchst erfreulich. Da nach Angaben der Investoren ein wesentlicher Teil der Gesamtinvestition von über einer Milliarde DM bei den Unternehmen in der Stadt und in der Region verbleibt, profitieren hiervon vor allem der Arbeitsmarkt, die Wirtschaft und öffentliche Kassen deshalb vor Eröffnung des Space-Parks selbst. An den Arbeitsplatzprognosen für die Zeit nach der Eröffnung halten nicht nur der Senat, sondern auch die privaten Investoren fest. Einen konkreten Anlass, am Erfolg dieses ISP-Projekts, durch den Einsatz öffentlichen Geldes ein Mehrfaches an Privatmitteln an den Standort Bremen zu binden, zu zweifeln, gibt es also nicht.

Eine Garantie für dauerhaften Erfolg, um Missverständnissen gleich vorzubeugen, gibt es zwar auch jetzt nicht, wohl aber eine hohe und stetig wachsende Wahrscheinlichkeit des Gelingens. Wer zum Beispiel wirklich anderes immer wieder nur behauptet, belastet nicht nur dieses wichtige Vorhaben, sondern ich finde den gesamten Prozess unnötig. Die positive Bewertung berechtigt aber auch nicht zu zufriedenerem Abwarten. Sie kann nur Bestand haben, wenn sie zu unveränderter Wachsamkeit anspricht. Aus diesem Grund kann ich dem Se-

nat auch einige kritische Anmerkungen nicht ersparen, die er uns in seiner Antwort heute gegeben hat.

Wer das Plenum auf aus der vergangenen Legislaturperiode stammende Informationen und Beschlüsse verweist, ohne dem jetzigen Parlament die wesentlichen Eckpunkte konkret zu benennen, Herr Dr. Färber, erweckt den Eindruck, er wolle Fakten verschleiern. Das ist doch absolut nicht notwendig!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Zudem, meine Damen und Herren, gehen bei solchen Investitionsprojekten lange Planungs- und Realisierungsprozesse häufig mit Modifikation von Ursprungsplänen und -annahmen einher. Das war, wie ich bereits ausgeführt habe, beim Space-Park nicht anders. Auch deshalb wäre es sachgerecht und hilfreich, den Abgeordneten die Eckdaten, ob nun verändert oder unverändert, nach Ablauf von zweieinhalb Jahren erneut zu präsentieren und zu erläutern. Auch dies fehlt!

(Beifall bei der SPD)

Die Frage einer EU-konformen Gewährung der privaten Investoren in der Summe 77,5 Millionen DM zugesicherten öffentlichen Beihilfen ist auch noch immer offen. Frau Dr. Trüpel hat darauf hingewiesen. Unseres Wissens wird das Problem, anders als in der Senatsantwort dargelegt, frühestens im September gelöst sein und nicht im April, wie es in der Senatsantwort steht. Darauf müssten wir auch noch einmal eine Antwort bekommen.

Ich finde, bessere Informationen, und das gilt für alle und insbesondere für die Opposition, könnten Zweifel an der Lösbarkeit der Aufgabe womöglich ausräumen, mindestens aber mindern. Eine weniger allgemeine Beantwortung der Frage nach den regionalwirtschaftlichen Effekten halte ich auch für notwendig. Diese Effekte waren nämlich wesentlicher Pfeiler der Entscheidung für das Projekt. Eine kontinuierliche Prüfung, ob die erwarteten Wirkungen unter sich stetig verändernden Rahmenbedingungen Bestand haben oder gegebenenfalls auch angepasst werden müssen, ist nicht nur legitim, sondern sie ist absolut geboten.

(Beifall bei der SPD)

Hier erwarten wir zügig aktuelle Daten, sehr verehrter Herr Staatsrat! Das gilt auch hinsichtlich der Arbeitsplatzprognosen. Auch hier ist es notwendig, dass Sie uns noch einmal sagen, für welche Projektbereiche wie viele Arbeitsplätze, darauf legen die Sozialdemokraten besonderen Wert, in welchem Zeitraum verbindlich zugesagt wurden. Auch dies wird nicht konkret beantwortet!

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(A) Zum Vergleich der Arbeitsplätze, nach denen die Grünen gefragt haben, entsprechende Errichtungsinvestitionen in Bremen beziehungsweise im Bund, was Frau Dr. Trüpel kritisiert hat, ist das ein Vergleich mit Äpfeln und Birnen. Diese Zahlen, die hier genannt sind, Frau Dr. Trüpel, sind nicht Space-Park-bezogen. Sie haben die Frage so gestellt, dass Sie nach Gesamt-Bremen und Gesamt-Bund gefragt haben. Sie sind also nicht Space-Park-bezogen. Das ist eine der Antworten auf Ihre Frage.

Ich ziehe also das Fazit. Erstens: Es gibt keinen Anlass zu der Annahme, das Space-Park-Projekt könnte insgesamt oder in wesentlichen Teilen scheitern. Risikolos ist das Vorhaben jedoch nicht, aber die Chancen überwiegen bei weitem. Die Erfolgswahrscheinlichkeit wächst nach meinem Dafürhalten mit dem Realisierungsfortschritt.

Zweitens: Der Senat sollte alles daran setzen, durch umfassende und zeitnahe Informationen dieses Plenums, aber auch der zuständigen parlamentarischen Gremien den Anschein zu vermeiden, als gäbe es gefährliche Planabweichungen oder gar kritische Entwicklungen. Wenn dies der Fall wäre, meine Damen und Herren, hätte das Parlament beziehungsweise hätten die Gremien im Übrigen einen gesteigerten Anspruch auf rechtzeitige Unterrichtung, weil wir das Controlling durchzuführen haben!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) Drittens, meine letzte Bemerkung geht an Sie, an die Opposition: Sie sollten nicht versuchen, durch die stete Wiederholung vermeintlicher Probleme zur eigenen Profilbildung, wie Sie meinen, ein Projekt zu gefährden, das sich allem Anschein nach gut entwickelt und einen positiven Beitrag zur Stärkung nachhaltiger Wirtschafts-, Finanz- und Steuerkraft des Landes Bremen verspricht und mit dem darüber hinaus noch etliche Arbeitsplätze geschaffen werden. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir uns heute zum achtzehnten Mal über den Space-Park und seine Realisierungsmöglichkeiten unterhalten, finde ich nicht, dass der Senat uns lückenhaft, falsch oder vielleicht nicht vollständig darüber informiert hat, was in den letzten Jahren passiert ist. Eher das Gegenteil ist der Fall, meine Damen und Herren, und je mehr Einzelheiten man weiß, desto komplizierter wird es für manche.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

*) Vom Redner nicht überprüft.

Frau Dr. Trüpel, Sie haben sich so an diesem Thema festgebissen, weil Ihnen wohl nichts anderes eingefallen ist, dass wir uns nun also das achtzehnte Mal damit beschäftigen.

(Zuruf der Abg. Frau Dr. Trüpel
[Bündnis 90/Die Grünen])

Ich hoffe sehr, dass, wenn dieser Space-Park fertig ist, und ich bin davon überzeugt, dass er sowohl vom Entertainmentcenter als auch von den Einzelhändlern bezogen wird, Sie sich nicht an diesem Beton, den Sie eben beschrieben haben, die Zähne ausbeißen. Ich finde, dieser ewige Pessimismus und dieses ewige Herumrühren in diesen Einzelheiten, wie Sie jetzt eben versucht haben darzustellen, wer das Kino, den Einzelhandel, dieses und jenes macht – –! Wir sind nicht die Betreiber dieses Projektes! Das ist ganz deutlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir unterstützen natürlich mit öffentlichen Mitteln ein 800-Millionen-Projekt

(Abg. Frau **Linnert** [Bündnis 90/Die Grünen]: Und deshalb müssen Sie da genau hinsehen!)

(D) mit einer Investitionssumme von insgesamt ungefähr 1,1 Milliarden DM, 200 Millionen DM plus 77,5 Millionen DM Förderung. Das Betreiberrisiko liegt nicht bei der Stadt und nicht bei dem Land Bremen. Das Betreiberrisiko liegt eindeutig bei den Betreiberfirmen. Deswegen können weder wir noch der Senat jede dieser Fragen, wer macht dies, wer macht das und wer geht dahin, beantworten, weil wir nicht in alle Verhandlungen einbezogen sind. Deswegen nützt es auch nichts, immer wieder danach zu fragen. Wir müssen das abwarten. Wir gehen davon aus, dass, wenn die 800 Millionen DM von Investoren in die Hand genommen werden, sie das nicht machen, um dort eine Betonruine hinzusetzen. Das müssen wir doch nun zumindest jedem Investor zubilligen, dass er das nicht vorhat!

(Beifall bei der CDU)

Ich gebe Ihnen in dem Punkt Recht, dass der Space-Park und die Betreiber selbst nicht genug für ihr Projekt hier in der Öffentlichkeit und vielleicht auch bei Ihnen geworben haben. Dass wir nun eine große Mappe bekommen haben, in der aber nicht viel gewesen ist,

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/
Die Grünen)

das kritisiere ich auch, meine Damen und Herren. Ich hätte auch verlangt, dass die Leute hier eine we-

- (A) sentlich bessere Marketing- und Öffentlichkeitsarbeit gemacht hätten.

(Beifall bei der CDU)

Nun wird uns immer erzählt, in ganz Deutschland und insbesondere in Nord- und Nordwestdeutschland stünden die Zeitungen voll davon, wie es auf unserer größten Baustelle in Norddeutschland zugeht, nur die bremischen Medien seien davon wohl nicht zu begeistern. Wir haben den Damen und Herren dort dann einmal gesagt, dass sie sich auch einmal ein bisschen besser bemühen müssten. Es ist also ein großer Kritikpunkt auch von mir. Die Öffentlichkeitsarbeit muss wesentlich verbessert werden. Das ist aber auch nicht unsere Aufgabe, weil wir nicht die Betreiber dieses Parks sind. Das kann der Senat nicht leisten. Ich leiste das auch nicht für die, das müssen die schon selbst machen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber unsere Anfragen ordentlich zu beantworten, das können Sie doch leisten!)

Die Antwort auf die Große Anfrage ist vom März, Frau Dr. Trüpel. Darin stehen natürlich auch Dinge, die überholt sind, das haben wir zwischenzeitlich ja auch in Wirtschaftsförderungsausschüssen oder in der Wirtschaftsdeputation erfragt. Das April-Datum, das genannt worden ist, bis wann die Frage der Beteiligung geklärt werden sollte, ist überholt. Das wissen wir aber auch offiziell, weil es offiziell gesagt worden ist. In der letzten Wirtschaftsförderungsausschusssitzung ist gesagt worden, dass jetzt erst im September mit einem Abschluss gerechnet wird.

- (B)

Es ist bestimmt keine Absicht, die dahinter steckt, dass der Senat hier April hineinschreibt. Es hat eben nicht geklappt. Manche Dinge dauern eben etwas länger. Diejenigen, die gestern bei der ASU gewesen sind, wissen, was da immer alles gesagt wird und wie lang die Verwaltungsabläufe sind. Es ist eben manchmal so, dass es auch etwas länger dauern kann, gerade wenn zwischen Berlin, Brüssel und Bremen hin und her verhandelt werden muss. Ich sehe da keine böse Absicht des Senats, dass hier irgendetwas verschleiert werden soll.

Dadurch, dass man sieht, dass Erhebliches passiert – Sie können hingehen, es wird jeden Tag etwas höher, bald sind die Rohbauarbeiten fertig, und dann fängt der Innenausbau an –, wird immer mehr Optimismus ausgestrahlt. Auch die, die dort einziehen und Mieter werden sollen, warten immer so lange, bis es auch wirklich danach aussieht, dass es etwas wird und dass es fertig wird.

(Beifall bei der CDU)

Da wir dort auf einem sehr guten Weg sind, glaube ich auch, dass wir nicht noch einmal eine Debat-

te führen müssen. Wir sollten uns alle darauf vorbereiten, im Herbst 2002 diesen Park zu eröffnen, und dann auch den Optimismus verbreiten, dass dieser Park ein Erfolg wird. – Vielen Dank!

- (C)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Staatsrat Dr. Färber.

Staatsrat Dr. Färber: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Geschichte des Space-Parks ist lang. Es ist ein großes und damit auch schwieriges Projekt. Wie bei vielen Projekten beginnt die Umsetzung mit der Bauphase, und da fängt man mit Beton an. Das ist auch bei der Universität und beim Übermaxx und Cinemaxx so gewesen. Auf das eine komme ich gleich noch einmal zurück. Ich finde, wir sollten einmal verfolgen, zu welchen Inhalten die Space-Park-Gesellschaft kommt, wenn sie hier weitere Berichte über den Projektfortschritt abgibt, denn die Inhalte, denke ich, sind das Wesentliche und nicht die Frage nach dem Beton.

Die Grünen kämpfen nun schon lange und verzweifelt gegen dieses Projekt.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Für Verzweiflung besteht kein Anlass!)

Sie verkennen dabei zwei ganz wesentliche Aspekte: Bremen hat ein Defizit im Städtetourismus und einen Mangel an Investitionen, die von außerhalb nach Bremen kommen. Sie haben, sehr verehrte Frau Dr. Trüpel, hier wieder einmal eine Vielzahl von Fragen gestellt, die letztlich alle darauf abzielen, diesem hohen Hause und damit auch der Öffentlichkeit den Eindruck zu suggerieren, es gäbe beim Space-Park noch einen Ausstieg.

- (D)

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! – Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe nur gesagt, dass es Probleme gibt!)

In einer Kleinen Anfrage haben Sie das einmal dargestellt. Tatsächlich ist der für Bremen touristisch bitternotwendige Space-Park bereits voll im Bau. Basis dieser Space-Park-Realisierung war ein jahrelanger, auch öffentlich geführter Diskurs, der mit eindeutigen Entscheidungen über den Abschluss einer Rahmenvereinbarung im Mai 1999 und mit einer Verabschiedung des Bebauungsplans und der Erteilung einer Baugenehmigung im Juni/Juli 2000 abgeschlossen wurde.

Ich kenne kein Projekt der Grünen, das einen signifikanten Beitrag zur Stärkung des Städtetourismus in Bremen hätte bringen können.

(Beifall bei der CDU)

(A) Auf ein missglücktes Projekt möchte ich gleich noch einmal zurückkommen. Ich kenne auch kein Projekt der Grünen, das hier in besonderer Form überregionales Invest nach Bremen gezogen hat oder hätte. Insofern sehe ich auch keinen Beitrag der Grünen, in diesen beiden Defizitbereichen Abhilfe zu schaffen. Die große Koalition unternimmt hier nun wirklich große Anstrengungen mit dem vorrangigen Ziel der Schaffung von Arbeitsplätzen. Nur wenn es gelingt, Geld und Menschen in Form von Investitionen und Konsumausgaben nach Bremen zu locken, können Wertschöpfungen in Bremen erzielt und Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden.

Beides ist beim Space-Park gegeben. Arbeitsplätze zu schaffen scheint aber kein Thema von Ihrer Seite zu sein. Bei 40 000 Arbeitslosen in diesem Bundesland ist das für mich schon eine bedauerliche Feststellung.

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau L i n -
n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Fär-
ber, nun bleiben Sie doch nicht unter Ih-
rem Niveau!)

Das kann ich hier nicht als Maßstab für die Politik meines Hauses akzeptieren. Gerade die Maßstäbe sind es, auf die ich noch einmal ausdrücklich eingehen möchte. Ich vermisse die bei Ihnen nun sehr deutlich.

(B) Ich komme auf das von mir eben angesprochene grüne Projekt aus Zeiten der Ampelkoalition zurück. Die damalige Kultursenatorin Frau Dr. Trüpel setzte ein Projekt durch, das sich auch Ziele gesetzt hatte. Da kommt die Frage, wie schlau oder schlauer waren Sie vorher und nachher.

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/
Die Grünen]: Wunderbar! Darauf habe ich
nur gewartet!)

Es geht hier um die Schausammlung Übermaxx. Es wurden dort 34 Millionen DM investiert und 100 000 Besucher pro Jahr versprochen. Es waren im Jahr 1999 10 259 Besucher, im Jahr 2000 waren es knapp 5000 zahlende Besucher beim Übermaxx, hinzu kommen die Besucher, die das Übersee-Museum besuchen und gleichzeitig in das Übermaxx herüberwechseln, weil man dort die Preise etwas geändert hat. Wenn Sie da die Eintrittsgelder zusammenzählen, können Sie gerade einmal die Kassiererin davon bezahlen.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Frau D r .
T r ü p e l [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich
dachte eigentlich, dass wir heute über den
Space-Park reden! – Abg. Frau L i n n e r t
[Bündnis 90/Die Grünen]: Das will er aber
nicht!)

(C) Ich verzichte darauf, es ist Ihnen in der Presse ja schon einmal vorgerechnet worden, was das hier an Zuschuss pro einzelner Besucher bedeutet. Soweit zu Maßstäben bei Projekten und Ihrem Beitrag zu touristischen Projekten in Bremen!

Zum Stand der Vermietung: Die Vermietung der Einzelhandelsflächen im Space-Park ist vertragliche Verpflichtung der Space-Park Development GmbH und der gleichberechtigten Gesellschafter, das sind die KanAm-Gruppe München und die Köllmann AG Wiesbaden. Ziel des Vermietungskonzeptes ist es, freizeit- und lifestyleorientierte Ankermieter für den Space-Park zu identifizieren. Das Vollsortiment der bekannten innenstädtischen Warenhäuser ist hier weder geeignet noch erwünscht.

Seit längerem wird im Rahmen der Akquisitionsbemühungen mit dem Kaufhof-Konzern verhandelt. Dieser hat inzwischen grundsätzlich eine Anmietung für die Sparten Sport und Elektronik, das ist Saturn, positiv entschieden. Die Vertragspartner begrüßen dieses Engagement, und sie werden ihre Bemühungen um weitere konzeptionell geeignete Mieter intensiv fortsetzen. Bremen wird diese Bemühungen wie bisher unterstützen. In diesem Zusammenhang eine Klarstellung: Bremen verhandelt nicht mit Herrn Flebbe, wie Sie hier den Anschein erweckt haben.

(D) Nun zu Ihren Fragen! Aus der Beantwortung erkennen Sie, dass die beihilfebezogenen Probleme im Wesentlichen gelöst beziehungsweise in einem geordneten Verfahren mit der EU sind. Da haben wir im Moment die Erwartung, dass wir damit im September fertig sind. Auf das Heraufbeschwören von weiteren Problemen sollten Sie verzichten, an den Arbeitsplatzzielzahlen hat sich nichts geändert, die Einhaltung wird hier wie üblich geprüft. Die Förderung bewegt sich im gesetzlichen Rahmen und auf vergleichbarem Niveau.

Ich fasse zusammen: Der Space-Park ist ein zentrales Projekt des Bremer Sanierungsprogramms beziehungsweise des Investitionssonderprogramms. Keine andere deutsche Stadt hat es bis heute verstanden, ein ähnlich bedeutsames touristisches Großprojekt zu realisieren. Bremen hat hier mit dem Space-Park die Chance, eine Alleinstellungsposition im deutlich wachsenden Markt des Städtetourismus zu gewinnen.

Wir sollten uns von niemandem einreden lassen, dass die große Koalition bei der Umsetzung des Sanierungsprogramms nicht erfolgreich war und ist. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Ich will an dieser Stelle auf die Aufzählung von Beispielen verzichten. Möglicherweise wird es in einigen Jahren nicht mehr nötig sein, strukturverbessernde Großprojekte umzusetzen. Noch sind wir allerdings, und ich füge hinzu, leider, nicht so weit, noch haben wir trotz aller unbestreitbaren Erfolge das Ziel der wirtschaftlichen Sanierung des Landes Bremen nicht erreicht. Wir sollten aber alle an der Verwirklichung dieses

(A) großen Zieles arbeiten. In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, das Projekt zu unterstützen und nicht systematisch zu diskriminieren. – Schönen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, dass wir diesen Tagesordnungspunkt ordnungsgemäß zu Ende bringen. Wir haben noch eine Wortmeldung.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, dass es ein falsches Verständnis von Opposition ist, wenn Sie mich hier heute auffordern, diesem Projekt zuzustimmen, es gut zu finden, am besten noch Reklame dafür zu machen, und mir unterstellen, ich würde es diskriminieren. Nein, es geht mir darum, und das ist auch meine Aufgabe als Oppositionspolitikerin, die Punkte, die mir nicht ausreichend geklärt erscheinen, und Frau Lemke-Schulte hat eben auch darauf hingewiesen, dass für sie nicht alle Fragen geklärt sind, hier zur Diskussion zu stellen. Da es von Ihnen keiner macht, müssen wir es ja tun. Wer soll es denn sonst machen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Jetzt zu der Bemerkung von Herrn Focke, der ja sozusagen immer der Chef-Lobredner der Wirtschaftspolitik der großen Koalition ist!

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: So hat jeder seine Rolle, Frau Dr. Trüpel!)

Wir spielen hier ja auch immer gern mit verteilten Rollen. Es wird ja vielleicht auch noch einmal wieder anders.

Zu der Frage mit den Details! Eigentlich wären es schon zu viele Details gewesen, die uns im Laufe der Jahre hier erreicht hätten. Ich habe bei manchen von Ihren Äußerungen, Herr Focke, eher den Eindruck, dass Sie vielleicht gewisse Probleme haben, mit Details, die Sie offensichtlich verwirren, umzugehen. Das scheint mir auch der Grund dafür zu sein, zu dem Stichwort, wer hier eigentlich zwingend fixiert auf gewisse Auseinandersetzungen ist, immer so zu tun, als ob wir keine Vorschläge machen würden. Das scheint irgendwie ein Wahrnehmungsproblem von Ihnen zu sein.

Darf ich Sie zum Beispiel einmal an die Stadt am Fluss, an die Schlachte, derer Sie sich jetzt auch rühmen, erinnern! Erinnern Sie sich, dass das eine Idee von den Grünen war, endlich die Stadt zum Fluss hin zu öffnen?

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]:
So ja nun nicht!)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Natürlich ist das eine Idee gewesen, die wir über Jahre propagiert haben, und ich freue mich, dass das so ein Erfolg geworden ist und dass die Stadt so etwas Positives entwickelt hat.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oder aber die Kammerphilharmonie Bremen, die vorher in Frankfurt war, dieses wunderbare selbstorganisierte Orchester, das in der ganzen Welt für Bremen Reklame macht! Diese haben wir nach Bremen geholt. Das zu dem Stichwort, was tun die Grünen eigentlich, wenn es darum geht, den Standort aufzuwerten!

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Zum Übermaxx wollten Sie noch etwas sagen!)

Jetzt noch eine Bemerkung dazu, weil mich das langsam auch wirklich ärgert, wie auch hier ein Verfall von Differenzierungsfähigkeit eintritt! Erstes Beispiel: Wenn es jetzt um die Frage der Subventionierung von Musical und Theater ging! Das Musical ist mit ganz anderen Maßstäben in die Welt gesetzt worden, nämlich als Tourismusmagnet, als es ein lange arbeitendes deutsches Stadttheater ist. Sie fangen an, die Subventionen der einzelnen Theaterkarte im Musical aufzurechnen gegen die im Theater. Was ist das eigentlich für ein Unsinn! Ein Theater hat eine ganz andere Aufgabe als ein Musicalhaus.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt kommen wir einmal zu dem Übermaxx, zu einer Schausammlung, zu einem Museum, was in der Tat mit zu dem gesellschaftlichen Luxus, aber einem notwendigen Luxus gehört, den eine Gesellschaft sich leistet, auch mit den Beständen so umzugehen, dass man sie präsentiert und dass Leute sich da bilden können. Wir haben, anders als Sie, nie den Anspruch erhoben, dass das eine Maßnahme ist, die sich von selbst rechnet, die einfach marktgängig ist. Es war von Anfang an klar, wenn man das Übersee-Museum retten wollte, das enorme Probleme mit seinem Magazin hatte, weil es verseucht war, mussten wir eine Lösung dafür finden, damit die Bestände nicht kaputtgehen.

Ich sage Ihnen einmal, trotz aller Neuerungen in der Kulturpolitik und Public-Private-Partnership, gehöre ich nicht zu den Amerikanisierern, die so tun, als ob man alle Kulturbestände vergammeln lassen könnte, nur weil wir das Geld in Shopping-Malls stecken müssen. So weit geht es eben nicht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Darum stelle ich dies noch einmal fest, anders als Sie!

(A) Darf ich Sie noch einmal kurz erinnern, wie Sie auf mir herumgetrommelt haben, als es um die Planung zum Ocean-Park à la Köllmann ging? Wir haben Ihnen damals gesagt, entwickeln Sie das kleinteiliger mit Modulen, so dass es wirklich zu Bremerhaven passt. Jetzt an den neuen Planungen, auch mit diesem Klimahaus, finde ich, ist endlich einmal etwas daran. Das passt zu Bremerhaven. Das ist aber ehrlich gesagt das, was wir Ihnen vorgeschlagen haben.

Sie haben mir jahrelang erzählt, ich würde den Standort schlecht reden, ich hätte kein Herz für den Zwei-Städte-Staat und all diesen Unsinn. Jetzt gehen Sie selbst hin und sagen, nein, wir haben uns vergaloppiert, es war eine Nummer zu groß, jetzt machen wir es anders. Meine Befürchtung ist eben, dass Sie einen ähnlichen Fehler beim Space-Park gemacht haben. Ich weiß, es gibt jetzt kein Zurück mehr. Dass es das nicht gibt, finde ich, anders als Sie, eher bedauerlich. Wie gesagt, in ein paar Jahren werden wir ja wissen, wer mit seinem Gespür richtig gelegen hat. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(B) Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksachen-Nummer 15/661, auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kenntnis.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Mittagspause ein. Ich schlage Ihnen vor, dass wir uns um 14.45 Uhr wiedertreffen.

(Unterbrechung der Sitzung 13.04 Uhr)

*

Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung wieder um 14.46 Uhr.

Vizepräsident Ravens: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, begrüße ich auf der Besuchertribüne eine Gruppe des Altenheims Luisental.

Herzlich willkommen!

(Beifall)

Gesetz zur Änderung des Bremischen Wahlgesetzes (Verringerung der Zahl der Bürgerschaftsmitglieder)

(C)

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 6. März 2001
(Drucksache 15/644)
1. Lesung
2. Lesung

Wir verbinden hiermit:

Gesetz zur Änderung des bremischen Wahlrechts (Verringerung der Zahl der Bürgerschaftsmitglieder, Wegfall der 5-Prozent-Klausel, Herabsetzung des Wahlalters)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 12. März 2001
(Drucksache 15/655)
1. Lesung

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Dr. Böse.

Wir kommen zur ersten Lesung der beiden Gesetzesvorlagen.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Zuerst erteile ich das Wort dem Berichterstatter, dem Präsidenten Weber.

Präsident Weber: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu Beginn der Wahlperiode hat die Bürgerschaft den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss gebeten, Vorschläge für eine Verkleinerung des Parlaments vorzulegen. Die Verkleinerung ist Bestandteil der Koalitionsvereinbarung und auch von den Grünen gefordert. Außerdem hatte sich der Ausschuss mit dem Wahlalter, der etwaigen Verlängerung der Wahlperiode und den Arbeitsstrukturen der Bürgerschaft zu befassen. Darüber hinaus hat er die Fünfprozentklausel erörtert.

(D)

Meine Damen und Herren, über die Parlamentsverkleinerung haben seit 1993 drei Ausschüsse beraten. Sie hat auch den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss am intensivsten beschäftigt. Ziel der Verkleinerung ist vor allem, die Kosten der politischen Führung zu senken. Wir rechnen damit, dass wir bis zu eineinhalb Millionen DM jährlich einsparen können. Der Ausschuss hat dabei auch erörtert, ob sich für die Abgeordneten Mehrarbeit ergibt und das Auswirkungen auf die Diäten haben kann. Meine Damen und Herren, dazu wird die Diätenkommission Stellung nehmen. Der Vertreter vom Bündnis 90/Die Grünen hat sich gegen eine Erhöhung ausgesprochen.

Die Mitglieder der Koalitionsfraktionen haben sich für 83 Landtagsabgeordnete ausgesprochen. Der Vertreter vom Bündnis 90/Die Grünen tritt für 79 Abgeordnete ein.

- (A) Die Schwierigkeiten, an denen die Ausschüsse der vorletzten Wahlperiode scheiterten, lagen vor allem im verfassungsrechtlichen Bereich. Die Landesverfassung und das Bundesverfassungsgericht fordern, dass jede Partei, die fünf Prozent der Stimmen in einem Wahlbereich erzielt, einen Sitz bekommt. Das ist zurzeit im Wahlbereich Bremerhaven mit seinen 20 Abgeordneten gewährleistet. Senkt man die Abgeordnetenzahl, kann es passieren, dass eine Partei in Bremerhaven mehr als fünf Prozent der Stimmen bekommt, aber keinen Sitz erhält. Das darf nicht sein.
- Der Ausschuss schlägt jetzt eine Änderung des Sitzverteilungsverfahrens vor, die die Verletzung der Fünfprozentklausel aller Voraussicht nach ausräumt. Technisch ausgedrückt: Statt wie bisher nach Hare-Niemeyer werden die Sitze nach der Methode Saint Lague-Schepers verteilt.
- Ein anderes Problem war die Verteilung der Sitze zwischen Bremen und Bremerhaven. Das bisherige Verhältnis von 80 zu 20 Abgeordneten in Bremen und Bremerhaven beruht auf dem Verhältnis der Wahlberechtigten beziehungsweise der Bevölkerung beider Städte. Es hat sich aber in der Zwischenzeit zu Lasten von Bremerhaven verschoben, weil dort die Einwohnerzahlen stärker abgenommen haben als in Bremen. Rechnet man das bisherige Verhältnis von 80 zu 20 Abgeordneten auf 83 Mitglieder der Bürgerschaft um und legt die Verschiebung zugrunde, müsste Bremen eigentlich 68 und Bremerhaven 15 Abgeordnete stellen. Der Ausschuss hat sich dennoch für einen zusätzlichen Sitz zugunsten von Bremerhaven entschieden.
- (B) Maßgebend dafür war zum einen, dass es schon früher geringfügige Abweichungen von dem Verhältnis der Einwohnerzahl gegeben habe, zum anderen hat folgende Überlegung eine Rolle gespielt. Der Ausschuss befürwortet eine ungerade Zahl der Abgeordneten, damit Pattsituationen in der Stadtbürgerschaft möglichst vermieden werden. Dieses Ziel ist nur erreichbar, wenn Bremerhaven eine gerade Zahl von Abgeordneten stellt. Das ist bei einer Verteilung von 67 zu 16 Abgeordneten gewährleistet. Der Vertreter vom Bündnis 90/Die Grünen verweist darauf, dass bei seinem Vorschlag, 79 Mitglieder der Bürgerschaft, davon 64 aus Bremen und 15 aus Bremerhaven, das Verhältnis der Bevölkerung von Bremen und Bremerhaven korrekt eingehalten würde.
- Der zweitwichtigste Punkt während der Ausschussberatungen, meine Damen und Herren, betraf das Wahlalter. Es hat ja auch die Veranstaltung „Jugend im Parlament“ beschäftigt. Auf kommunaler Ebene ist das Wahlalter in einigen Ländern schon heute auf 16 Jahre festgesetzt. Der Ausschuss hat dazu eine Anhörung durchgeführt. Der Sachverständige, Herr Professor Hurrelmann aus Bielefeld, hat sich dafür ausgesprochen, das Wahlalter auch für die Wahl zum Landtag auf 16 Jahre zu senken. Jugendliche seien heute durchaus in der Lage, die Bedeutung der Wahl einzuschätzen. Auch die Mehrheit der angehörten Jugendlichen trat für eine Herabsetzung des Wahlalters ein. (C)
- Die Ausschussmitglieder sind unterschiedlicher Meinung. Der Vertreter vom Bündnis 90/Die Grünen ist für ein Wahlalter von 16 Jahren. Die CDU ist gegenteiliger Ansicht. Die SPD hält eine Herabsetzung für sinnvoll, hat sich aber mit Rücksicht auf die Koalitionsvereinbarung, nicht mit wechselnden Mehrheiten abzustimmen, für die Beibehaltung eines Wahlalters von 18 Jahren ausgesprochen. Im Einzelnen werden die Vertreter der Fraktionen hier sicherlich noch ihre Gründe dafür vortragen.
- Eine Wahlperiode von fünf Jahren, meine Damen und Herren, die es in den meisten Bundesländern mittlerweile gibt und die auch auf Bundesebene vor kurzem ins Gespräch gebracht wurde, hat der Ausschuss verworfen. Er verkennt nicht, dass die Verlängerung der Wahlperiode um ein Jahr die Arbeitsfähigkeit des Parlaments verbessern kann. Schließlich ist damit eine längere Zeit mit größerer Wahlkampfferne verbunden. Das könnte der Sacharbeit zugute kommen.
- Meine Damen und Herren, die Arbeitsstrukturen des Parlaments erschweren es, neben dem Mandat einer Berufstätigkeit nachzugehen. Der Ausschuss schlägt deshalb vor, für Ausschüsse und Deputationen einen Sitzungsrhythmus festzulegen und außerdem eine sitzungsfreie Woche vorzusehen. (D)
- Zum letzten Punkt! Ich habe vorher auf die Fünfprozentklausel hingewiesen. Sie hat den Ausschuss nicht nur im Zusammenhang mit der Parlamentsverkleinerung beschäftigt. Er hat außerdem grundsätzlich erörtert, ob die Klausel beibehalten werden solle. Ausgelöst war diese Prüfung durch die neue Rechtsprechung zum Kommunalwahlrecht in mehreren Ländern.
- Der Vertreter vom Bündnis 90/Die Grünen hat vor diesem Hintergrund die Ansicht vertreten, man solle für den Landtag und die Stadtbürgerschaft eine Sperrklausel aus der Verfassung und aus dem Wahlgesetz streichen. Dem haben sich die Koalitionsfraktionen nicht angeschlossen. Sie sehen in der Fünfprozentklausel eine Sicherung klarer Parlamentsmehrheiten. Außerdem verweisen sie darauf, dass der Staatsgerichtshof die Klausel im letzten Jahr für das Land und für die Stadtgemeinde für zulässig erklärt hat.
- Meine Damen und Herren, soweit mein Bericht! Ich bitte Sie, den Anträgen des Ausschusses zur Verkleinerung des Parlaments, der Änderung des Sitzverteilungsverfahrens im Wahlgesetz und der Festlegung eines Sitzungsrasters zuzustimmen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!
- (Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) **Vizepräsident Ravens:** Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann nur für die Grünen sagen, es wird auch höchste Zeit! Nachdem die CDU 1991 mit dem Versprechen in die Wahl gegangen ist, die Bürgerschaft zu halbieren, haben Sie sich 1995 bereit erklärt, die Verkleinerung des Parlaments in Angriff zu nehmen. Nach zwei Monaten war die Sache beerdigt, und Ihr Wahlversprechen war gebrochen. Jetzt schlagen Sie also im Endergebnis vor, die Bürgerschaft um ein Sechstel zu verkleinern.

Wir hatten die letzten vier bis fünf Jahre wirklich eine verkehrte Welt hier im Haus. Die großen Fraktionen blockierten eine Verkleinerung, und die kleineren Fraktionen, bei denen es wirklich darauf ankommt, für die es wirklich schmerzlich sein wird, traten dafür ein. Dem einen oder der anderen wird das natürlich jetzt auch klarer, was das bedeutet, wenn wir diese Reform durchführen. Wir sind für eine Verkleinerung des Parlaments ohne Wenn und Aber eingetreten.

(B) Ich sage auch ganz deutlich für die Grünen, seitdem wir hier über die Sanierung des Landes Bremen diskutieren, ist für mich jedenfalls ganz klar, dieses Parlament muss sich selbst und der Öffentlichkeit beweisen, dass es sich auch selbst ändern kann. Es muss beweisen, dass es auch bei sich selbst sparen kann, auch dann, meine Damen und Herren, wenn dann hier im Hause einige Stühle weniger stehen werden. Entgegen weit verbreiteter Ansicht ist es aber jedenfalls nicht in erster Linie die Aufgabe der Politik, sich um den eigenen Stuhl zu sorgen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie hatten also angekündigt, auf 80 Abgeordnete verkleinern zu wollen. Darauf aufbauend haben wir einen, glaube ich, realistischen Vorschlag gemacht, 79 Abgeordnete, 64 Abgeordnete aus Bremen und 15 Abgeordnete aus Bremerhaven. Sie sagen jetzt 83 Abgeordnete mit der ganz pfiffigen Begründung, die dem Kollegen Eckhoff eingefallen ist, dass Sie dann kein Patt in der Stadtbürgerschaft haben.

Ich glaube, die Gründe waren wirklich andere. Es ist auch nicht so furchtbar überzeugend. Erstens haben wir 54 Jahre ganz gut mit der Situation leben können, und zweitens sind Sie es gewesen, die beim Wahlrecht für EU-Ausländer völlig andere Lösungen eingeführt haben, die dazu führen können, dass wir hier ganz andere Mehrheitsverhältnisse in der Stadtbürgerschaft und im Landtag haben können. Da finde ich, dass die theoretisch mögliche Pattsituation in der Stadtbürgerschaft durchaus ein sehr viel geringeres Übel ist.

(C) Wir haben zwei sehr gute Argumente dafür, unser Rechenmodell beziehungsweise unseren Vorschlag zu machen. Der Präsident hat in seinem Bericht als Ausschussvorsitzender darauf hingewiesen, die Einwohnerzahlen in Bremen und Bremerhaven haben sich auseinander entwickelt. Bremerhaven hat noch schneller Einwohner verloren als Bremen.

Bei Ihrem Vorschlag, das muss man ganz klar festhalten, ist Bremerhaven, was die Zahl der Sitze angeht, in einem Ausmaß überrepräsentiert, das nach unserer Auffassung das im Wahlrecht Zulässige klar überschreiten dürfte, denn ein Grundsatz des Wahlrechts ist es, dass jede Stimme das gleiche Gewicht haben kann. Jede Ungleichbehandlung muss strikt vermieden werden. Nur dann, wenn sie nicht vermieden werden kann, darf sie auch gemacht werden. In diesem Fall ist sie vermeidbar. Man muss nur diese eine Zahl ändern, dann hat man eine korrekte Widerspiegelung der Verhältnisse der Einwohner zu den Stimmenzahlen. Das müssen wir auch machen.

Sie haben ja, habe ich gelernt, eine neue Maßzahl gelernt, Augenmaß, auf Deutsch Pi mal Daumen. Das kann man im Wahlrecht nicht anwenden, meine Damen und Herren. Das geht einfach nicht, deswegen haben auch die Vertreter der beiden Ressorts, die vorgetragen haben, im Ausschuss klipp und klar gesagt, und das steht auch im Bericht, ich darf zitieren: „Vertreter der Verwaltungen halten deshalb die Regelung, die von der Koalition vorgeschlagen wird, für nicht unbedenklich.“ Im Protokoll ist es sehr viel klarer ausgedrückt, da steht: „Justiz und Innenressort haben klare starke rechtliche Bedenken vorgetragen, haben davor gewarnt, diese Regelung umzusetzen.“

(Abg. B e c k m e y e r [SPD]: Waren das städtische Verwaltungsbeamte?)

Mit unserem Vorschlag, meine Damen und Herren, sind wir sowohl politisch als auch rechtlich auf der sicheren Seite. Das ist das erste Argument.

Das zweite Argument ist, dass es noch dazu eine Menge Geld spart, wenn wir weniger Abgeordnete haben, als Sie jetzt vorschlagen. Insofern bleiben wir bei unserem Vorschlag, auf 79 Abgeordnete zu gehen.

Ich hatte jedenfalls gedacht, dass das Geld hier eine Rolle spielt, meine Damen und Herren. Dann kam ja die Sache mit der so genannten Nebenabrede zum Koalitionsvertrag in die Öffentlichkeit. Die verdeckte Rangelei um diese Nebenabrede hat ja dazu geführt, dass der Bericht exakt ein Jahr zu spät hier vom Ausschussvorsitzenden vorgelegt werden konnte. Der Ausschussvorsitzende, jetzt Präsident der Bürgerschaft, hatte ja Mitte 1999, damals war er noch Fraktionsvorsitzender der SPD, zusammen mit seinem Kollegen von der CDU, Herrn Neumeyer, eine nichtöffentliche Absprache unterschrieben, in der

- (A) bei Gelegenheit der Parlamentsverkleinerung – ich weiß nicht genau, ob als Ausgleich, ob als Trostpflaster oder nur als gute Gelegenheit, wenn sie schon einmal da ist – eine doch happige Erhöhung der Abgeordnetenbezüge vereinbart worden ist.

Teile der SPD, die – sagen sie – von dieser Ab-sprache nichts wussten, wollten dann nichts mehr von der Unterschrift wissen, und der Ausschuss trat praktisch unter fadenscheinigen Begründungen in seinen Beratungen ein ganzes Jahr auf der Stelle. Jetzt hat man den Ausweg für Helden gefunden, die Diätenkommission zu fragen. Für die Grünen sage ich hier klar und eindeutig: Wir werden bei einer Erhöhung der Abgeordnetenbezüge wegen Parlamentsverkleinerung nicht mitmachen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In dieser geheimen Nebenabsprache steht übrigens unter dem Punkt 2. d) – ich darf wiederum mit Genehmigung des Präsidenten zitieren –: „Die Parlamentsreform darf zu keiner Schlechterstellung der Fraktionen führen. Insbesondere erfolgt keine Reduzierung der Fraktionszuschüsse und der weiteren Zuwendungen.“ Ich darf Sie fragen, Herr Weber, Sie haben das ja unterschrieben, oder Herr Böhrnsen und Herr Eckhoff als Fraktionsvorsitzende,

- (B) (Abg. Teiser [CDU]: Die Vereinbarung ist doch geheim!)

Sie sollten einmal hier und heute öffentlich sagen, heißt das, dass Ihre Fraktionen das gleiche Geld haben wollen, auch wenn jeder sechste Abgeordnete hier nicht mehr sitzt? Oder was bedeutet diese Ab-sprache? Ich denke, wir haben ein Recht darauf, das heute von Ihnen zu erfahren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, die Grünen haben die Verkleinerung des Parlaments mit weiteren Reform-vorschlägen verbunden, die darauf zielen, dieses Parlament moderner, lebendiger zu machen und den Bürgerinnen und Bürgern besser zu ihrem Recht, zu ihrer Stimme zu verhelfen.

Über eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre haben wir heute Vormittag debattiert. Ich konzentriere mich jetzt auf den Punkt Abschaffung der Fünfprozentklausel aus dem bremischen Wahlrecht. Wir sagen nicht, dass wir das aus rechtlichen Gründen machen müssen. Wir sagen nur, wir können es machen, es ist nach wie vor von der Rechtsprechung eher als Ausnahme deklariert und nicht als Regel. Vor allen Dingen sagen wir, wir wollen es politisch. Darin liegt die Differenz, nicht aber darin, dass wir das rechtlich unterschiedlich beurteilen. Wir wollen es, Sie wollen es nicht.

- (C) Die Gerichte bestätigen regelmäßig, dass die Sperrklausel als Ausnahme von dem Grundsatz der gleichen Chancen für jede Stimme zulässig ist, wenn es zwingende Gründe dafür gibt. In der Regel wird dann gesagt, die „Funktionsfähigkeit“ des Parlaments wäre ein solcher zwingender Grund. Wenn Sie sich aber die Entscheidungen anschauen, wie etwa die letzte in Mecklenburg-Vorpommern, so wird immer deutlicher gesagt, dass es nicht genügt, eine theoretische abstrakte Möglichkeit zu behaupten, sondern – ich darf aus diesem Urteil zitieren – „es ist dabei auf die konkrete, durch tatsächliche Anhaltspunkte gestützte und mit einiger Wahrscheinlichkeit zu erwartende Möglichkeit abzustellen“.

Jetzt sagen Sie uns doch einmal konkret und ir-gendwie abgesichert, was es an der Funktionsfähig-keit dieses Hauses beeinträchtigen würde, wenn hier noch insgesamt vier Abgeordnete der PDS und der FDP sitzen würden! Werden wir da beeinträchtigt? Ich gebe gern zu, dass es für den einen oder anderen dann schwieriger würde. Für uns wäre es schwieriger, aber das ist hier wirklich nicht der Maßstab, sondern es käme darauf an, dass die Menschen, die Wählerinnen und Wähler, wieder das Gefühl bekom-men, dass es auf jede Stimme ankommt, dass nicht wieder ein großer Teil der Stimmen irgendwo ver-loren geht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (D)

Seit der letzten Debatte hier hat sich eine weitere Reihe von Parlamenten von der Fünfprozenthürde bei Kommunalwahlen verabschiedet, ich nenne Berlin, Hessen, vorher schon Rheinland-Pfalz, Mecklen-burg-Vorpommern ist jetzt durch den Staatsgerichtshof zu einer Überprüfung aufgefordert worden. Wir gehören inzwischen zu einer Minderheit unter den Ländern, die ein Kommunalwahlrecht mit der Fünf-prozentsperrklausel haben.

Ich will auch nicht von ausländischen Parlamen-ten reden, da werden Sie das überhaupt nicht fin-den. Wenn Sie in den letzten Tagen einmal mit den Freunden aus Danzig geredet haben, machen die nur große Augen, wenn man über die Fünfprozent-klausel in einem Kommunalparlament redet. Sie ha-ben 60 Abgeordnete, und sie haben weiß Gott un-ruhigere Zeiten, sie haben jetzt fünf Fraktionen, und ich habe nicht die geringste Andeutung gehört, dass sie damit nicht fertig würden.

Natürlich würden wir als Kommunalparlament und als Landtag in unserer Stadt sehr gut damit fertig werden, es wäre kein Problem. Wir schlagen vor, dass Bremen im Wahlrecht den Weg zu Ende geht, den wir bei den Beiratswahlen ja bereits begonnen ha-ben, auf jegliche Sperrklausel zu verzichten. Das würde dann dazu führen, dass es die so genannte natürliche Klausel gibt, nicht jede Stimme würde ei-

(A) nen Sitz bekommen, das kann natürlich bei der Größe nicht sein.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Herr Kuhn, wie groß ist denn der größte Beirat? – Glocke)

Vizepräsident Ravens: Herr Dr. Kuhn, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Bitte schön!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Beckmeyer!

Abg. **Beckmeyer** (SPD): Herr Abgeordneter und Vizepräsident, von welchem Parlament sind Sie zum Vizepräsidenten gewählt worden, von der Stadtbürgerschaft oder vom Landtag?

(Abg. Frau M a r k e n [SPD]: Das möchte ich auch gern wissen!)

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich glaube, das wissen Sie auch, dass wir, wie der Senat, im Landtag gewählt sind. Das weist auch darauf hin, dass in Bremen die Trennung von Stadtparlament und Landtag nicht vollzogen ist, wie Sie vermutlich auch wissen. Wenn ich eine Neuerung einführen will, dann müssen wir auf die Gegebenheiten Bremens Rücksicht nehmen, und das führt eben dazu, dass wir hier in Bremen die Chance haben, über das Kommunalwahlrecht in vielen deutschen Ländern hinauszugehen und zu sagen, wir führen das nicht nur im Kommunalwahlrecht ein, sondern auch im Landtag. Weil wir nun einmal so ein kleines Land sind, in dem man das in übersichtlicher und klarer Weise machen kann, deswegen trauen wir uns das zu, Herr Kollege Beckmeyer, einen kleinen Schritt darüber hinauszugehen, was andere Länder machen.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Glocke)

Vizepräsident Ravens: Sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Für mich ist das hier ein Dialog! Bitte schön!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Beckmeyer!

Abg. **Beckmeyer** (SPD): Herr Abgeordneter, ich denke einmal, wir diskutieren aktuell im Landtag über eine Änderung eines Gesetzes, das auch hier in diesem Landtag verabschiedet wird. Stimmen Sie mir da zu?

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Da erwarten Sie jetzt wohl keine Antwort!)

Das Zweite ist, möglicherweise habe nicht nur ich allein den Eindruck, dass wir bei der Frage der Ver-

kleinerung des Parlaments, bei der Sie so vehement um 79 Mandate kämpfen, hier möglicherweise heute für ein Mandat der Grünen antreten. Stimmen Sie mir da zu, oder gehe ich da fehl?

(C)

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Da gehen Sie irgendwie, wie auch in Ihrer vorigen Frage schon, völlig fehl. Ich kann dem nicht folgen, was Sie sagen. Es tut mir Leid, die Frage kann ich nicht beantworten. Ich habe es wirklich nicht verstanden, Herr Kollege.

Ein natürliches Quorum hätte natürlich andere Ausmaße als bei den Beiräten, weil die unterschiedlich groß sind.

(Zuruf des Abg. E c k h o f f [CDU])

Herr Eckhoff, ich komme dazu noch! Der Abteilungsleiter im Innenressort hat uns Folgendes vorgetragen: Mit der Einführung des neuen Zählverfahrens braucht man dann in Bremerhaven zirka vier Prozent der Stimmen, um das natürliche Quorum zu überspringen, in Bremen gut zwei Prozent, in der Stadtverordnetenversammlung etwa 2,5 bis drei Prozent, bei den Beiräten sind das, je nach Größe, heute schon drei bis fünf Prozent. So weit liegt das also bei den Beiräten und Bremerhaven nicht auseinander. Wir hätten in der Tat, wie das insgesamt beim Kommunalrecht so ist, in einer großen Stadt in Nordrhein-Westfalen ein anderes natürliches Quorum als in einer relativ kleinen Gemeinde. Das ist aber überall Usus und gar kein besonderes Problem.

(D)

Wir sehen das politische Problem nicht, das dazu führen könnte, hier im kommunalen Wahlrecht und im Landtag die Fünfprozentklausel um jeden Preis beizubehalten. Ich sage Ihnen, nicht die phantasierte Unregierbarkeit ist heutzutage das Problem von Politik, wenn es ein Problem gibt, dann liegt es in Bürgerferne, in Undurchsichtigkeit, in Undurchdringlichkeit. Nicht zu große Vielfalt ist heute das Problem, sondern zu große Einfalt, meine Damen und Herren!

Wer heute noch wirklich Angst hat vor Unruhe oder Unübersichtlichkeit, Unvorhersehbarkeit oder Überraschungen hier im Parlament, der hat, finde ich, noch zu viel Angst vor der Demokratie. Ich sage Ihnen aber: Wir sind für die Wähler da und nicht umgekehrt!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Teiser.

Abg. **Teiser** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Kuhn, ich vermute, dass Sie sich den Rest aufbewahrt haben für die zweite

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Runde. Insofern werde ich ebenfalls mit dem Bereich Verkleinerung des Parlamentes anfangen.

Im Jahre 1991 hat die Diskussion begonnen, sie endete erstmalig 1993 mit dem so genannten Kie-ne-Gutachten, knapp 100 Seiten stark, ich durfte da-mals daran mitwirken. Das Ergebnis war, dass die-ses Parlament aus vielerlei Gründen nicht verklei- nert werden konnte.

Sie haben in Ihrer Argumentation eben Gründe aufgeführt und haben so getan, als wenn es gar kei-ne andere Lösung gäbe, als dieses Parlament zu ver- kleinern. Sie haben auf die Finanzen abgehoben. Nun sage ich Ihnen in aller Ernsthaftigkeit: Wenn man Sanierungsland ist, muss alles auf den Prüfstand gestellt werden, da haben Sie völlig Recht, allerdings gibt es einen Unterschied zwischen normalen Insti- tutionen und Verfassungsorganen.

Die Kriterien können Sie nicht gleichermaßen an- wenden, denn ansonsten könnten Sie auf die Idee kommen, noch weitere Einschnitte vorzunehmen, insbesondere dann, wenn Sie hier, das verstehe ich aus Ihrer Sicht, aus einem Papier zitieren, das, wie Sie selbst gesagt haben, geheim ist. Sie hatten es aber vor sich liegen, insofern kann es eigentlich nicht geheim gewesen sein.

(B) Wenn Ihre Intention ist, wir verringern die Zahl der Abgeordneten, proportional werden auch die Gelder für Mitarbeiter reduziert, und der übrig ge- bliebene Rest der Abgeordneten und der Mitarbei- ter der Fraktionen kontrolliert dann die Regierung, dann muss ich Ihnen allerdings sagen, gehen Sie einmal auf diesem Weg weiter, wundern Sie sich dann aber anschließend auch nicht, wenn das Par- lament noch schlechter in der Lage ist, gegen einen Regierungsapparat, der aus Tausenden von Mitar- beitern besteht, anzukämpfen!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Sie haben deutlich darauf hingewiesen, dass Bre- merhaven durch die Anzahl der Mandate überpro- portional bevorteilt wird und dass Sie das für un- gerecht halten. Herr Dr. Kuhn, auch vor Staatsgerichts- höfen und vor dem Verfassungsgericht holt keiner seinen Taschenrechner heraus. Sie werden sicher die Diskussion verfolgt haben, als es um den Neuzu- schnitt der Wahlkreise für den Deutschen Bundes- tag ging. Wenn es um die Gleichwertigkeit der Stim- men geht, dann wissen Sie natürlich auch, sind nach Intention des Verfassungsgerichts Abweichungen nach oben und unten von bis zu 25 Prozent zulässig. Insofern ist also die Frage der Gleichwertigkeit der Stimmen nicht auf Dezimalstellen auszurechnen und dann möglicherweise jedes Jahr, wenn die neue Be- völkerungsstatistik kommt, anzupassen. Wir hätten hier ansonsten alle vier Jahre wechselnde Abgeord- netenzahlen.

Gott sei Dank ist es seinerzeit klugen, voraus- schauenden Politikern gelungen, die beiden Wahl-

bereiche in der Verfassung so zu manifestieren, dass sie nur einstimmig geändert werden können. Da- raus rühren natürlich viele Probleme, die Sie haben, weil das nämlich bei Beibehaltung dieser Regelung mit der Fünfprozentklausel eben nicht so einfach ist, wie Sie es gerade dargestellt haben.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grü- nen]: Wir wollen sie ja auch abschaffen, Herr Teiser!)

Das ist klar, Sie wollen sie abschaffen. Ich verstehe das auch bei der politischen Lage, in der Sie sich in letzter Zeit befinden, dass Sie sich sagen, es kann ja nicht schlecht sein, wenn wir diese Fünfprozenthür- de nicht mehr überspringen müssen.

Sie haben dann, und da will ich einen Gedanken aufgreifen, der völlig konträr zu Ihrem steht, Herr Dr. Kuhn, gesagt, und das steckt ja im Prinzip da- hinter, dass die Politikverdrossenheit der Bürger, die geringere Teilnahme an öffentlichen Wahlen, daher rührt, dass der Bürger seine Stimme nicht mehr rich- tig durchgesetzt fühlt, dass sie sich im Parlament nicht niederschlägt.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grü- nen]: Einige, ja!)

(D) Ich sage, man kann auch die gegenteilige The- rie vertreten. Der Bürger wählt, weil er die, die er wählt, in der Regierung sehen will, die sollen das für ihn umsetzen, was er von denen verlangt, wenn er sie wählt. Das kann er aber nur mittelbar, weil er auf eines keinen Einfluss hat, und das sehen viele Bürger auch: Ganz egal, wen er gewählt hat, zum Schluss weiß er nicht, ob es möglicherweise eine schwarzrote, eine schwarzgrüne, eine grünschwar- ze, eine gelbschwarze oder gelbrote Koalition gibt. Es kann so sein, dass er sich in Koalitionen gar nicht mehr wiederfindet, und möglicherweise wäre die Lösung, und die würde bestimmt dazu führen, dass viel mehr Bürger zur Wahl gehen würden, wenn wir ein Mehrheitswahlrecht hätten.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grü- nen]: Das haben Sie aber nicht beantragt, Herr Teiser!)

Ich habe es als Theorie gegen Ihre aufgebaut, die unnachgiebig daran festhält, nur die Fünfprozent- hürde abzuschaffen.

Zur Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre! Ich be- komme das auch so zusammen, ich habe das Buch da liegen lassen. Sie wissen natürlich, wie die Re- gelungen im Wahlgesetz im Einzelnen auszulegen sind. Wenn Sie Sechzehnjährige in dieses Parlament schicken wollen, dann müssen diese am Wahltag 16 sein. Die Kandidatenaufstellung kann nach diesem Wahlgesetz bis zu 15 Monate vorher geschehen. Das

(A) heißt, sie sind dann vierzehndreiviertel Jahre alt, wenn sie in ihrer Parteiversammlung zum Kandidaten gekürt werden. Sie dürfen natürlich selbst an dieser Wahl nicht teilnehmen, weil sie ja die 16 noch nicht erreicht haben, aber sie haben dann in ihrer Kandidatenaufstellung – –.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Was ist denn heute mit den Achtzehnjährigen?)

Das ist eben ein Unterschied, ob ich vierzehndreiviertel, sechzehndreiviertel oder siebzehndreiviertel Jahre alt bin. Das ist ein kleiner Unterschied!

Es ist vorhin schon einmal in einem anderen Zusammenhang angedeutet worden: Sie wollen Leute, die vierzehndreiviertel oder 15 Jahre alt sind. Die wollen Sie in der Unterbezirksversammlung oder auf der Jahreshauptversammlung oder Delegiertenversammlung, wie immer man das nennt, möglichst zu Landtagskandidaten küren. Gleichzeitig sagen Sie bei jemandem, der vierzehndreiviertel Jahre alt ist, bis zu neun Monate bevor wir diesen jungen Mann oder diese junge Frau aufstellen, sind die auf jeden Fall erst einmal für nichts verantwortlich, was sie getan haben, schon gar nicht strafrechtlich. Ein dreiviertel Jahr später küren wir sie aber zum Landtagskandidaten. Das ist eine Theorie, die nur sehr schwer nachzuvollziehen ist, für mich jedenfalls nicht!

(B)

(Beifall bei der CDU – Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das gilt aber für die jetzt Achtzehnjährigen auch!)

Sie haben völlig Recht, Herr Dr. Kuhn, seinerzeit stand in einem Wahlprogramm der CDU die Reduzierung auf 51 Abgeordnete. Natürlich waren damit 51 Vollzeitabgeordnete gemeint, nicht 51 Halbtagsabgeordnete.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Gemeint waren 51 CDU-Abgeordnete! – Heiterkeit – Glocke)

So ein Wahlprogramm hat auch nur begrenzten Umfang, da können Sie nicht alles hineinschreiben. Da müssen Sie mit der Zahl erst einmal vorlieb nehmen, und die Ausgestaltung erfolgt dann eben später.

(Glocke)

Vizepräsident Ravens: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Teiser** (CDU): Gern!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Wilts!

Abg. Frau **Wilts** (SPD): Herr Kollege Teiser, Sie werden sich daran erinnern, dass junge Männer vor, ich weiß nicht, 15 Jahren mit 18 Soldaten werden mussten, aber nicht wahlberechtigt waren. Diese Situation hatten wir auch schon. Sie wurden erst mit 21 volljährig und wahlberechtigt. Damit konnten wir auch leben.

(C)

Abg. **Teiser** (CDU): Ja, das ist mir wohl bewusst, gleichwohl sehe ich jetzt den Zusammenhang nicht zwischen mit 18 wählen dürfen oder nicht und Vierzehndreivierteljährigen und Abgeordneter sein oder nicht.

Meine Damen und Herren, auf den Bereich der Neustrukturierung der Arbeit brauche ich im Detail nicht weiter einzugehen. Das sind auch Dinge, die nicht so sehr die Presse und die Öffentlichkeit interessieren. Trotzdem, Herr Dr. Kuhn, will ich Ihnen noch einmal sagen, und das sage ich auch für die CDU: Es war ein sehr langer, strittiger Prozess, ob man für dieses Parlament, das aus 100 Halbtags- oder Teilzeitabgeordneten, je nachdem, wie man es nennen will, besteht, tatsächlich zu einer Reduzierung kommen sollte und in welchem Umfang das geschehen sollte. Sie wissen, auch heute schon – und das sind nicht nur die Bremerhavener –, was den Zeitaufwand betrifft, ist das für kaum jemanden ein Parlament, das den Namen Halbtagsparlament oder Teilzeitparlament verdient. Da gibt es viele, die eher in dem Bereich, die 35-Stunden-Woche als Überschrift genommen, einen Ganztagsjob machen.

(D)

Wenn Sie dann noch darauf hinweisen, dass da eine ganz geheime und verräterische Verabredung zu einer immensen Erhöhung der Bezüge dieser Abgeordneten getroffen worden ist, dann wissen Sie natürlich auch, was das letztendlich bedeuten würde, wenn man dem, was seinerzeit verabredet worden ist, folgen würde. Das würde nämlich bedeuten, eine ganz normale Erhöhung von 1,9 Prozent jährlich durchschnittlich unterstellt, dass Sie zum Schluss den Status der neuen Abgeordneten in einem Parlament von 80 Abgeordneten um sage und schreibe 4,5 Prozent angehoben hätten. Wenn Sie das allerdings für einen Neubeginn für völlig überzogen halten, weiß ich nicht, warum Sie das so kritisieren!

Es gibt nämlich einen Unterschied. Es geht in diesem Punkt nicht darum, wie hoch die Diäten sind, ob es 4,5 oder 4,7 Prozent sind, sondern wir sind der Auffassung, dass auch der Öffentlichkeit deutlich gemacht werden muss, dass hier ein neues Parlament mit weniger Abgeordneten, mit anderen Arbeitsstrukturen und auch mit anderen Ausstattungen der Abgeordneten seine Arbeit beginnt. Es darf nicht der Eindruck erweckt werden, der auch völlig falsch ist, wir waren 100, jetzt sind wir noch 83, und 17 waren sowieso völlig überflüssig.

Wir können alles reduzieren, eigentlich könnten wir 60 nehmen, eigentlich könnten wir 30 nehmen.

(A) Warum reichen eigentlich nicht vier Fraktionsvorsitzende, die eine Stimmvollmacht für irgendwelche Delegierten haben? Das würde noch mehr Geld einsparen, und alle würden sich dann freuen, dass hier nicht mehr so viele Leute sitzen. Ich kann nur davor warnen, dieses Argument, weil man möglicherweise in den Medien und in der Öffentlichkeit damit Punkte gewinnen kann, zu überziehen. Insofern werden wir Ihren vorliegenden Antrag ablehnen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Isola.

Abg. **Isola** (SPD) *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir begründen die Reduzierung der Zahl der Abgeordneten in der Bürgerschaft um ein Sechstel mit dem Argument, auch das Parlament muss einen Sanierungsbeitrag liefern, die Kosten für die politische Führung müssen reduziert werden. Das ist unsere Begründung. Sie ist nachvollziehbar, und ich denke, sie reicht auch hin für solch einen Vorgang.

Ich möchte aber schon auf ein anderes Problem dieser Operation hinweisen. Wir entscheiden nämlich gleichzeitig auch darüber, wie viele Bürgerinnen und Bürger in Zukunft in diesem Verfassungsorgan an der politischen Willens- und Entscheidungsbildung teilnehmen. Das ist ein hochpolitischer Prozess, ein hochpolitischer und demokratischer Vorgang.

(B) Diese Bürgerschaft wird jetzt, wenn ich das richtig ausgerechnet habe, in der Verfassungsgeschichte der Republik Bremen zum vierten Mal in ihrer Zahl verändert. Dabei spielte für die Zahl bei den jeweiligen Verfassungen nie ein Kostenargument eine große Rolle, sondern es ging darum, wie viele Bürgerinnen und Bürger hier mitmachen sollen.

Als 1849 nach der demokratischen Revolution in Deutschland die Paulskirchen-Verfassung verabschiedet wurde, verabschiedete man in Bremen im März 1849 die bremische Verfassung, eine sehr fortschrittliche Verfassung. Man legte seinerzeit die Zahl von 300 Abgeordneten mit der Begründung fest – das können Sie nachlesen, ich habe mir nämlich einmal den Spaß gemacht –, dass man möglichst viele Bürgerinnen und Bürger an diesem Entscheidungsprozess beteiligen wollte, gegen den erbitterten Widerstand der damaligen Rechten. Das war sozusagen auch der Erfolg der Revolutionäre der damaligen Zeit.

Die Rechte setzte sich dann durch, schon kurze Zeit später kam es zur Restauration, es folgte die so genannte reaktionäre Verfassung, Bürgermeister Smidt steht dafür. Fünf Jahre später, 1854, haben

*) Vom Redner nicht überprüft.

die Bremer dann eine Verfassung vorgelegt bekommen, in der man die Zahl der Abgeordneten sofort halbierte. Das war ein ganz wichtiges Anliegen der obsiegenden politischen Kräfte der Rechten. Man wollte erst einmal die Hälfte wieder hinauswerfen. Das war denen zwar damals auch noch zu viel, aber weiter wollte man nicht gehen – diese Diskussion können Sie übrigens auch nachlesen –, weil man diese demokratische Zügellosigkeit irgendwie bändigen wollte.

Da gab es noch keine Grünen, die diese Anträge gestellt haben. Wir sind ja gute Freunde, Hermann Kuhn,

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Das nützt ihm auch nichts!)

nur sage ich einmal, man muss an dieser Stelle auch ein bisschen aufpassen und darf nicht allmählich in die Gefahr geraten zu sagen, je kleiner dieses Parlament ist, desto demokratischer sind wir.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das kann auch umgekehrt ein Prozess sein! Ich sage einmal bewusst polemisch, wenn Sie es so verkleinern, dass zuletzt nur noch Sie darin sitzen, haben wir nicht das Höchstmaß an Demokratie erreicht.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber das war natürlich nicht ganz ernst gemeint, sondern es muss ein Abwägungsprozess vorgenommen werden. Da sage ich Ihnen ganz offen, der ist bei uns in der Diskussion in der Partei sehr ernsthaft geführt worden, und zwar auch unter diesem Argument der Kostenersparnis. Das ist einsehbar. Wie weit geht man aber mit der Reduzierung? Dabei muss man übrigens, ich weiß nicht, ob der Kollege Teiser es schon gesagt hat, ich sage es dann auch noch einmal, sagen, dass wir gleichzeitig auch die Stadtbürgerschaft hier noch mit wahrnehmen, soweit wir Bremer sind.

Es ging dann weiter in der Geschichte. 1920 gab es eine dritte Verfassung, Zahl der Bürgerschaftsmitglieder 120. 1947 ging es dann auf 100 Mitglieder, und in der großen Verfassungsreform 1994 haben wir die Zahl 100 aus der Landesverfassung entfernt und gesagt, nur noch ein einfaches Gesetz kann das festlegen. Seitdem gibt es Debatten.

1994 hatten übrigens die Grünen im damaligen Verfassungsausschuss vorgeschlagen, auf 50 zu halbieren bei gleichzeitiger Verdoppelung der Diäten. Ich kann mich daran sehr gut erinnern. Diese Diskussion war aber nur sehr kurz, weil man dann doch sah, da kann man in Schwierigkeiten geraten mit der Argumentation. Verdoppelung der Diäten und Halbierung des Parlaments, da stoßen wir doch viel-

(C)

(D)

(A) leicht an demokratische Grenzen, die ich vorhin aufgezeigt habe.

Das heißt, wenn wir nur das Demokratieprinzip hier zugrunde legen würden, lieber Kollege Dr. Kuhn, könnte man auch zum Ergebnis kommen, auf 200 zu erweitern bei Halbierung der Diäten. Wir hätten dann mehr Menschen, die am politischen Bildungsprozess teilnehmen.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Haben Sie das vorgeschlagen?)

Nein, weil solche Vorschläge ja auch völlig aussichtslos wären! Was mir bei Ihnen auffällt, ist, dass Sie nur noch wie ein Buchhalter rechnen, und dann auch noch zwischen 83 und 79.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ausgerechnet Sie, der Sie hier sonst beachtliche Reden mit demokratischer Substanz halten, rechnen nur noch und fragen, wo wir noch ein bisschen einsparen können, und sehen vielleicht das andere Hauptargument, wie viele Menschen hier sitzen und an der Willensbildung mitwirken, überhaupt nicht mehr. Ich wollte Ihren Blick nur noch einmal auf diese Problematik richten.

(B) Nun sind wir bei 83 angekommen. Die Zielzahl war 80. Die Gründe sind hier dargelegt worden. Es ging in der Tat auch um den sechzehnten Abgeordneten in Bremerhaven, und daraus ergibt sich dann dieses Rechenbeispiel. Ich meine, das ist auch verfassungsrechtlich vertretbar. Es kann ja sein, dass es noch einmal eines Tages überprüft wird, aber ich denke, wir gehen in guten Schuhen.

Wir haben hier die besondere Situation Bremerhavens als zweite Stadt in diesem Zwei-Städte-Staat. Die regionalpolitische, aber auch historische Bedeutung Bremerhavens ist hinreichend berücksichtigt, und es hat auch in der Vergangenheit schon Ungleichheiten bei der Stimmgewichtung gegeben, die sogar vom Staatsgerichtshof schon einmal überprüft und nicht beanstandet wurden. Ich denke, da muss man sich nicht so sehr aufregen. Wir legen hier etwas vor, was durchaus verfassungsmäßig in Ordnung ist.

Kurz noch einmal etwas zum Wahlrecht, weil der Kollege Teiser da einige Ausführungen gemacht hat! Der Kollege Dr. Kuhn ist darauf nicht mehr eingegangen.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Konnte ich ja auch nicht!)

In Ihrer Eingangsrede nicht! Wir haben ja, insofern sind die Grünen und die SPD da einer Auffassung, im Ausschuss gesagt, wir hätten es, auch entsprechend unseres Wahlprogramms, sinnvoll gefunden,

das Wahlalter auf 16 zu senken. Jetzt aber, Herr Kollege Teiser, muss ich etwas richtig stellen, oder ich habe Sie völlig falsch verstanden: Es ging bei uns nur um das aktive Wahlrecht, nicht um Kandidatenaufstellung und das passive Wahlrecht. Da ist im Ausschuss diskutiert worden, dass die CDU kein Splitting will zwischen dem Alter für das aktive und das passive Wahlrecht, also der Möglichkeit, zu wählen und gewählt zu werden.

(C)

Ich darf aber einmal darauf hinweisen, dass dieser Unterschied, mit 18 Jahren wählen zu können und im Gegensatz dazu in einem bestimmten Alter gewählt werden zu können, seinerzeit von der CDU im Deutschen Bundestag vorgeschlagen worden ist. 1970 gab es eine Verfassungsdebatte über das Wahlalter, das war damals noch bei 21. Dann hatte man überlegt, das aktive Wahlalter auf 18 Jahre herunterzusetzen. Man wollte aber auf keinen Fall, auch seitens der CDU/CSU seinerzeit nicht, mit 18 schon die Wählbarkeit einführen. Seitdem steht in Artikel 38 des Grundgesetzes nicht etwa, das Wahlalter ist schlicht 18, sondern es wird differenziert. Es steht darin, dass man mit 18 wählen kann, aber gewählt werden kann man erst mit dem Alter, in dem die Volljährigkeit eintritt.

Das heißt, man stellt die Wählbarkeit, nämlich wenn man auch in einem Parlament Verantwortung übernimmt, auf die Volljährigkeit ab. Das ist auch unser Argument, und übrigens auch das der Grünen, wenn man sagt, man kann nicht nichtgeschäftsfähig sein und gleichzeitig Gesetze beschließen, die dann für denjenigen gar nicht verbindlich sind, weil er gar nicht volljährig ist. Das geht nicht! Dieses Splitting wäre also durchaus sinnvoll gewesen. Diesem Vorschlag haben Sie sich aber leider doch entzogen und ihn nicht mitgemacht. Ich denke aber, er bleibt in der Debatte und wird eines Tages sicherlich, wenn auch nicht mehr in dieser Legislaturperiode, Gesetz werden.

(D)

Die letzte Anmerkung noch einmal zu dem Kollegen Dr. Kuhn: Fünfprozentklausel! Ich wurde doch etwas irritiert, als Sie nun plötzlich auf das Ausland hingewiesen haben, da kenne man das nicht. Ich weiß gar nicht, ob Sie die Presse jetzt über die letzte italienische Wahl verfolgt haben. Da ist ja nun lange die Debatte geführt worden. Man soll ja an sich nicht von italienischen Verhältnissen sprechen, ich fühle mich Italien sehr verbunden, nur hat man da nun endlich die Vierprozentklausel eingeführt, weil man nämlich die Nase von den chaotischen Wahlen gestrichen voll hatte.

Dort wird zurzeit auch diskutiert, die Vierprozentklausel auf Gemeindeebene ebenfalls einzuführen, weil es mit den kleinen und Kleinstparteien dort ein völliges Chaos gibt. Das heißt, es wird dort, übrigens auch in der Presse, das Vorbild der Bundesrepublik Deutschland immer wieder erwähnt, sie hätte ein vernünftiges Wahlrecht, das zu stabilen Mehrheits- und Regierungsverhältnissen führt. Wohin es

(A) führt, wenn man das nicht hat, zeigt gerade dieses Beispiel Italien.

Ich denke, rechtlich ist es ja auch ohnehin unproblematisch. Wir wollen auf keinen Fall – es geht ja auch um die Landesebene, weil wir das hier nicht trennen können – Ihrem Antrag, hier die Fünfprozentklausel abzuschaffen, zustimmen. Das wäre rechtlich übrigens auch möglich, so wie sie nicht unzulässig ist, wäre es genauso möglich, die Fünfprozentklausel abzuschaffen. Sie ist nicht zwingend vorgeschrieben. Wir müssten die Verfassung ändern und das einfache Recht, aber wir lehnen das ab, weil wir es politisch für nicht sinnvoll halten, hier Klein- und Kleinstparteien hineinzubekommen.

Ich sage es auch ganz offen, Bremerhaven beschert uns trotz der Fünfprozentklausel immer noch die DVU. Ich wäre froh, wenn die auf jeden Fall draußen bleiben würde, wenn wir nicht diese Besonderheit nun ausgerechnet in Bremerhaven hätten, und dann hätten wir sie nämlich auch noch hier in Bremen. – Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

(B) Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Da kann ich Sie beruhigen, bei Ihrer Politik werden wir noch stärker, da hilft auch keine Fünfprozenthürde!

Wie Sie ja wissen, war die Verkleinerung der Bürgerschaft schon in der vergangenen Wahlperiode Gegenstand von Beratungen. Der Landtag beschloss am 22. September 1999 einen Antrag mit der Drucksachen-Nummer 15/46 mit dem Auftrag an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss, bis zum 1. Mai 2000 einen Vorschlag zur Umsetzung der anstehenden Parlamentsverkleinerung zu erarbeiten.

Meine Damen und Herren, hier sage ich Ihnen nun deutlich, eine Verkleinerung des Parlaments war schon längst überfällig. Darum werde ich auch dieser Gesetzesänderung in der Bremischen Bürgerschaft, angesetzt in erster Lesung, zustimmen, zumal hier eine Steuereinsparung in Millionenhöhe erfolgen und erreicht werden soll. Ich sage Ihnen aber auch gleich, kommen Sie mir ja nicht mit dem Argument, dass sich die 83 Abgeordneten, die dann ja angeblich mehr arbeiten müssen, deshalb die Diäten erhöhen! Das mache ich nicht mit, das wäre eine Verdummung der Bürger. Auf der einen Seite wird das Parlament aus Kostengründen auf 83 Abgeordnete verkleinert, um der Bevölkerung zu suggerieren, schaut einmal her, was sind wir doch für tolle Abgeordnete, verkleinern das Parlament, um Steuergelder zum Wohle der Bevölkerung einzusparen, und auf der anderen Seite soll dann still und heimlich eine Diätenkommission die Diäten erhöhen.

Meine Damen und Herren, ich nenne das Vorspiegelung falscher Tatsachen, und ich sage Ihnen schon einmal im Namen der Deutschen Volkunion deutlich, ich kenne ja Ihre Machenschaften, sollte dieser Fall eintreten, werde ich immer und zu jeder Zeit die Öffentlichkeit über Ihre schmutzigen Machenschaften informieren, denn das ist so sicher wie das Amen in der Kirche, zumal ich Ihre Argumentation – –.

(Unruhe – Glocke)

Vizepräsident Ravens: Herr Kollege Tittmann, Ihren Ausdruck „schmutzige Machenschaften“ weise ich zurück.

(Beifall)

Abg. **Tittmann** (DVU): Ja, gut, ich nenne das so. Dass Sie darüber eine andere Meinung haben, weiß ich. Das kann ich mir vorstellen!

Ich kann Ihre Argumentation nicht ganz nachvollziehen, dass auf einmal, urplötzlich, diese 83 Abgeordneten dazu in der Lage sein sollen, mehr Arbeit zu leisten! Tut mir Leid, das verstehe ich nicht ganz. Dann stellt sich mir natürlich die Frage: Haben denn die 83 Abgeordneten in der Vergangenheit nur mit halbem Einsatz und mit halber Kraft gearbeitet? Dann haben diese Abgeordneten auch nur die Hälfte ihrer Diäten verdient, wenn nicht sogar noch weniger.

Meine Damen und Herren, ich sage ganz klar und deutlich, jeder einzelne Abgeordnete muss immer und zu jeder Zeit 100 Prozent seiner Arbeitsleistung bringen, sonst hat er es nicht verdient, vom Volk gewählt zu werden. Da können Sie sicher sein, dass ich zu gegebener Zeit, wenn der Bericht der Diätenkommission hier vorliegt, darauf noch zurückkommen werde. Dessen können Sie sicher sein!

Ebenso ist es doch nachzuvollziehen, wie der Abgeordnete der Grünen vorhin sagte, dass, wenn weniger Abgeordnete in diesem Parlament vertreten sind, natürlich die Fraktionsgelder drastisch gekürzt werden müssen. Meine Damen und Herren, ich würde an Ihrer Stelle einmal einen Arzt aufsuchen, Sie haben Schleudertrauma.

(Lachen bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zum Punkt vier, Herabsetzung des Wahlalters, möchte ich Folgendes ausführen: Ich bin durchaus der Meinung, dass unsere Jugendlichen ein recht selbständiges politisches Denken und eine Wertorientierung besitzen und dass sie durchaus auch mit 16 Jahren in der Lage sind, sachorientiert die Bedeutung einer Parlamentswahl beurteilen zu können. Allerdings ist es bei Ihrer Jugendpolitik auch nicht verwunderlich – Sie sparen im Bildungsbereich, im Jugendbereich, Sie missachten die Interessen der Jugendlichen und so weiter –,

(C)

(D)

(A) dass immer mehr Jugendliche den Glauben an die etablierten Altparteien verlieren und sich mit Grausen von denjenigen abwenden, die ihre Zukunft zerstören. Deshalb sage ich Ihnen jetzt schon voraus, und darauf freue ich mich schon, setzen Sie das Wahlalter auf 16 Jahre herab, und es wird für Sie alle ein böses Erwachen geben, denn Sie werden zu Recht von vielen Jugendlichen dann nicht mehr gewählt werden!

Wir von der Deutschen Volksunion haben keine Angst vor einer Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre, denn bei sehr vielen repräsentativen Umfragen unter Jugendlichen hat sich deutlich gezeigt, dass weit über zehn Prozent der Jugendlichen die Deutsche Volksunion wählen würden. Lachen Sie ruhig, in Brandenburg haben 20 Prozent der Jugendlichen die Deutsche Volksunion gewählt! Nanu, Sie lachen ja auf einmal gar nicht mehr! Ist Ihnen das im Halse stecken geblieben?

(Lachen bei der SPD und bei der CDU)

Damit Ihnen das Lachen gänzlich im Halse stecken bleiben wird, kann ich Ihnen ebenfalls mitteilen, dass sich nach einer repräsentativen Umfrage bei gewerkschaftlich und kirchlich orientierten und organisierten Jugendlichen sogar 30 Prozent vorstellen können, die Deutsche Volksunion zu wählen. Sie können ruhig weiter lachen, ich lache am Wahlabend!

(B) Meine Damen und Herren, unsere Jugendlichen wissen nämlich ganz genau, dass wir von der Deutschen Volksunion nicht die Ewiggestrigen sind, sondern die Ersten von morgen für die Zukunft unserer Kinder und der Jugendlichen, und dass die Deutsche Volksunion eben die einzige Partei ist, die im Sinne und Interesse der Jugendlichen den etablierten Parteien Paroli bietet.

Meine Damen und Herren, die Deutsche Volksunion ist für mehr Mitspracherecht und für mehr Mitwirkungsrecht von Jugendlichen in der Gesellschaft, aber dazu werde ich mich im Juni noch äußern. Darum würde die Deutsche Volksunion auch einer Herabsetzung des Wahlalters durchaus zustimmen können. Einer Verkleinerung des Parlaments stimme ich zum Wohle und im Interesse der Bevölkerung zu.

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es macht vielleicht Sinn, wenn ich jetzt im Anschluss eines noch einmal klarstelle. Wir haben seit 1992/93 die Frage, aus wie vielen Abgeordneten das Parlament besteht, nie als eine Frage von mehr oder weniger Demokratie behandelt. Die Frage des Wahlalters wie auch die Frage der Fünfprozentklausel, dass nämlich möglichst

wenig Stimmen, die abgegeben werden, einfach im Papierkorb landen, das sind Fragen der Demokratie. Die Frage, ob wir hier mit 75, 79, 83 oder 100 Abgeordneten sitzen, das ist keine Frage der Demokratie, sondern das ist eine Frage, die dieses Parlament heute, wenn es darum geht, dass wir zeigen, dass wir selbst auch bereit sind, uns zu ändern, auch wenn es uns selbst weh tut, gemeinsam klären muss.

Deswegen haben wir uns nie an Argumentationen für die Verkleinerung des Parlaments beteiligt, die auf das Parlament selbst zielen, die gegen das Parlament zielen, die der Auffassung sind, dass wir hier in der einen oder anderen Zahl zu viele oder überflüssig wären. Das haben wir nie gemacht, und das weise ich auch in diese Richtung rechts außen zurück.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Allerdings bin ich jetzt doch verblüfft, dass beide Redner der Koalition eigentlich Reden gegen ihren Antrag gehalten haben. Der Tenor war über weite Strecken voll und ganz: Warum machen wir das eigentlich? Ich habe es auch ganz am Ende nicht mehr verstanden, warum Sie es machen, Herr Teiser! Offensichtlich sind Sie, nachdem Sie so angetreten waren, zu der Überzeugung gekommen, dass man es ja machen muss. Wenn ich aber Ihre Argumente höre, dann habe ich es nicht verstanden, sondern dann müssten Sie eigentlich bei der Zahl 100 bleiben, und der historische Exkurs vom Kollegen Isola hat das ja auch eher nahegelegt.

Ich bin ja froh, dass Sie doch zu der Überzeugung gekommen sind, dass Sie etwas machen müssen, Herr Teiser. Dass Sie allerdings in Ihre Koalitionsvereinbarung hineinschreiben, wir wollen die Zahl auf 80 senken, und wenn wir 79 vorschlagen, dann sagen, der Vorschlag der Grünen ist maßlos überzogen, da bin doch verblüfft, das passt nun nicht ganz zusammen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben uns an Ihrem Vorschlag realistischerweise orientiert, haben gesagt, wenn wir schon eine ungerade Zahl für das Gesamtparlament machen, dann sind wir eher für 79, weil wir eben doch möglichst weit herunter gehen wollten. Hier aber von maßlos übertrieben zu reden, da können nur Ihre eigenen Phantasien irgendwie eine Rolle gespielt haben.

(Abg. Teiser [CDU]: Warten Sie einmal ab!)

Bei den rechtlichen Bedenken, ich sage es noch einmal, und ich könnte Ihnen aus den Ausschussprotokollen hier vortragen, ist es keine Frage wie beim Bundestag, dass man bei Bundestagsmandaten Rücksicht auf gewachsene Ländergrenzen, auf

(C)

(D)

(A) viele historische Eigenheiten nehmen muss, die sind in der Tat unterschiedlich groß. Beim Wahlrecht in Bremen haben wir zwei Wahlkreise, die kann man ganz einfach in zwei Teile aufteilen und danach die Stimmzahl bestimmen. Herr Wrobel hat, wie auch der Vertreter des Innensenators, klipp und klar erklärt, Sie können das nachlesen, dass er in der Lösung verfassungsrechtliche Bedenken sieht. Ich meine, die müssen Sie ernst nehmen.

Wir stellen das noch einmal fest, dass es so ist, Sie sagen, Sie können sich darüber hinwegsetzen, aber wir werden doch einmal darauf hinweisen dürfen, dass diese verfassungsrechtlichen Bedenken geäußert worden sind und dass wir uns nicht so leicht darüber hinwegsetzen wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Größe! Offen gestanden habe ich mir noch einmal überlegt, die Ausschüsse sind ja in dieser Legislaturperiode auf zwölf Mitglieder festgesetzt worden, wir waren für neun oder zehn, Sie haben uns damals gesagt, das geht nicht, weil wir unsere Mitglieder, die hier sitzen, irgendwo in Ausschüssen unterbringen müssen. Da war nicht die Frage, dass die Arbeit nicht geschafft wird, wenn man neun Leute hat, sondern da war die Frage, dass es dann doch gar nicht genügend Möglichkeiten für die Leute, die hier sitzen, gibt. So war es doch in Wirklichkeit!

(B) Dann habe ich mir einmal das Vergnügen gemacht, die Protokolle dieses Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses anzuschauen, und ich komme exakt auf die Zahl von zehn Mitgliedern, die jeweils statt zwölf anwesend waren. Was also die Frage angeht, dass wir nun so furchtbar viel mehr zu tun hätten, sage ich einmal, da sollten wir ein bisschen auf dem Teppich bleiben. Das kann schon für den einen oder anderen sein, aber im Großen und Ganzen würde ich da ein bisschen bescheiden bleiben.

Die letzte Frage, Herr Teiser, hat mich auch sehr verblüfft. Sie rechnen mir vor, dass das 4,5 Prozent Steigerung sind. Wenn das so ist, können Sie mir dann einmal erklären, warum diese Sache dann in einer geheimen Nebenabsprache festgelegt worden ist,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

wenn das so wenig gewesen ist, dass Herr Grotheer sagt, wenn ich das gewusst hätte, das wäre doch auf keiner SPD-Versammlung durchgegangen? Das kann ich gut verstehen, sagt Herr Grotheer, dass die das geheim machen, ich habe das nicht gewusst, mit mir wäre das nicht gegangen. Ganz so unwesentlich war das also wohl nicht, wenn das in einer Nebenabrede gemacht worden ist.

Wir haben also in der Zahl eine Differenz, wir weisen Sie darauf hin, dass wir lieber ein Stück weiter

reduzieren würden, wir weisen auf verfassungsrechtliche Bedenken hin, und wir bedauern, dass Sie in der Frage einer Öffnung, was die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre und die Abschaffung der Fünfprozentklausel betrifft, jetzt nicht mitmachen wollen. Dennoch ist es natürlich gut, dass wir überhaupt zu einer Verkleinerung kommen, deswegen will ich abschließend einige Bitten vortragen, was den Abstimmungsmodus angeht, und ein Wort dazu sagen, wie wir uns zu Ihrem Antrag verhalten werden.

Es wird ja nach der Reihenfolge des Eingangs abgestimmt werden. Wir bitten für den Antrag des Ausschusses, der ja aus zwei Teilen besteht – Herabsetzung der Abgeordnetenzahl und neues Wahlverfahren –, um getrennte Abstimmung und werden uns bei dem ersten Teil, der Zahl der Abgeordneten, der Stimme enthalten, weil es nicht das trifft, was wir wollen, weil wir aber insgesamt mit der Verkleinerung natürlich einverstanden sind.

Wenn so verfahren wird, dann ergibt sich für unseren eigenen Antrag die Situation, dass die Punkte, die die Zahl der Abgeordneten, das Zählverfahren und das In-Kraft-Treten betreffen, erledigt sind. Sie sind dann damit zurückgezogen, wenn Sie so entscheiden, wovon ich ausgehe.

Wir bitten dann darum, dass die Punkte, die sich mit der Fünfprozentklausel befassen, das sind der Artikel 1 und der Punkt vier des Artikels 2, getrennt abgestimmt werden und dass außerdem die Senkung des Wahlalters ebenfalls getrennt abgestimmt wird. Das ist ein bisschen kompliziert, aber die Sache ist auch vielschichtig. Wir bitten, dass in der Abstimmung so verfahren wird! – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, bevor ich den Abgeordneten Teiser aufrufe, begrüße ich auf der Besuchertribüne recht herzlich Mitglieder vom Bund der Vertriebenen und der Deutsch-Polnischen Gesellschaft.

Herzlich willkommen in unserem Haus!

(Beifall)

Das Wort erhält der Abgeordnete Teiser.

Abg. **Teiser** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Dr. Kuhn, selbst wenn Sie festgestellt haben mögen, dass durchschnittlich zehn Abgeordnete in einer Sitzung anwesend waren, in der zwölf hätten sein müssen,

(Abg. **D r . K u h n** [Bündnis 90/Die Grünen]: Nicht in einer Sitzung, in allen Sitzungen, durchschnittlich!)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) daraus zu schließen, dass die während der Zeit im Garten gelegen haben und nicht woanders tätig waren, halte ich für abenteuerlich.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg.
D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen])

Das ist ein bisschen zu schlicht. Dass sich derjenige, der in einer Sitzung nicht anwesend ist, seinen Pflichten als Abgeordneter entzieht, das ist zu schlicht!

Ich rechne Ihnen an, dass Sie sich vorhin möglicherweise verhört haben. Nicht ich habe die Behauptung aufgestellt, sondern ich habe die Ihrige zurückgewiesen, als Sie nämlich hinsichtlich der Gleichwertigkeit Bremens und Bremerhavens und der Verteilung von 67 zu 16 Mandaten wörtlich erklärt haben, das Ausmaß der Zulässigkeit sei damit weit überschritten. Das habe ich zurückgewiesen, dass Sie es als maßlos überzogen ansehen, dass Bremerhaven 16 Mandate bekommt.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das habe ich nun wiederum nie gesagt!)

Sie haben gesagt, das Ausmaß ist weit überschritten.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Teiser, rechtlich! Das sagen auch Herr Wrobel und das Innenressort!)

(B) Ob Herr Wrobel das sagt, das beeindruckt mich nun auch nicht mehr, als wenn Sie das sagen. Das mag alles sein!

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich will noch auf einen anderen Punkt eingehen, weil Herr Isola vorhin für die Grünen praktisch erklärt hat, das hätten sie doch nicht gemeint, das passive Wahlalter herabzusetzen, nur das aktive. In dem Antrag, den Sie vorgelegt haben, ist beides gemeint. Ist das richtig?

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Antrag ist so, der Bericht ist richtig!)

Wir stimmen hier nicht über Berichte ab, wir stimmen über Anträge ab. Sie haben hier beantragt, dass in Paragraph 1 Absatz 1 Ziffer 1 die Zahl 18 durch 16 ersetzt wird. Ich vermute einmal, Sie haben dann vergessen, Paragraph 4 Absatz 1 zu verändern, weil danach wählbar ist, wer nach Paragraph 1 Absatz 1 Ziffer 1 gewählt werden kann. Insofern haben Sie einen Antrag vorgelegt, der das aktive und passive Wahlrecht beinhaltet.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Bericht ist richtig!)

(C) Gut, dann ist Ihr Antrag falsch geschrieben. Das ist dann wiederum nicht mein Problem, sondern mehr das Ihre. Ich wollte ja nur feststellen, dass ich mich nicht vertan habe, weil Herr Isola noch einmal auf den Bericht hinwies.

Jetzt will ich Ihnen in aller Offenheit auch noch einmal deutlich machen, denn Sie unterlassen es ja nicht zu spekulieren, was für eine Diätenerhöhung seinerzeit die Webers und Neumeyers und wer noch alles dabei war, Böhrnsen und Eckhoff in der Funktion auf jeden Fall wohl nicht, eigentlich verabredet haben. Es gab zwei unterschiedliche Auffassungen. Ich sage Ihnen, Sie werden das auch gleich anhand der Zahlen deutlich sehen, da hat es nicht im Ansatz eine Rolle gespielt, dass irgendjemand in dieser Delegation auf die Idee gekommen ist, jetzt muss man die Gelegenheit nutzen, dass die Abgeordneten einmal eine kräftige Erhöhung bekommen. Die Diäte liegen zurzeit bei 4800 DM. Wenn Sie die nächsten routinemäßigen Erhöhungen hinzurechnen, dann sind wir am Ende der Legislaturperiode voraussichtlich bei ungefähr 5000 DM brutto.

Wir haben gesagt, wir bestehen darauf, dass ein neues Parlament mit einer neuen Abgeordnetenanzahl und neuen Arbeitsstrukturen auch hier einen neuen Status zu Beginn dieser Arbeit erhält, und haben gesagt, deswegen würden wir vorschlagen, die Diät auf 5200 DM festzulegen. Ich sage Ihnen voraus, wenn die Diätenkommission diese Rechnung nachvollzieht, die anstehenden routinemäßigen Erhöhungen der Diäten einbezogen, wird sie zum Ergebnis kommen, dass bei fast 20 Prozent weniger Abgeordneten eine Diätenerhöhung von vier Prozent wegen der Veränderung der Strukturen und der Mehrarbeit angemessen ist.

(D) Wenn ich bei 5000 DM bin, dann ist ein Prozent 50 DM und vier Prozent 200 DM, dann bin ich bei 5200 DM. Sehen Sie, es geht hier also um vier Prozent! Das ist das ganze Geheimnis, das sich dahinter verbirgt, wo Sie das immense Taschenvollstecken vermuten, weil sich das in der Öffentlichkeit gut macht. Ich sage Ihnen, uns geht es um den Status. Wenn jemand meint, dass das nicht erforderlich ist, werden Sie bei keinem Abgeordneten Tränen sehen, weil er diese 200 DM brutto gleich 116,30 DM netto nicht erhält. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Gesetzesantrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses in erster Lesung abstimmen. Wenn ich das richtig mitbekommen habe, haben Sie getrennte Abstimmung gefordert, und zwar Artikel 1 Ziffer 1 und Ziffer 2.

- (A) Meine Damen und Herren, wer dem Gesetz zur Änderung des Bremischen Wahlgesetzes, Drucksachen-Nummer 15/644, und zwar Artikel 1 Ziffer 1, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD, CDU und Abg. T i t t m a n n [DVU])
- Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
- (Bündnis 90/Die Grünen)
- Ich stelle fest, der Antrag ist angenommen.
Nunmehr lasse ich über Artikel 1 Ziffer 2 abstimmen.
- Wer dem Artikel 1 Ziffer 2 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, der Antrag ist einstimmig angenommen.
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
- (B) Meine Damen und Herren, interfraktionell wurde vereinbart, Behandlung und Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung vorzunehmen. Ich lasse deshalb darüber abstimmen, ob wir jetzt in die zweite Lesung eintreten wollen.
- Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Abg. I s o l a [SPD]: Kann es sein, dass Sie Artikel 2 noch nicht haben abstimmen lassen?)
- Entschuldigung, ja!
- Ich lasse nunmehr über den Artikel 2 des Gesetzes abstimmen.
- Wer dem Artikel 2 des Gesetzes zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, Artikel 2 ist angenommen.
- (Einstimmig)
- Somit beschließt das Haus das Gesetz in erster Lesung.
- Wer ist damit einverstanden, dass wir jetzt in die zweite Lesung eintreten?
- Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend. (C)
- (Einstimmig)
- Wir kommen zur zweiten Lesung.
- Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.
- Wir kommen zur Abstimmung.
- Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Wahlgesetzes, Drucksachen-Nummer 15/644, in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD, CDU und Abg. T i t t m a n n [DVU])
- Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
- (Bündnis 90/Die Grünen)
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.
- Nun lasse ich über den zweiten Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses abstimmen.
- Wer den Empfehlungen des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses zur Festlegung eines Sitzungsrasters beitreten möchte, den bitte ich um das Handzeichen! (D)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Empfehlungen des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses zur Festlegung eines Sitzungsrasters bei.
- (Einstimmig)
- Nunmehr lasse ich über den Gesetzesantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in erster Lesung abstimmen. Da Artikel 2 Ziffer 2 und Ziffer 3 sowie Artikel 3 des Antrages durch die Annahme des Gesetzesantrages des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses, Drucksachen-Nummer 15/644, erledigt sind, lasse ich über den Rest des Antrages abstimmen. Hier ist getrennte Abstimmung beantragt. Zuerst lasse ich über Artikel 1 des Gesetzesantrags in erster Lesung abstimmen.
- Wer Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des bremischen Wahlrechts, Drucksachen-Nummer 15/655, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür Bündnis 90/Die Grünen und Abg. T i t t m a n n [DVU])

- (A) Ich bitte um die Gegenprobe!
(Dagegen SPD und CDU)
- Stimmenthaltungen?
- (Abg. Frau **H o c h** [Bündnis 90/Die Grünen] und Abg. **S c h r a m m** [Bündnis 90/Die Grünen])
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt Artikel 1 in erster Lesung ab.
- Jetzt lasse ich über Artikel 2 Ziffer 1 des Gesetzesantrages in erster Lesung abstimmen.
- Wer Artikel 2 Ziffer 1 des Gesetzes zur Änderung des bremischen Wahlrechts in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür Bündnis 90/Die Grünen)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
(Dagegen SPD, CDU und Abg. **T i t t - m a n n** [DVU])

- (B) Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt Artikel 2 Ziffer 1 in erster Lesung ab.
- Da Artikel 2 Ziffer 2 und Ziffer 3 erledigt sind, lasse ich jetzt über den Artikel 2 Ziffer 4 in erster Lesung abstimmen.
- Wer Artikel 2 Ziffer 4 des Gesetzes zur Änderung des bremischen Wahlrechts in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür Bündnis 90/Die Grünen)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
(Dagegen SPD, CDU und Abg. **T i t t - m a n n** [DVU])
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt Artikel 2 Ziffer 4 in erster Lesung ab.
- Da der gesamte Gesetzesantrag in erster Lesung abgelehnt ist, unterbleibt gemäß Paragraph 35 Absatz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung. Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses, Drucksachen-Nummer 15/644, Kenntnis.

(C) **Bericht zur Umsetzung des Gesetzes zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung im Alltag**
Mitteilung des Senats vom 27. Februar 2001
(Drucksache 15/640)

Wir verbinden hiermit:

Erziehungshilfen für Familien

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 27. April 2001
(Drucksache 15/695)

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Dr. Knigge.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Striezel.

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Nachdem wir eben so wichtige Entscheidungen im Parlament getroffen haben, geht es uns wie den Bildungspolitikern und den Jugendpolitikern auch, viele müssen sich jetzt erst erholen. Vielleicht kann man die Gespräche dann auch draußen führen, damit diejenigen, die hier drinnen sind, auch wirklich das hören können, was sie hören wollen. Das wäre ganz geschickt.

(Unruhe – Glocke)

(D) **Vizepräsident Ravens:** Meine Damen und Herren, das Wort hat ausschließlich die Abgeordnete Frau Striezel!

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Danke schön, Herr Präsident! Wir haben heute als Grundlage für unsere Debatte die Mitteilung des Senats vom 27. Februar 2001 „Bericht zur Umsetzung des Gesetzes zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung im Alltag“. Der Senat hat uns einen umfangreichen Bericht vorgelegt, unstreitig viele Seiten. Meines Erachtens hätte er sich auf das eigentliche Thema konzentrieren können. Dann hätten vielleicht auch viele von den Kollegen und Kolleginnen, die sich nicht so intensiv mit dem Thema beschäftigen müssen und dürfen, wie das die Jugendpolitiker tun, auch das eine oder andere noch mitnehmen können.

Ich will ganz deutlich sagen, zum Thema Ächtung der Gewalt in der Erziehung muss ich nicht aufzählen, was wir alles an sonstigen wichtigen Programmen, durch das KJHG oder SGB VIII hervorgerufen, haben: Familienhelfer, Krisendienst und was da alles zugehört. Es ist der Vorlage zu entnehmen. Man kann das zitieren, ich will das aber gar nicht tun, Einrichtungen für Inobhutnahme und so weiter. Das hat alles nicht direkt mit dem Thema Ächtung der Gewalt in der Erziehung im Alltag zu tun, vielleicht im weitesten Sinne mit dem Bereich Erziehungshilfe, das ist ganz sicher so. Mindestens aber der Topf der Kinder- und Jugendförderung gehört meines Er-

- (A) achtens nicht in diesen Bereich. Von daher fände ich es schon ganz gut, wenn wir das dann auch ein bisschen ordnungspolitisch sortieren.
- Mir geht es hier, das ist ja auch dem Antrag „Erziehungshilfen für Familien“ zu entnehmen, den wir der Mitteilung des Senats hinzugefügt haben, um den neuen Aspekt, den wir durch die Änderung des BGB in Berlin zur Kenntnis nehmen und hier auch entsprechend verbreiten und umsetzen wollen. Mir ist ganz wichtig, das will ich noch einmal deutlich sagen, dass wir erstens durch Information die Eltern überhaupt über den veränderten Tatbestand in Kenntnis setzen. Die Plakate haben sicherlich einen Teil dazu beigetragen, aber nun wissen wir alle, es gibt so viele Bilder und Plakate im öffentlichen Raum, dass die Wahrscheinlichkeit, all diejenigen, die es etwas angeht, hätten das auch registriert, vielleicht doch nicht so hoch ist. Deswegen müssen wir uns noch weitere Informationsquellen ausdenken, um die Eltern zu informieren.
- Es ist dazu auch etwas in der Mitteilung des Senats gesagt worden. Es soll einen eigenen Elternbrief zu diesem Thema geben. Das finde ich gut, denn dann wird auf dieses Thema aufmerksam gemacht. Dass es allerdings für die Kinder im Alter von acht Jahren erfolgen soll, leuchtet mir nicht ein. Ich hatte verstanden, dass die Absicht der Gesetzesänderung bei Ächtung der Gewalt in der Erziehung von Anfang an gilt und nicht erst, wenn das Kind acht Jahre alt ist. Von daher bitte ich noch einmal herzlich darüber nachzudenken, ob wir da Einfluss nehmen können, dass wir viel früher, nämlich kurz nach der Geburt des Kindes, die Eltern auf dieses Thema aufmerksam machen und ihnen natürlich dann auch, was ich gleich noch sagen werde, Alternativen aufzeigen.
- (B) Uns liegt der vor einigen Tagen zugegangene Jahresbericht des Kinderschutzbundes in Bremen vor mit einigen Fallbeispielen, den ich sehr interessant finde, da man dann doch sehr deutlich erkennen kann, welche Problemlagen es in den Familien gibt, für die, denen das nicht ohnehin dauernd in irgendeiner Form angetragen wird. Wir haben auch ein Bremer Bündnis für eine gewaltfreie Erziehung, Veranstaltung und Aktion im Februar und September 2001, unterstützt vom Bundesministerium und mit einem Vorwort unserer Senatorin. Das sind alles wichtige Mosaiksteine in diesem Bereich und überhaupt nicht wegzudenken.
- Ich habe mich einmal kurzfristig erkundigt, wie denn die Teilnahme ist. In der Tat ist die Nachfrage nach diesen damit verbundenen Gesprächsangeboten sehr groß. Sie sind alle gut besucht, weil auch nicht alle Massenveranstaltungen sind, die ganze Säle füllen. Es müssen auch immer wieder kleinere Gesprächskreise angeboten werden. Der Bildungsurlaub auf Langeoog, habe ich mir sagen lassen, ist erst dadurch interessant oder realisierbar für Familien geworden, dass man ihn mit Kinderbetreuung
- angeboten hat. Das macht deutlich, dass wir bei all dem, was wir in diesem Bereich anbieten, immer eine Kinderbetreuung mitbedenken müssen, weil natürlich Familien, die angesprochen werden sollen, Kinder haben und oft eine Betreuungsnotwendigkeit sehen. Wenn wir auch immer wieder denken, dass die Kinder alle im Kindergarten sind, ist es eben nicht so. Es gibt ja, Gott sei Dank, auch noch viele Familien mit Geschwisterkindern, die dann eben auch entsprechend untergebracht werden müssen.
- (C) Ich finde es wichtig, dass ein eigener Arbeitsansatz für die türkischen Familien erfolgt. In der Tat ist dort das Familienbild, die Stellung der einzelnen Personen in der Familie anders als bei uns. Insofern müssen wir dort etwas tun. Das Beratungstelefon, das ab Juni 2001 in Bremen wieder installiert wird, braucht mindestens eine halbe Stelle. Soweit ich das im Moment erkundet habe, ist diese halbe Stelle noch nicht gesichert. Herr Staatsrat, ich gehe davon aus, dass Sie diesen Hinweis mitnehmen, damit wir uns darum noch einmal kümmern und vielleicht auch in der nächsten Deputation dazu etwas hören können.
- Ein weiteres Problem will ich deutlich machen! Es gibt in diesem Faltblatt ein Angebot, eine Woche der Entspannung und Aufmerksamkeit für Frauen mit Kindern ab vier Jahren. Das war ein Angebot gemeinsam mit dem Frauengesundheitszentrum und der Evangelischen Kirche, das abgesagt werden musste, weil, ich habe mir dazu aufgeschrieben, so etwas wie eine Ausfallbürgschaft fehlt. Das muss frühzeitig zugesagt werden, so frühzeitig entscheiden Eltern aber gar nicht, dass sie das machen wollen. Da müssen wir noch einmal miteinander reden, wie wir das besser hinbekommen, dass wir da den tatsächlichen Zeitanforderungen oder den Zeiteinteilungsmechanismen von Familien besser gerecht werden, damit solche Seminare nicht zu einem Zeitpunkt abgesagt werden müssen, zu dem sie bei den Familien vielleicht so noch nicht angekommen sind. Das scheint mir besonders wichtig zu sein. Wir geben in anderen Bereichen ja auch Bürgschaften, und von daher kann man das hier auch tun.
- (D) Ganz wichtig fand ich die Idee, wie auch in anderen Bereichen Broschüren aufzulegen, in denen alles zusammengestellt wird, was in diesem Bereich erfolgt. Die Idee eines Elternkursbuches gefällt mir gut. Ich würde das hier auch mit meiner Rede gern unterstützen.
- Nun zu dem Antrag, den wir zu diesem Thema als CDU und SPD eingebracht haben! Information der Eltern ist ein durchgängiges Anliegen und muss uns also in den nächsten Monaten und Jahren beschäftigen, bis es sozusagen ein Selbstverständnis wird, dass man Kinder gewaltfrei erzieht. Mir ist es aber zu wenig, Gesprächskreise zu haben oder Informationsbroschüren zu entwickeln, sondern ich weiß, dass wir praktische Übungen installieren und die gewaltfreie Erziehung mit den Erziehungsberechtigten üben müssen. Es ist eben nicht gottgege-

(A) ben, dass wir auf einmal umschalten und sagen können, wir machen das nun alles anders.

Die Gesprächskreise und Selbsthilfegruppen dazu sind natürlich weiterhin wichtig und müssen auch entsprechend begleitet werden. Mir fehlt aber, dass die Eltern wirklich alternative Erziehungsformen lernen. Das ist ein wichtiger Ansatz, für den wir auch Bildungsträger brauchen, die das können. Das ist nämlich mehr als nur ein Gesprächsangebot oder nur einmal hinhören und ein paar Ideen dazu entwickeln, sondern da muss man richtig wissen, wie man mit Eltern arbeitet. Wir wissen, dass die Weiterbildungsträger in Bremen sehr interessiert sind und auch bei einem gemeinsamen Konzept entsprechende Angebote machen würden.

Wir müssen das Weiterbildungsgesetz ändern, eine kleine Änderung, aber damit der Zugang für Familien auch nach dem Weiterbildungsgesetz möglich ist, halte ich sie für wichtig. Wenn wir das ernst meinen, dann müssen wir es auch mit den entsprechenden Maßnahmen begleiten!

(B) Wir sagen in unserem Antrag – und ich will das noch ein weiteres Mal wiederholen, weil die Verwaltung offensichtlich auch durch den Antrag den Auftrag braucht –, dass intensiv geprüft werden muss, ob durch ein Gutscheinsystem für Familien Anreize entwickelt werden, an Weiterbildung, Informationsveranstaltungen, Beratung teilzunehmen, die wir jetzt auf dem normalen Weg mit dem Flugblatt und mit sonstigen Informationen in der Zeitung nicht erreichen. Wir wissen, dass wir damit eine Menge Resonanz erzeugen, das ist überhaupt keine Frage. Wir wissen aber auch alle miteinander, dass wir damit viele Familien, die dringend unsere Unterstützung brauchen, nicht erreichen. Da, glaube ich, ist das ein gutes Anreizsystem.

Ich bin froh, dass wir zu diesem Antrag gekommen sind. Der Senat wird aufgefordert, bis zum 30. Juni 2001 zu prüfen, ob die Einführung eines Gutscheinsystems, das mit dem bestehenden System der Elternbriefe verknüpft sein könnte, ein geeignetes Instrument ist, einen Anreiz für Eltern für eine breitere Nutzung von Bildungs- und Beratungsangeboten zu schaffen, und mit welchen Kosten ein solches Zuschussystem verbunden wäre.

Natürlich müssen wir wissen, was das kostet. Ich gehe aber davon aus, dass wir durch Spielräume und die Entwicklung in der Erziehungshilfe diese Möglichkeiten dann auch im Rahmen der Abarbeitung der Haushaltsberatungen oder auch des Haushalts erwirtschaften. Ansonsten müssen wir uns eben noch einmal anstrengen, das für die Haushaltsberatungen zu tun. Ich glaube nicht, dass die Idee am Geld scheitern kann. Wenn ich das richtig verstanden habe, sind dafür keine Millionenbeträge nötig, sondern ist natürlich eine entsprechende Beteiligung der Träger auch vorgesehen.

(C) Ich will auch noch einmal sagen, dass es eigentlich angemessen wäre, dass, wenn der Bund ein solches Gesetz macht, er sich etwas mehr finanziell beteiligt als nur durch eine Plakataktion und vielleicht die Erstellung eines Elternbriefes.

(Glocke)

Vizepräsident Ravens: Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Ich bin sofort fertig! Ich würde es begrüßen, wenn das Land Bremen gemeinsam mit anderen Bundesländern dem Bund klarmachte, dass zu der Gesetzesänderung auch eine entsprechende Kostenbeteiligung erfolgt. Das ist noch einmal die Ziffer 1 unseres Antrages. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pietrzok.

(D) Abg. **Pietrzok** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben es mit einem Bundesgesetz zu tun, über das wir schon vor einigen Monaten hier im Parlament diskutiert haben. Gewalt im Alltag ist durch dieses Gesetz geändert worden. In erster Linie ist dieses Gesetz ein gesellschaftspolitisches Signal, dass Gewalt im Alltag nun gegenüber Kindern nicht mehr zulässig ist und die Autorität des Gesetzgebers eingesetzt wird, um die Opfer zu stärken und eben auch die Täter nach Möglichkeit daran zu hindern, dass es zu gewalttätigen Übergriffen kommt.

(Abg. Frau **Striezel** [CDU]: Wer ist hier Opfer, wer ist hier Täter?)

Das Kind, das geschlagen wird, ist das Opfer, und die Erwachsenen, die die Kinder schlagen, sind die Täter.

(Abg. Frau **Striezel** [CDU]: So einfach ist das nicht!)

Das, finde ich, ist relativ einfach.

(Abg. Frau **Striezel** [CDU]: Das glaube ich nicht!)

Ich halte das für relativ übersichtlich, und ich finde auch, dass staatliches Handeln dazu verpflichtet ist, da deutliche Grenzen zu setzen. Dazu ist aus meiner Sicht dieses Gesetz auch da.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) In zweiter Linie allerdings geht aus diesem Gesetz hervor, dass es eine ganze Menge an begleitenden Aktivitäten des Staates geben muss. Das bezieht sich sowohl auf die Landes-, aber vor allem auf die kommunale Ebene. Da schreibt dieses Gesetz, das steht im Kommentar dazu, dass die Kommunen sich den Aufgaben, die sich aus dem Gesetz ergeben, zu stellen haben. Deswegen haben wir dies hier noch einmal im Parlament. Dabei geht es uns ganz besonders, wie im Rahmen der gesamten Erziehungshilfe, um die präventiven Systeme. Wir müssen Hilfestellungen geben, damit diese Übergriffe und Gewalt in den Familien erst gar nicht stattfinden können. Wir müssen erst in zweiter Linie dafür sorgen, dass mögliche Kriseninterventionen auch geschaffen werden können und denen, die Opfer von Gewalt geworden sind, auch geholfen wird.

Wenn wir uns den gesamten Umbau der Erziehungshilfe ansehen, wenn wir uns ansehen, wie wir da mittlerweile mit Budgetierungen arbeiten, so ist auf der anderen Seite deutlich, dass die Prävention bereits eine deutliche Schwerpunktsetzung in der Erziehungshilfe ist. Es geht also nicht nur darum, dass wir uns jetzt überlegen – was auch angesichts der Haushaltslage nicht so ganz einfach ist –, welche zusätzlichen Angebote wir noch gebrauchen könnten, sondern es geht darum, dafür zu sorgen, dass bestehende Hilfesysteme eine stärkere Bezugnahme auf dieses neue Gesetz haben.

(B) Wir müssen dafür sorgen, dass die bestehenden Angebote sich mit der Gewaltproblematik verstärkt auseinander setzen müssen. Es sind sehr viele hier in der Stadt, wenn man sich einmal durchliest, was wir hier haben, aber auch weiß, was es alles in dieser Stadt gibt. Es ist natürlich so, dass wir nicht völlig zufrieden mit allen Angeboten sind. Natürlich gibt es noch Möglichkeiten, Beratungen zu verbessern, natürlich gibt es auch noch andere Möglichkeiten, bestimmte Angebote zu machen. Dazu wird es Facharbeitskreise geben, die sich mit diesen Diskussionen differenzierter auseinander setzen, und wir werden dann sicherlich in den entsprechenden Fachgremien damit noch einmal zu tun haben.

Die Bundesregierung hat ja bereits eine Kampagne gestartet. Nun hat die große Koalition hier noch eine Anregung, und zwar mit dem Mittel der Familienbildung sich dann dieser Fragestellung auch noch einmal zu stellen. Familienbildung ist eine der Maßnahmen, um sich mit Gewalt in der Familie so auseinander zu setzen, vielleicht eine weitere oder gestärkte Möglichkeit zu haben und es tatsächlich zu weniger Gewaltübergriffen in diesen Familien kommt. Familienbildung kann da ein Instrument sein, wo der Dialog der Eltern und der Kinder mit anderen, aber auch untereinander dazu führt, dass Krisen rechtzeitig angegangen werden und es nicht zu gewalttätigen Übergriffen kommt.

Aber Familienbildung, das müssen wir auch sagen, ist eben nur ein Instrument unter vielen. Fami-

lienbildung heißt auch, dass wir den Zugang natürlich nicht für alle gewährleisten können. Das wird auch über ein Gutscheinsystem nicht funktionieren, wengleich ein Gutscheinsystem eine Verbesserung von Vermarktung von Bildungsangeboten ist. Das ist so! Wenn wir das hinbekommen, wenn sich das finanzpolitisch darstellen lässt, werden wir durch ein solches Gutscheinsystem erlangen, dass der Zugang zu solchen Familienbildungsangeboten deutlich erleichtert wird, viel leichter wird, als er es derzeit ist.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen aber auch deutlich sagen, dass Familienbildung nur ein Instrument ist. Die Facharbeitskreise werden sich damit auseinander zu setzen haben, wie diese Instrumentarien, die wir sonst noch haben, sich dieser Problematik annehmen.

Dem Staat, der Kommune oder dem Land wird es nicht gelingen, auch wenn wir uns hier noch so stark engagieren, dass wir die Gewalt in der Familie einfach abschaffen. Wir sind aber dazu verpflichtet, nach unseren Möglichkeiten so zu handeln, dass es diese Gewalt in der Familie in Zukunft möglichst oder zumindest in diesem Ausmaße nicht mehr gibt. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig. Das steht seit Herbst letzten Jahres im Gesetz. Die rotgrüne Bundesregierung hat einen wichtigen Schritt vollzogen, ein Gesetz zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung zu verabschieden. Ich möchte noch einmal ein paar Zahlen nennen, um zu verdeutlichen, dass dies kein Randproblem der Gesellschaft ist, sondern wirklich ein Problem in der Mitte unserer Gesellschaft.

Gewalt in der Familie ist in Deutschland immer noch weit verbreitet. Rund 80 Prozent der Kinder geben in Umfragen an, von ihren Eltern geohrfeigt worden zu sein. In Deutschland werden jährlich rund 150 000 Kinder unter 15 Jahren von ihren Angehörigen körperlich misshandelt. Gewalt in der Kindheit prägt jedoch das ganze Leben. Zahlreiche Untersuchungen belegen: Wer als Kind Opfer von häuslicher Gewalt wurde, übt vermehrt später selbst Gewalt aus. Wir brauchen also in der Erziehung ein neues Leitbild in unserer Gesellschaft, eines, das auf Fürsorge und Respekt ausgerichtet ist.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) Gewalt in der Erziehung ist oftmals auch eine Ursache für Gewalt unter Jugendlichen. Frau Striezel und Herr Pietrzok haben es schon ganz deutlich gesagt, es folgt daraus, dass wir finanzielles Engagement brauchen, um dieses Thema auch tatkräftig angehen zu können.

(Abg. Frau S t r i e z e l [CDU]: Auch in Berlin!)

Auch aus Berlin, da gebe ich Ihnen völlig Recht, Frau Striezel, könnte man größeres finanzielles Engagement erwarten.

Der Bericht zeigt ganz eindrucksvoll, welche Beratungsangebote für Eltern es in Bremen gibt. Ich möchte gleich auf verschiedene Angebote eingehen. Es gibt Angebote für Eltern, darauf richtet sich ja auch der Antrag der CDU und der SPD, und es muss auch parteiliche Angebote für Kinder und Jugendliche geben, an die sie sich in Krisensituationen wenden können. Ich glaube, da muss man auch noch einmal einen großen präventiven Schwerpunkt setzen.

Bedauerlich ist, dass in der Vorlage ziemlich schnell der Satz auftaucht „Die Ausweitung präventiver Kinder- und Jugendhilfeangebote ist finanziell nicht möglich“, bedauerlich auch, weil ich es ziemlich kurzfristig finde. Gewalt ist ein Teufelskreis. Ich bin überzeugt, dass wir mit einem guten Präventionspaket viel Geld sparen und verkorkste Biographien vermeiden können.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bei den Maßnahmen zur Umsetzung des Gesetzes wird erwähnt, dass der Deutsche Kinderschutzbund Bremen e. V. ein Elternsorgentelefon mit Unterstützung und mit Geldern des Bundes initiieren möchte. Der Deutsche Kinderschutzbund hat einen Antrag gestellt, aber einen ablehnenden Bescheid der Behörde erhalten, so meine Kenntnis. Ich wünsche mir in dieser Frage ein größeres Engagement der Behörde und denke, wir sollten uns damit politisch auch noch einmal auseinander setzen. Das Telefon soll für Eltern rund um die Uhr zur Verfügung stehen und anonym und vertraulich Unterstützung leisten. Ich finde, das ist ein wichtiges Angebot.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Vizepräsident D r . K u h n übernimmt den Vorsitz.)

Eine zentrale Schnittstelle für den Zugang zu den Familien bilden aus Sicht der Grünen die Kindergärten. In einem Bremerhavener Kindergarten, nämlich in der Bremerhavener Batteriestraße, wird ein sehr erfolgreiches Konzept zum Thema Elternarbeit gemacht. In der Vorlage, die uns allen zugegangen ist, steht, dieses Konzept könnte flächendeckend ausgeweitet werden, es fehlt bloß an Geld. Meine

Damen und Herren, das ist aber wirklich gut investiertes Geld! Wir sollten auch diesen Punkt noch einmal aufgreifen und beleuchten und dann vielleicht auf alle Kindertageseinrichtungen in Bremerhaven und Bremen ausweiten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die nächste wichtige Schnittstelle ist für mich die Schule. Über das Thema Schulverweigerung haben wir uns hier ja schon häufiger unterhalten, aber bislang ist wenig Konkretes geschehen. Es gibt in Bremen einen Förderpreis, der heißt Bremer Förderpreis für innovative Jugendarbeit. Dieser Förderpreis wurde vor einigen Jahren an zwei Psychologiestudenten der Uni Bremen verliehen. Sie hatten an einer Bremer Gesamtschule einen Jugendberatungsladen initiiert, der Jugendlichen ein niedrigschwelliges Angebot psychosozialer Beratung unterbreitet hat. Die beiden Studenten haben mit diesem Wettbewerbsbeitrag den Preis gewonnen, aber der Preis hat ihnen auch nicht geholfen. Auch dieses Projekt ist an Geldmangel eingegangen, nicht weil es keine Resonanz unter den Jugendlichen gab. Die Schüler und Lehrer haben sich noch längere Zeit darum gekümmert, um eine Kooperation und auch eine Finanzierung zu erreichen, aber das hat leider nicht geklappt. Ich glaube auch, dass wir hier in Zusammenarbeit mit dem Bildungssenator noch weitere Schritte gehen müssen.

Der Bericht zeigt auch, dass es durchaus Beratungsangebote wie das Open House gibt, die parteiliche, geschlechtsspezifische Jugendberatung anbieten, aber auch hier besteht eklatanter Geldmangel, sind Stellen nicht gesichert. Ich finde, Frau Striezel, Ihr Antrag ist eine Seite der Medaille, aber das Gesetz hat ja im Wesentlichen auch die Kinder und Jugendlichen im Auge. Vielleicht könnten wir später noch einmal einen gemeinsamen Antrag erarbeiten, der genau hier auch einen Schwerpunkt setzt, nämlich bei präventiven Angeboten und auch in der Kinder- und Jugendförderung.

Bisher sind nur 15 000 DM aus Wettmitteln für diese Bremer Kampagne vorgesehen. Das ist nicht viel Geld, davon kann man ein paar Flugblätter kaufen. Frau Striezel hat ja selbst gesagt, wenn man mehrsprachige Werbezettel machen will, kostet das viel Geld. Wir brauchen aber Geld, um überhaupt die Eltern und die Kinder und Jugendlichen über dieses Recht zu informieren. Auf Bundesebene hat man sich entschieden, eine Kampagne mit prominenten Botschaftern zu machen. Vielleicht könnten wir in Bremen auch eine derartige Initiative noch einmal erwägen. Auf Bundesebene ist Erik Zabel einer der prominenten Köpfe oder die Sportlerin Heike Henkel. In Bremen haben wir einige herausragende Musikerinnen, Künstlerinnen und auch Sportler, die sich sicherlich gern für eine solche Kampagne bereitstellen und diese Kampagne weiter verbreiten würden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C)

(D)

(A) Der Blick in das Ausland zeigt noch einmal, dass dieses Ziel durchaus erreicht werden kann und dieses Gesetz Sinn macht. In Schweden machte eine groß angelegte Informationskampagne das Gesetz zum Verbot jeglicher Körperstrafe in der Erziehung öffentlich bekannt. Diese Kampagne führte bei vielen schwedischen Eltern zur Verhaltensänderung. Gewalt gegen Kinder in Schweden hat deutlich abgenommen. Auch in Bremen brauchen wir ein breites Bündnis, und ich bin sehr froh, dass der Berichtsantrag, den ja auf unsere Initiative alle Fraktionen gemeinsam getragen haben, hier auch wirklich sehr umfassend beantwortet worden ist. Ich finde, die Verwaltung hat da sehr gut ihre Hausaufgaben gemacht, Frau Striezel. Ich bin auch mit der Ausführlichkeit sehr einverstanden.

Ich sage noch einmal abschließend, Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Körperliche Bestrafung, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig. Wir können es gar nicht oft genug wiederholen. – Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort hat der Abgeordnete Tittmann.

(B) Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im vorliegenden Antrag wird betont, dass es notwendig sei, Eltern beziehungsweise Erziehenden Hilfe und Unterstützung an die Hand zu geben, insbesondere vor dem Hintergrund der Ächtung von Gewalt. Zunächst muss festgestellt werden, dass infolge einer jahrzehntelangen familienfeindlichen Politik, insbesondere durch Rotgrün, Fehlentwicklungen im erzieherischen Bereich vielfach geradezu gezüchtet wurden. Erschreckende Folgen politischen Versagens etablierter Politiker, die nicht zuletzt aus ideologischer Verbohrtheit, was insbesondere auf die linke Achtundsechziger-Politikaste zutrifft, geradezu irrsinnig so genannte anti-autoritäre Erziehungsmodelle propagierten, sind heute durch die immer mehr um sich greifende Kriminalität unter Jugendlichen und Kindern allorts sichtbar und hautnah spürbar.

Meine Damen und Herren, sträflich rächt sich am Gemeinwesen, was herrschende Politiker von rotgrün bis schwarzgelb über Jahrzehnte verschuldet haben. Gerade die so genannten Grünen haben stets die Notwendigkeit der Förderung intakter Familien im Sinne traditioneller Werte in Frage gestellt. Die Familie als kleinste, aber wichtigste Ordnungszelle des Volkes wurde sogar als faschistoid gebrandmarkt. Nun, angesichts des speziell von Linken angerichteten Scherbenhaufens, will man plötzlich das Thema Familie für sich vereinnahmen. So genannte junge Grüne unter der parlamentarischen Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Frau Göring-Eckardt, wollen Familienpoli-

itik als Querschnittsthema aufwerten. Man darf auf die Ergüsse gespannt sein, zumal sich dieser Kreis nicht im Widerspruch zu den schuldbeladenen Traumtänzern der Achtundsechziger-Kaste sieht.

Dass nun Kanzlergattin Doris Schröder-Köpf für rote Genossen das Thema Familienpolitik mit der Belegung und Forderung, die wieder einmal von den demokratischen Rechten erhoben wurde, in der Öffentlichkeit getestet, ist besonders bemerkenswert. Was die SPD-Frau verbreitet, könnte von der Deutschen Volksunion abgeschrieben worden sein. Zitat aus einem jüngsten Interview: „Wir müssen unsere Kinder wieder mehr erziehen“ – vollkommen richtig! – „und ihnen Werte vermitteln, Pflichtbewusstsein, Fleiß, Aufrichtigkeit, Hilfsbereitschaft, Verlässlichkeit, Anstand und richtiges Benehmen beibringen“. Alles DVU-Forderungen, schon vor Jahrzehnten gestellt, wohl wahr! Die DVU kann auch nur zustimmen, wenn die Kanzlergattin den zunehmenden Einfluss von Konsumgütern auf Kinder kritisiert. Wenn sie es wirklich ernst meint, hat Frau Schröder-Köpf allerdings ein ganz großes Problem: Sie ist nämlich in der falschen Partei!

Wie auch immer! Unter Mitverantwortung und Beteiligung auch der CDU kam es zur Entwertung und zum Infragestellen nahezu aller übernommenen sittlichen, ethischen und moralischen Werte und Ordnungsvorstellungen. Die gefährliche Sinnleere unter jungen Menschen, vielfach Ursache von Gewalt, ist weitestgehend das Resultat marxistisch indoktrinerter Gesellschaftsveränderer, die inzwischen als Apo-Opas oder -Omas das große Jammern anstimmen. Wenn Figuren solcher Kreise nun die späte Erkenntnis kommt, nachdem sie den Marsch durch die Institutionen des Staates zwar geschafft haben, doch zunehmend einen geordneten Rückzug fürchten, dann sollten sie auch den Mindestanstand besitzen, für den von ihnen angerichteten Schaden die Verantwortung zu übernehmen statt Verblödungskampagnen gegen nicht vorhandene Gewalt von Rechts zu inszenieren.

Meine Damen und Herren, nichts macht die Notwendigkeit der Durchsetzung der Forderung der Deutschen Volksunion deutlicher als das Totalversagen des etablierten Parteienkartells auch und gerade im Bereich der Familienpolitik. Erziehungshilfen laufen ins Leere, wenn sie einer künstlichen Welt im Kopf entspringen und dem lebensrichtigen Menschenbild widersprechen. Klar ist, dass junge Menschen Vorbilder, Ideale und Orientierungshilfen suchen, insbesondere in der Familie, aber auch in der Gesellschaft brauchen. Deshalb sind ein unzerrütetes Familienleben, gegenseitige Achtung und eine kinder- und jugendfreundliche Einstellung der Gesellschaft und der Medien, aus denen endlich Gewaltdarstellungen verbannt werden sollten, ganz wesentliche Voraussetzungen für eine gesunde Entwicklung junger Menschen unseres Volkes. Mehr denn je fragen sie nach dem Sinn des Lebens, der

(C)

(D)

(A) Arbeit, der Leistung, der Ehe und der Familiengründung.

Von einer Politik, die Individualismus, Materialismus und konsumorientierte Selbstverwirklichung in den Vordergrund stellt, können junge Leute keine überzeugenden Antworten erhalten. Das dürfte sogar Ihnen klar sein! Das ist im Übrigen auch einer der Gründe, weshalb sich die junge Generation mehr und mehr von der Kaste der Altparteien abwendet, was insbesondere bei Wahlen deutlich zum Ausdruck kommt, und nach glaubwürdigen Alternativen sucht. Es kommt nicht von ungefähr, dass die DVU gerade unter Erst- und Jungwählern größte Anteile hat. Das habe ich aber ja vorhin schon erwähnt.

Abschließend sei zudem festgestellt, von einer familien- und kinderfreundlichen Politik ist nach wie vor, weder bei der CDU noch bei der SPD und schon gar nicht bei den Grünen, auch nur ansatzweise etwas sichtbar. So genannte Bildungs- und Beratungsangebote im Rahmen der von Altparteien geschaffenen Bedingungen sind eher schädlich als nützlich und dürften auch die Eindämmung von Gewalt nicht fördern. Wenn, wie im Antrag, die Ächtung von Gewalt in der Erziehung angesprochen wird, dann stellt sich die Frage, weshalb Abtreibungsgewalt unerwähnt bleibt. Es ist nämlich zwingend erforderlich, dass im Einklang mit dem Sittengesetz und der Verfassung der Schutz des ungeborenen Lebens gefordert wird.

(B) Meine Damen und Herren, hunderttausende Kinder werden Jahr für Jahr in der Bundesrepublik Deutschland abgetrieben, auch unter Inanspruchnahme öffentlicher Kassen. Gleichzeitig fehlen jährlich hunderttausende von Geburten in ganz Deutschland zum Erhalt des deutschen Volkes und zur Sicherung unserer Zukunft. Erziehungshilfe für Familien sollte insbesondere dahingehend erfolgen, dass der Endlösung im Mutterleib begegnet wird. Unser Volk braucht deutschen Nachwuchs mehr als Kinderimporte aus allen möglichen fremden Kulturkreisen. Deshalb: Wer Familienpolitik zum Wohl des deutschen Volkes will, muss die Herodes-Politik der Herrschenden bekämpfen. Das heißt ganz klar, das bleibt oberstes Gebot der Deutschen Volksunion, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden.

Im Übrigen, Herr Dr. Güldner, habe ich zum Beispiel, und das gehört zur Gewalt, auf der 1.-Maidemonstration in Berlin, aber nicht nur in Berlin und nicht nur am 1. Mai, nur rote, unter Mithilfe der kommunistischen PDS, und ausländische Schlägertrupps gesehen, die gewalttätig und randalierend durch Berlin gezogen sind und auf Polizeibeamte eingedroschen haben. Ich habe aber keine, so wie Sie es hier immer in Ihren Wahnvorstellungen behaupten, braunen Schlägertrupps gesehen. Das beweist mir doch ganz klar und deutlich, dass Gewalt hauptsächlich von Linken und ihren linken Genossen ausgeht. Darüber sollten wir uns hier einmal unterhalten, über

linke Gewalt! Das wäre sinnvoller und angebrachter. – Ich bedanke mich!

(C)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Striezel.

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jetzt hat es mich auch erwischt, dass ich nach Herrn Tittmann reden muss. Das ist wirklich nicht so einfach, das muss ich schon sagen. Die Agitation, die da immer herüberkommt, und all seine Textbausteine, die, egal zu welchem Thema, immer wieder auftauchen, sind schon schwer zu ertragen.

Herr Tittmann, Sie sind nicht die Einzigen, die irgendwelche Werte gepachtet haben oder die glauben, wenn irgendwo eine Wertediskussion stattfindet, ist die Grundlage immer die DVU! Alle anderen Parteien nehmen für sich selbstverständlich in Anspruch, dass sie eine Wertediskussion immer und ewig führen dürfen.

(Abg. **T i t t m a n n** [DVU]: Sie setzen es nicht um!)

Auch die Kanzlergattin darf sich zu Erziehungswerten äußern, ohne deswegen in Ihre Ecke gerückt zu werden. Das will ich deutlich sagen!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. **T i t t m a n n** [DVU]: Es passiert nichts!)

(D)

Gemeldet habe ich mich, als Herr Pietrzok von Tätern und Opfern sprach, und ich habe ja auch einen Zwischenruf gemacht. Herr Pietrzok, ich würde Sie ganz herzlich bitten, noch einmal zu überlegen, ob das die richtige Einteilung ist. Wir haben sonst Täter und Opfer, das ist dann strafrechtlich, und da tun wir etwas für die Opfer, aber ob wir in der Familie und im Rahmen von Erziehung mit diesen Einteilungen umgehen dürfen? Ich glaube nicht, dass wir das so sagen können, egal, wie viele Gutscheine mit Geld verbunden ausgeben werden, ihr seid Täter, deswegen müsst ihr jetzt kommen und euch entsprechend behandeln lassen. Das wird nicht funktionieren.

(Abg. **P i e t r z o k** [SPD]: Hat aber auch keiner behauptet!)

Ja, aber wenn man die Begriffe Täter und Opfer nimmt, dann gibt es diese entsprechenden Schubladen, in die man fällt, weil die Begriffe ja besetzt sind. Ich weiß, und das wissen Sie auch, Sie haben ja auch einen Jungen, dass Kinder nicht immer Opfer sind. Manchmal werden auch Eltern Opfer ihrer Kinder. Das muss man auch sehen. Es gibt ja immer wieder Situationen, in denen Kinder wirklich, und wir wis-

(A) sen das alle, so piesacken und nerven können, dass es wirklich bewundernswert ist, wenn man sich da im Griff behält und nicht ausrastet.

Das ist ein Geben und ein Nehmen, einmal hat es der eine besser und einmal der andere. Aber um das miteinander hinzubekommen, finde ich, wollen wir die Angebote machen. Dafür ist eine Begrifflichkeit schwierig, auf die Sie sonst ja auch so viel Wert legen bei der SPD. Ich bin da sonst ja gar nicht so pingelig, aber ich glaube, in diesem Fall muss man sehr pingelig sein, damit man diese Begriffe nicht anwendet, ich bitte herzlich darum!

Frau Stahmann, Sie haben mit Recht geschildert, dass wir die neuen Angebote nicht immer so aufrechterhalten können, wie sie vielleicht notwendig sind. Ich sage das, was ich in diesem Zusammenhang schon immer gesagt habe: Wenn wir etwas Neues wollen, müssen wir sehen, was wir an alten Angeboten einstellen oder ändern können. Wir wissen einfach, dass Ressourcen, die einmal vergeben sind, sozusagen oft einen Selbstzweck entwickeln. Das kann es nicht sein, und von daher, wenn wir da gemeinsam sehen, wo etwas Neues kommt, wo wir etwas verändern oder einstellen können, dann schaufeln wir vielleicht auch dafür ein bisschen Geld frei.

(B) Ich glaube, grundsätzlich unterscheiden wir uns darin, Frau Stahmann, das habe ich schon bei Ihrem ersten Antrag herauslesen können und gespürt, welche Adressaten es mit diesem Gesetz gibt. Nach meinem Dafürhalten sind in allererster Linie eindeutig die Erziehungsberechtigten damit gemeint, weil sie in der Tat in aller Regel, jedenfalls in den ersten Jahren, natürlich die Stärkeren sind, die sich gegenüber den Kindern einwandfrei durchsetzen. Das andere entwickelt sich ja nachher im Laufe des Älterwerdens von Kindern, wenn sie dann auch Methoden entwickeln, die es für Eltern manchmal ganz schwierig machen. Für uns sind die Adressaten dieses Gesetzes die Erziehungsberechtigten, das heißt also in aller Regel die Eltern, aber natürlich auch alle anderen, die erziehungsberechtigt sind. Insofern ist unser Ansatz nicht in erster Linie die Stärkung der Rechte der Kinder und Jugendlichen, das will ich deutlich sagen!

Möglicherweise kann ich da, wenn wir darüber länger diskutieren, etwas lernen, das will ich nicht ausschließen, aber erst einmal sehe ich diesen Aspekt, und ich weiß auch, dass im Wesentlichen die Richtung von Gewalt in der Erziehung von Eltern zu Kindern geht und eben nicht umgekehrt. Deswegen ist mein Schwerpunkt da. Aber vielleicht nähern wir uns da im Laufe der Zeit an. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort Herr Staatsrat Dr. Knigge.

Staatsrat Dr. Knigge: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich danke für die Würdigung unseres umfassenden Berichtes, auch wenn einige Fragen und Vorbehalte anklagen.

Ich glaube, wir können dem Bericht entnehmen, dass wir in Bremen gute Voraussetzungen mitbringen, um dieses, wie ich finde, sehr wichtige Gesetz auch mit Leben zu erfüllen. Das Gesetz, die Gewalt in der Familie zu ächten, zu verabschieden, ist eine Seite. Die andere Seite der Medaille ist natürlich, den Eltern zu helfen, ihrer Verantwortung und ihrem erzieherischen Auftrag tatsächlich gerecht zu werden. Dies sind zwei Seiten einer Medaille. Beides gehört zusammen, und wir wissen, dass viele Eltern natürlich auch auf diese Hilfe angewiesen sind, um ihrer Verantwortung als Erziehungsberechtigte gerecht zu werden.

Dieser Bericht macht ja deutlich, dass wir in Bremen eine gut ausgebaute Infrastruktur an Beratung und konkreter Hilfestellung haben. Ich sage aber ganz offen: Ich kann mir schon vorstellen, dass wir auch noch einmal darüber beraten sollten, ob es nicht Sinn macht, diese unterschiedlichen Angebote stärker zu bündeln und noch gezielter einzusetzen. Ich bin sehr froh, dass wir hier im Bereich der Erziehungshilfe auch eine Umsteuerung begonnen haben, die inzwischen auch ganz konkrete Früchte trägt. Wenn Sie sich die Entwicklung hin zu mehr ambulanten und präventiven Hilfen anschauen, sind wir, glaube ich, auf einem sehr guten Weg in diesem Bereich.

Natürlich kann ich mir immer noch vieles, Frau Stahmann, zusätzlich vorstellen, auch vieles, was natürlich dann auch Geld kosten würde. Ich sage aber ganz offen: Wir haben jetzt 118 Millionen DM in dem Bereich Erziehungshilfe im Etat vorgesehen. Wir haben im Bereich des Kontraktes diesen Betrag auch abgesichert, auch mit weiteren Einsparungen, die wir im nächsten Jahr noch erzielen wollen. Dies stellt uns aber schon vor die Notwendigkeit, genau zu schauen, wie wir diese Umsteuerung auch vorantreiben können. Wenn wir wirklich neue Sachen aufnehmen wollen, dann können wir uns nur in diesem Rahmen bewegen. Ich meine, dieser Rahmen dürfte auch groß genug sein, um neue Wege miteinander zu gehen.

Ich will noch einmal betonen, dass die Umsetzung dieses Gesetzes natürlich vorrangig eine Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe sein muss. Die kommunale Ebene ist hier ganz stark gefragt, und dazu gehört aus meiner Sicht natürlich auch der Bereich der Kinder- und Jugendförderung, und zwar nicht nur, soweit Kinderschutz konkret angesprochen ist, sondern auch der Bereich der Jugendförderung selbst. Dies gehört auch, finde ich, zu stärkerer Prävention und Hilfe für Eltern insgesamt.

Dazu gehört aber natürlich, wenn wir über, ich will es einmal so nennen, strukturelle Bausteine zur

(C)

(D)

(A) Umsetzung dieses Gesetzes sprechen, nicht nur der Bereich Kinder- und Jugendhilfe, sondern auch andere politische Gestaltungsfelder. Ich nenne einmal als weiteres Beispiel den ganzen Dialog und die Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe mit dem Stichwort der verlässlichen Grundschule. Dazu gehört hier auch die Frage, wie wir ein Betreuungsangebot für Eltern sicherstellen können, damit sie ihrem Erziehungsauftrag und ihrer Erziehungsaufgabe gerecht werden. Dazu gehören auch andere Ansätze, die wir in den letzten Jahren ressortübergreifend mit Programmen zur Gewaltprävention und zur Bekämpfung der Jugendkriminalität angelegt haben. Ich nenne nur als Stichworte den Täter-Opfer-Ausgleich, Prävention im Grundschulbereich, Notruf-Angebote und so weiter. Es gibt also eine breite Palette an notwendigen Angeboten und notwendiger Begleitung.

Dazu gehört auch, und damit komme ich zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen, dass wir uns über verstärkte Familienbildung hinaus hier durchaus überlegen sollten, auch neue Wege zu gehen. Familienbildung kann auch wirksame Hilfestellung für Eltern bringen. Wir haben in Bremen und Bremerhaven zurzeit bereits ein ziemlich beachtliches Angebot, aber auch hier sehe ich durchaus die Notwendigkeit, mehr zu bündeln und auch mehr Informationen an die betroffenen Eltern zu geben.

(B) Wir sind natürlich nicht nur bereit, sondern wir werden das auch tun, diesen Vorschlag mit dem Bildungsgutschein zu prüfen. Natürlich hängt das auch sehr eng damit zusammen, was der Bund hier konkret plant. Ich habe diesen Vorschlag, diesen Ansatzpunkt so verstanden, dass es hier neben dem so genannten Bildungsgutschein auch noch zusätzliche Angebote des Bundes geben muss, wie dieses Bildungsangebot über ein Online-Handbuch der Familienbildung, dass es aber auch eine Professionalisierung der Fachkräfte der Familienbildung und der Jugendhilfe geben muss.

Dies wird natürlich auch alles Geld kosten. Wir müssen sehen, wie wir das zusammen mit dem Bund und auch im Konzert mit den anderen Ländern, wofür ich mich auch einsetzen würde, hinbekommen. Wenn wir das schaffen, wäre das sicherlich ein weiterer wichtiger Mosaikbaustein, um den Eltern die notwendige Hilfestellung zu geben, damit wir das erreichen, was in der Tat dieses Gesetz konkret vorschreibt.

Es geht letztlich darum, dass wir gemeinsam alles tun, um gesunde Kinder zu erziehen. Gesunde Kinder werden am besten erzogen und erhalten die beste Hilfestellung nach wie vor in den Familien. Das muss auch so bleiben! Wo die Familie dieser Aufgabe nicht gerecht werden kann, muss der Staat die notwendige Hilfestellung geben, damit die Familien ihrer Verantwortung gerecht werden können. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. (C)

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/695 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Mitteilung des Senats mit der Drucksachen-Nummer 15/640 Kenntnis.

25-Prozent-Anteil des Investitionssonderprogramms für Bremerhaven!

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 5. März 2001
(Drucksache 15/642)

Als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Dr. Knigge. (D)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann das kurz machen, die Sache ist eigentlich ganz klar! Das Investitionssonderprogramm 2000 bis 2010 hat ein Gesamtvolumen von zirka 5,6 Milliarden DM. Das heißt, Bremerhaven müsste einen Anteil von 1,4 Milliarden DM erhalten. Hier ergibt sich wieder eine Kürzung zu Lasten Bremerhavens. Da ist es doch nicht verwunderlich, wenn Bremerhavener auch in der öffentlichen Meinung sich von Bremen schlecht behandelt fühlen. Verträge werden einseitig zu Lasten Bremerhavens verändert, Verträge über kommunale Polizei und Lehrer sind inzwischen so verändert, dass Bremerhaven fünf Prozent selbst finanzieren muss. Das sind sage und schreibe zwölf Millionen DM. Damit nicht genug, selbst Koalitionsverträge sollen zu Lasten Bremerhavens verändert werden.

Selbst der CDU-Fraktionsvorsitzende in Bremerhaven, Herr Bödeker, hat sich vor einigen Monaten darüber beschwert, dass Mittel der Innenstadtsanierung nicht mehr zu 70 Prozent von Bremen getragen werden sollen, obwohl das der Koalitionsvertrag ganz klar und deutlich aussagt. Stadtbremische Häfen in Bremerhaven werden beim ISP voll auf Bremerhaven angerechnet. Begründung: Arbeitsplätze

(A) in Bremerhaven! Ich frage Sie allen Ernstes: Was hat Bremerhaven direkt und finanziell von Arbeitsplätzen der Landkreisbevölkerung? Gar nichts! Sie sehen hier einen Denkfehler der Bremer Politik und der Bremer Verwaltung.

Die Lage in Bremerhaven ist folgendermaßen: Die Wirtschaftsförderung versagt, die Sozialhilfeleistung ist auf einer Höhe, wie sie teilweise nicht einmal in den neuen Bundesländern ist, und die Arbeitslosenquote liegt weit über der in Bremen. Zudem wird dem armen Bremerhavener eine handlungsunfähige Koalition mit einem Oberbürgermeister zugemutet, der, und da hat er tatsächlich Ähnlichkeit mit dem Bundeskanzler, den Slogan vertritt: Links reden, rechts leben!

Meine Damen und Herren, es gibt viele Projekte, die umgesetzt werden können und auch Wertschöpfung nach sich ziehen. Im touristischen Bereich muss Bremerhaven das Auswandererthema besetzen. Finanzsenator Perschau hat doch vollkommen Recht, wenn er von der Wichtigkeit der Übernachtungsquote spricht. Wir können in Bremerhaven die Steuerkraft stärken und die Arbeitslosenzahlen stark absenken, wenn wir die finanziellen Mittel zum Strukturwandel aus Bremen bekommen. Die Zusammenarbeit zwischen Bremen und Bremerhaven im wichtigen Sanierungszeitraum kann nur funktionieren, wenn wir fair miteinander umgehen. Deshalb stimmen Sie diesem DVU-Antrag zum Wohle der Stadt Bremerhaven uneingeschränkt zu! – Ich bedanke mich!

(B)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Normalerweise könnte man sich auf den Vortrag von Herrn Tittmann hin sehr kurz halten und sagen, dem Einfachen ist alles einfach. Die Welt, Herr Tittmann, ist aber wesentlich komplizierter. Ihr Anteil an der Übernachtungsquote scheint bereits dadurch erfüllt worden zu sein, dass Sie während der Debatten, die wir inhaltlich über die Zukunft Bremerhavens und deren Projekte geführt haben, offensichtlich geschlafen haben.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Die Wahrheit ist, Herr Tittmann, dass Sie den Antrag aus der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU abgeschrieben haben. Sie selbst haben sich zu einer solchen Forderung, 25 Prozent der Mittel des Investitionssonderprogramms für Bremerhaven einzuwerben, weder vor der Wahl noch hier im Parlament zu irgendeiner anderen Zeit eingesetzt. Es ist eine Aufgabe der großen Koalition, die sie sich selbst

*) Vom Redner nicht überprüft.

gestellt hat, um den Strukturwandel in Bremerhaven nachhaltig voranzutreiben.

(C)

Wir haben, was das betrifft, in dieser Bürgerschaft zahlreiche Debatten geführt. An denen haben Sie sich, Herr Tittmann, leider nicht beteiligt, weder als es um den Ausbau von CT III a ging, noch als es um die Debatten um die touristische Aufwertung des Alten/Neuen Hafens ging, noch als es darum ging, Mittel für den südlichen Fischereihafen einzuwerben. Die inhaltliche Arbeit bei diesen Projekten, Herr Tittmann, ist Ihnen völlig egal. Sie beschränken sich hier auf das Agitieren, auf schlichte Aussagen, von denen Sie meinen, dass sie Ihnen nützlich sind.

Die Wahrheit ist, dass wir für die Investitionssonderbereiche in Bremerhaven auskömmlich Mittel zur Verfügung gestellt haben. Wir haben als CDU-Fraktion mit einer Großen Anfrage jetzt den Versuch unternommen, den Senat einmal zu bitten, darüber zu informieren, in welcher Höhe Bremerhaven überhaupt Mittel abgefragt hat. Meiner Ansicht nach hat es in den vergangenen Jahren kein Bremerhavener Projekt gegeben, das nicht finanzierbar war. Wir haben hier in der Bürgerschaft einen Antrag beschlossen, mit dem wir auch für die Zukunft Millionenmittel für Bremerhavener Projekte zur Verfügung stellen. Ich bin mir ganz sicher, dass wir sämtliche vernünftigen Bremerhavener Projekte auch vernünftig finanzieren können.

Entgegen Ihrer Aussage bin ich sehr froh, dass es uns durch die Fortschreibung des Investitionssonderprogramms gelungen ist, auch die Planungen für eine nochmalige Erweiterung des Containerterminals mit der Ausbaustufe IV einzuwerben. Wir stellen die Planungsmittel zur Verfügung. Wie es endgültig finanziert wird, das ist offen, aber wir schaffen den Bremerhavenern mit diesen Mitteln, mit diesen Maßnahmen eine Perspektive, ganz im Gegenteil zu dem, was Sie hier verbreiten.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Das, was Sie, Herr Tittmann, hier vorgetragen haben, reicht für Sie, ist für das Parlament aber ein bisschen zu schlicht. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort hat der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Röwekamp, Sie haben uns hier einmal erzählt, dass Sie Ihrem Sohn eine Geschichte, ein Märchen erzählt haben, worin ein Affe vorkommt, den Sie mit mir verglichen haben. Dafür haben Sie keinen Ordnungsruf bekommen, aber das ist natürlich maßgeblich dafür, wie hier damit umgegangen wird. Ich darf aber nur dazu sagen, nichts anderes machen Sie hier. Sie erzählen hier Geschich-

(A) ten und Märchen. Sie sind und bleiben ein Märchenonkel. Wenn Sie jetzt mit den billigen Argumenten kommen, dass in Bremerhaven in der ersten ISP-Phase zu wenig Projekte entwickelt worden seien, stimmt das ja nur zu geringen Teilen. Ich bin zwar nicht für den Ocean-Park, dessen Planungen total gescheitert sind, aber die Anforderungen waren da und die jetzigen Planungen mit den Einzelplanungen und dem sehr hohen Finanzbedarf auch.

Ich habe es vorhin angesprochen, das Thema Auswandererprojekt, neue Technologien, Projekte waren genug da. Meine Damen und Herren, wie Sie es selbst in der „Nordsee-Zeitung“ nachlesen konnten, strebt der Bremerhavener Oberbürgermeister Schulz eine pragmatische Lösung an. Er will nämlich meines Erachtens keine überflüssige Diskussion über die Frage, ob Bremerhaven in der Periode bis 2004 genügend Projekte vorgeschlagen hat. Er sagt weiter: „Wir betrachten den Gesamtzeitraum, möchten Planungssicherheit und haben riesige Projekte angemeldet.“

Der Verhandlungsspielraum auf der Verwaltungsebene ist ausgereizt. Zudem sind nicht einmal Projekte wie Erlebniswelt Auswanderung 40 Millionen DM, Entwicklungsgebiet Alter/Neuer Hafen, Gewerberschließung Luneort 30 Millionen DM beziehungsweise weitere Summen berücksichtigt und abgesichert worden.

(B) (Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Das haben wir alles hier beschlossen, Herr Tittmann!)

Die Stadt Bremerhaven braucht einzig und allein eine Planungssicherheit. Die haben wir immer noch nicht. Deswegen sage ich auch, gerade die Abgeordneten der Grünen hatten wahrscheinlich auch den Antrag von mir abgeschrieben.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Lachen Sie ruhig! Wenn ich hier im März einen Antrag abgebe, 25-Prozent-ISP-Mittel zur Verfügung zu stellen, und der kommt dann in Bremerhaven in die Stadtverordnetenversammlung, dann liegt der Verdacht nahe, dass einmal wieder von mir abgekupfert worden ist.

(Heiterkeit bei der SPD und bei der CDU)

Das müssen Sie mir ja zugestehen. Das ist alles zu belegen. Deswegen denke ich auch einmal, dass die Abgeordneten der Grünen meinem Antrag hier zustimmen werden.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(C) Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann mit der Drucksachen-Nummer 15/642 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/
Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Mitbestimmung in den Betrieben stärken und geänderten Bedingungen anpassen

Antrag (Entschließung) der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen
vom 6. März 2001
(Drucksache 15/646)

Als Vertreter des Senats Frau Senatorin Adolf und Senator Hattig, ihnen beigeordnet Staatsrat Dr. Knigge und Staatsrat Dr. Färber.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Stahmann. (D)

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen *): Sehr geehrter Präsident, meine Damen und Herren, sehr geehrte Staatsräte! Auf dem Marktplatz findet eine Demonstration statt, dort tummeln sich einige Demonstrationsteilnehmer. Es sind noch nicht so viele, vielleicht werden es noch ein paar mehr. Ich habe aber bemerkt, dass diese Demonstration über eine ausgezeichnete Logistik verfügt, jedenfalls besser als viele andere Demonstrationen, die hier auf dem Marktplatz stattfinden.

Zu dem nun aufgerufenen Tagesordnungspunkt war ich vor acht Wochen ganz optimistisch, dass wir alle hier einen Antrag meiner Fraktion tragen könnten, denn ich fand ihn verdammt gut, ich finde ihn immer noch gut, und ich finde ihn auch richtig. Mittlerweile bin ich um einige Erkenntnisse reicher geworden. Herr Focke hat auch schon einige Kommentare in diversen Zeitungen geäußert. Die Linien verlaufen hier heute, glaube ich, klarer, ich denke, wir kommen doch zu einer spannenden Auseinandersetzung zu dem Antrag und zu dem Thema.

Die rotgrüne Bundesregierung hat die längst überfällige Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes in Angriff genommen. Das ist gut so!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

- (A) Längst überfällig ist die Änderung deshalb, weil das zurzeit geltende Betriebsverfassungsgesetz von 1972 ist und deshalb natürlich nicht auf die in den letzten Jahren rasant veränderten Bedingungen in der Arbeitswelt und im Familienleben zugeschnitten ist. Die jetzt geplanten Änderungen sollen zu mehr Demokratie in den Betrieben führen, sie sollen die Wahlverfahren vereinfachen, und sie sollen der Diskriminierung von ausländischen Kollegen und von Frauen aktiv entgegenwirken.

Wir meinen, dass der bremische Landtag gut daran täte, die anstehende Modernisierung dieses Gesetzes zu unterstützen. Dabei eine Klarstellung vorweg! Der Vorrang vor Flächentarifverträgen vor betrieblichen Vereinbarungen wird, entgegen anderslautender Behauptungen in der Öffentlichkeit, durch dieses Vorhaben nicht ausgehebelt. Der Paragraph 77 Absatz 3, der diesen Vorrang festlegt, ist eine wichtige Errungenschaft, denn er verschafft den Arbeitnehmern eine Verhandlungsposition mit den Arbeitgebern auf gleicher Augenhöhe.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Der Paragraph 77 Absatz 3 ist nicht überflüssig, und er ist nicht unmodern, er ist notwendiger denn je und bleibt unangetastet.

- (B) Wir begrüßen ausdrücklich, dass durch die Änderung mehr Demokratie und Mitbestimmung auch in kleineren und mittleren Betrieben ermöglicht wird. Die Erleichterung von Wahlverfahren für kleinere Betriebe ist notwendig für den Abbau von zu viel Bürokratie. Die Befürchtungen der Arbeitgeber, durch vereinfachte Wahlverfahren könnten im Hauruck-Verfahren Minderheiten ihre Interessen auf Kosten der Mehrheit durchsetzen, widersprechen der betrieblichen Erfahrung. Sie sind also schlichtweg Unsinn.

Verbesserungen sind nach Ansicht vom Bündnis 90/Die Grünen allerdings in dem Punkt notwendig, dass der Minderheitenschutz in den Betriebsräten durch die Beibehaltung des Verhältniswahlrechts erhalten bleiben muss. Für diese Änderung werden wir uns deshalb in den anstehenden parlamentarischen Verhandlungen einsetzen. Es hat auch schon Gespräche mit der SPD-Fraktion gegeben. Die SPD hat Verhandlungsbereitschaft in diesem Punkt signalisiert.

Eine weitere Verbesserung des Gesetzentwurfes ist unserer Ansicht nach im Bereich der Jugend- und Auszubildendenvertretung nötig. Ihre Stärkung im Regierungsentwurf ist eine gute Sache, was aber zukünftig eingeführt werden sollte, ist die Eigenständigkeit dieser Vertretung. Dann können auch die Auszubildenden in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten, wo es häufig keinen Betriebsrat gibt, ihre Rechte wahrnehmen.

Richtig, weil konsequent, ist, dass die Freistellung von Betriebsräten ab einer Belegschaft von 200 Mitarbeitern vorgeschrieben wird, denn die immer komplizierter werdenden Verflechtungen in den Unternehmensstrukturen und Beschäftigungsverhältnissen machen dies einfach notwendig. An diesem Punkt sind in den letzten Wochen die Emotionen besonders hochgekocht. Herr Focke, Sie schauen schon so! Ich bin ja schon gespannt. Die Rede war von zig Milliarden DM, die an zusätzlichen Kosten auf die Unternehmen zukommen, da waren ja wirklich astronomische Summen zu hören. Darüber werden wir sicherlich noch ins Gespräch kommen.

(Abg. T e i s e r [CDU]: Hunderte!)

Hunderte! Verschiedene Summen von Freistellungen! Dabei lässt sich heute überhaupt noch nicht seriös sagen, wie viel und ob überhaupt Mehrkosten durch diese Festlegung entstehen werden. Also, Ruhe bewahren, Sicherheit ausstrahlen, durchatmen! Wir leben außerdem in einer Demokratie, und die kann nicht vor den Betriebstoren enden. Auch hier gilt: Demokratie bekommt man nicht umsonst, aber sie ist eine gute Investition!

Durch die geplante Reform des Betriebsverfassungsgesetzes wird es künftig leichter sein, dass sich auch Betriebsräte von Experten beraten lassen können. Das ist für die Unternehmensleitungen heute schon eine Selbstverständlichkeit. Davor sollte man eigentlich keine Angst haben, im Gegenteil, die Betriebe werden letztendlich von größerer Sachkunde ihrer Betriebsräte profitieren.

Ebenso verhält es sich mit den Einwendungen zu den Erweiterungen der Mitbestimmungsrechte, zum Beispiel auf dem Feld des betrieblichen Umweltschutzes. Betrieblicher Umweltschutz steht in engem Zusammenhang mit dem betrieblichen Gesundheitsschutz und der Gesundheit der Belegschaften. Wenn Betriebsräte zukünftig mehr Informationen verlangen können und damit auch Verbesserungen bei gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen erreichen, können damit Fehlzeiten der Kolleginnen und Kollegen gesenkt werden, und damit kann von den Unternehmen richtig Geld gespart werden.

Neben der Frage, wie viele Betriebsräte es gibt, ist aber sicher entscheidend, in welchen Fragen Mitbestimmung wirklich möglich ist und sich nicht nur auf Informationsrechte beschränkt. Deshalb führt das Gesetz neue Rechte des Betriebsrates ein, sowohl im Punkt Beschäftigungssicherung als auch bei der Frage der beruflichen Qualifizierung. Ich möchte kein Hehl daraus machen, ich könnte mir auch noch weitergehende Rechte gerade in Sachen Qualifizierungs- und Mitspracherechte von Betriebsräten vorstellen. Das ist durchaus ausbaufähig.

Es ist ja auch nur vernünftig, wenn der Arbeitgeber sich auch in diesem Bereich die Kompetenzen des Betriebsrates zunutze macht und sich seiner Un-

(C)

(D)

(A) terstützung versichert. Wir unterhalten uns hier in diesem Parlament sehr oft über die Fragen der Qualifizierung gerade von älteren Arbeitnehmern und von Frauen. Ich denke, das Betriebsverfassungsgesetz ist ein Beitrag dafür, dass gerade auch Betriebsräte, die als Experten der Belegschaft vor Ort sind, die Unternehmensleitung in diesem Punkt auch sehr gut beraten können.

Stichwort gleiche Chancen für beide Geschlechter! Frauen sind in den meisten Betriebsräten seltene Ausnahmen. Der Entwurf zum neuen Betriebsverfassungsgesetz sieht eine Frauenquote vor. Frauen müssen entsprechend ihrem Anteil an der Belegschaft im Betriebsrat vertreten sein.

(Abg. F o c k e [CDU]: Das ist ja fatal!)

Für mich ist das eine Mindestforderung, die aber natürlich nicht zu einem Rückschritt in den Betrieben führen darf, wo Frauen überproportional im Betriebsrat vertreten sind. Ich gehe davon aus, Herr Focke, dass die Bearbeitung des Gesetzentwurfes Klarheit schaffen wird.

Außerdem sollen Männer und Frauen künftig leichter für ihre Arbeit im Betriebsrat freigestellt werden. Das erleichtert gerade teilzeitbeschäftigten Frauen das Engagement für ihre Kolleginnen. Wenn sich mehr Frauen in den Betriebsräten engagieren, profitiert davon die Gleichstellung von Mann und Frau im Betrieb. Wir haben uns hier gestern über den Begriff des Gender Mainstreaming unterhalten. Ich gehe davon aus, dass der stärkere Einfluss der Frauen in Betriebsräten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern kann. Der Druck auf entsprechende innerbetriebliche Vereinbarungen wird dadurch stärker.

(B) Damit die Gleichberechtigung Realität wird, sind noch viele Schritte notwendig. Die hier vorgelegte Gesetzesnovelle ist einer davon. Deshalb bitte ich um die Zustimmung zu unserem Antrag, denn die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes ist richtig, sie ist wichtig, und sie ist überfällig. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Ziegert.

(Präsident W e b e r übernimmt wieder den Vorsitz.)

Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich die CDU vorlassen, aber die CDU kneift erst einmal, und so muss ich meine Munition eben nachher noch verschießen.

Die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes ist eines der wichtigsten Reformvorhaben dieser Bun-

desregierung in dieser Legislaturperiode, ich würde sogar sagen, das wichtigste neben der Rentenreform. Dass dies so gesehen wird, auch unter anderem von den Arbeitgebern, zeigt sich daran, dass wir die einmalige Situation haben, dass sich zum ersten Mal Arbeitgeber auch bemüht fühlen, für ihre Forderungen auf der Straße zu demonstrieren. Ich finde es übrigens bemerkenswert, welche Koalition zu dieser Demonstration aufgerufen hat. Das waren nämlich nicht nur die Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände, sondern die FDP, die CDU und die Handelskammer.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Koalition der Ausgebeuteten! – Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deutlicher kann man wohl nicht sehen, wie die politischen Interessen hier in dieser Stadt vertreten werden. Ich werde zur Position der CDU gleich noch etwas sagen, denn die CDU hat eigentlich auch einen relativ starken Arbeitnehmerflügel, der sich durchaus positiv zu einer Reform des Betriebsverfassungsgesetzes geäußert hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Mitbestimmung gehört untrennbar zu einem demokratischen Gemeinwesen. Durch Mitbestimmung wird ein Stück Demokratie in dem Bereich verwirklicht, der immer noch für die meisten Menschen mit das Wichtigste in ihrem Leben ist, nämlich in der Arbeitswelt.

(Beifall bei der SPD)

Gegenüber diesem Gerede, dass das hier in Deutschland so einmalig ist: Nicht nur in Deutschland, sondern in allen demokratischen Staaten Europas, in 15 der 19 europäischen Staaten gibt es Mitbestimmungsrechte, Mitwirkungsrechte, Beteiligungsrechte, gesetzlich abgesichert von betrieblichen Interessenvertretungen, in den anderen machen dies direkt die Gewerkschaften. Es ist durchaus in etlichen Ländern so, dass die betrieblichen Interessenvertretungen größere Rechte haben als bei uns. So können zum Beispiel in Schweden bei Managementfehlern Verfahren gestoppt werden, in Frankreich und den Niederlanden können die Betriebsräte Managementfehler gerichtlich überprüfen lassen. Es ist keineswegs so, dass wir hier mit der betrieblichen Mitbestimmung etwas ganz Exotisches und ganz Einmaliges haben. Dennoch, meine Damen und Herren, es ist unbestreitbar und wird auch von Unternehmern nicht bestritten, dass diese Form der betrieblichen Mitbestimmung, des Aushandelns von Konflikten, wie es sich in Deutschland seit fast 50 Jahren bewährt hat, ein eindeutiger Standortvorteil für Deutschland, für die deutschen Arbeitnehmer und für die deutsche Wirtschaft ist.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(A) Übrigens sagen Unternehmen dies selbst gegen dieses Gerede, dass Ausländer nicht mehr investieren würden. Die Bertelsmann-Stiftung hat gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung eine Befragung bei 400 der größten Niederlassungen von ausländischen Unternehmen durchgeführt über die Mitbestimmung und die Zusammenarbeit mit den Betriebsräten. 68 Prozent davon bewerten die Zusammenarbeit als wichtig und positiv. Nebenbei bemerkt, die Zusammenarbeit mit Arbeitgeberverbänden bewertet nicht einmal die Hälfte davon als ebenso positiv.

Wir brauchen ja gar nicht so weit zu schauen! Ich weiß nicht, wie wir in Deutschland, auch hier in Bremen, den gewaltigen Strukturwandel, den wir hier teilweise hinter uns, aber auch teilweise noch vor uns haben, bewältigt hätten und bewältigen werden ohne die Mitwirkung der Betriebsräte und der Gewerkschaften. Ich erinnere an die Strukturbrüche, die wir hier zu bewältigen hatten, an die Stahlwerke, früher Klöckner-Hütte, den Konkurs des Vulkan, die Umwandlungen in der Hafenwirtschaft, all die Probleme im Schiffbaubereich. Ich weiß nicht, wie wir das hier in Bremen einigermaßen sozialverträglich hätten bewältigen können, wenn nicht eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und mit den Betriebsräten zustande gekommen wäre, wo Politik und betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretungen und Unternehmen gemeinsam daran gearbeitet haben, diesen Strukturwandel zu bewältigen.

(Beifall bei der SPD)

Wozu jetzt also die ganze Aufregung? Die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, und da müssen wir auch einmal ein bisschen auf dem Teppich bleiben, ist doch im Grunde genommen nichts anderes als die Anpassung dieser bewährten Form der Mitwirkung und Mitbestimmung an die veränderte Arbeits- und Lebenswelt. Wenn wir bedenken, dass das letzte Betriebsverfassungsgesetz, die jetzige Fassung, im Grunde genommen noch die Fassung von 1972 ist, und wenn wir bedenken, welche Veränderungen sich wirtschaftlich seitdem ergeben haben, dann ist eine Reform, eine Novellierung dringend überfällig.

(Beifall bei der SPD)

Veränderte Arbeits- und Wirtschaftsstrukturen brauchen auch eine veränderte Struktur der Betriebsratsarbeit, vor allem aber doch eines, eine moderne Arbeitswelt muss demokratischer werden! Zu Arbeitnehmern, die Selbstverantwortung und Eigeninitiative zeigen wollen, und das fordern die Betriebe, in denen über die Köpfe der Beschäftigten hinweg noch nach altertümlichem Herr-im-Haus-Standpunkt regiert wird. Die Zukunft der Betriebe und die Zukunft der betrieblichen Beziehungen be-

deuten mehr Demokratie, mehr Mitbestimmung. Mehr Demokratie bedeutet eben gesetzlich abgesicherte Beteiligungsrechte und nicht Beteiligungsmöglichkeiten, die nach Belieben von den Betriebsinhabern gewährt oder auch wieder entzogen werden können.

(Beifall bei der SPD)

Die Befürchtungen der Wirtschaft, Frau Stahmann hat es ja schon angesprochen, und ich denke, das wird uns jetzt dann auch gleich von Herrn Focke vorgetragen werden, die, wie ich finde, auch in unsachlicher und unsachgemäßer Weise von Handelskammer und Wirtschaftsverbänden geschürt werden, sind bei nüchterner Überlegung völlig unberechtigt. Wenn wir rechnen, was die gesamte Betriebsratsarbeit die Betriebe kostet, so sind das weniger als zwei Prozent der Bruttolohnsumme. Das muss man sich wirklich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Wenn jetzt an die Wand gemalt wird, dass Riesenbelastungen durch die verbesserten Freistellungsmöglichkeiten in Betrieben entstehen, ab 200 statt bisher ab 300 Beschäftigten, dann ist darauf hinzuweisen, dass auch jetzt schon Betriebsräte für ihre Tätigkeit von der Arbeit freigestellt werden müssen, so dass diese Freistellungsregelung im Grunde genommen nur eine gesicherte Grundlage schafft, aber nicht in dem Ausmaß höhere Belastungen für die Betriebe bedeutet.

Im Übrigen muss man sich dann eben auch einmal überlegen, was der soziale Friede wert ist, was die Einbeziehung der Kompetenzen der Belegschaften wert ist, was das Heranziehen von Qualifikation aus der Belegschaft im Unternehmen wert ist. Man weiß, dass viele Unternehmen sehr teure Managementseminare machen, sehr teure Schulungsseminare machen, sich das etwas kosten lassen, um die Qualifikation, das Gold in den Köpfen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zu heben. Ich würde sagen, die betriebliche Mitbestimmung ist da noch eine sehr preiswerte Form davon.

(Beifall bei der SPD)

Eigentlich müsste die Wirtschaft eine Bestimmung im neuen Betriebsverfassungsgesetz, gegen die sie ja Sturm läuft, nämlich das vereinfachte Wahlverfahren in Kleinbetrieben, unter diesem Kostenaspekt befürworten. Es spart nämlich insgesamt 450 Millionen DM gegenüber dem sehr komplizierten und langwierigen Wahlverfahren, wie es bisher besteht. Aber in meinen Augen ist natürlich das Kostenargument nicht das gravierendste Argument. Ich halte das vereinfachte Wahlverfahren für eines der wichtigsten Elemente in diesem neuen Betriebsverfassungsgesetz, weil es die Möglichkeit erleichtert, dass auch in Klein- und Mittelbetrieben Betriebsräte gebildet werden. Wenn man bedenkt, dass fast 50 Prozent der Beschäftigten in Betrieben zwischen

(C)

(D)

(A) fünf und 50 Beschäftigten arbeiten, zeigt das, wie wichtig es ist, dass auch dieser Bereich unserer Wirtschaft in demokratische Verhältnisse und in Mitbestimmungsregelungen einbezogen wird und nicht außen vor bleibt.

Meine Damen und Herren, verbesserte Mitbestimmungsmöglichkeiten bei Qualifizierung, Beschäftigungssicherung, Mitreden bei Frauenförderung, Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit, Umweltschutz, all dies sind Probleme, die jetzt schon wichtig sind und in Zukunft immer wichtiger für die Betriebsräte und für die Beschäftigten werden und eine immer größere Rolle spielen. Der Zukunft, ich wiederhole es noch einmal, wird mehr Mitbestimmung, mehr Mitsprache gehören und nicht weniger.

(Beifall bei der SPD)

Nun muss ich kurz auf die Position der CDU eingehen. Die CDU hat ja eine etwas gespaltene Position. Auf Bundesebene jedenfalls ist es einerseits so, dass die CDU sehr stark gemeinsam mit der Handelskammer und den Wirtschaftsverbänden eine offen arbeitnehmerfeindliche und gewerkschaftsfeindliche Position einnimmt. Auf der anderen Seite ist es ja so, dass der Arbeitnehmerflügel der CDU,

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Sie leben in einer Scheinwelt, Frau Kollegin!)

(B) nämlich die CDA, sich durchaus positiv zu einer Reform der Mitbestimmung geäußert hat. Wir haben selbst eine Diskussion im Gewerkschaftshaus geführt, bei der auch die CDA vertreten war, und haben da ein sehr hohes Maß an Übereinstimmung feststellen können. Die Forderung jedenfalls, die die CDU bisher an veränderte Regelungen in Bezug auf das Betriebsverfassungsgesetz gestellt hat, wie zum Beispiel beschleunigte Verfahren während der Mitbestimmung oder vor allen Dingen auch die Forderung nach einer Aufweichung tarifvertraglicher Regelungen zugunsten von betrieblichen Regelungen, ist ganz schlicht und einfach und ohne Wenn und Aber abzulehnen!

(Beifall bei der SPD)

Es kann nicht sein, dass tarifvertragliche Regelungen, das ist der Paragraph 77 Absatz 3, in Frage gestellt werden zugunsten angeblich flexiblerer Möglichkeiten der Regelungen durch Betriebsvereinbarungen. Mitbestimmung, betriebliche Mitwirkungsrechte bedürfen einer gesicherten Grundlage durch verbindliche Tarifverträge. Sonst wären Betriebsräte im Krisenfall erpressbar und doch dem Druck ausgeliefert, der durch den Betriebsinhaber ausgeübt werden kann. Deswegen gibt es keinesfalls eine Aufweichung des Paragraphen 77 Absatz 3. Das wird mit der SPD nicht zu machen sein. Da wird

auch die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes kein Einfallstor für diese Verschlechterung der Verhältnisse für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Ich komme erst einmal zum Schluss! Ich bin sicher, dass ich mich nach dem Beitrag der CDU noch einmal melden werde. Ich werde dann auch etwas zum Antrag der Grünen und unserem Abstimmungsverhalten sagen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte erst einmal in aller Deutlichkeit zurückweisen, dass die CDU hier arbeitnehmerfeindliche Politik macht!

(Beifall bei der CDU)

Ich habe mitnichten vor, hier einen Rundumschlag zu machen, und ich weiß auch gar nicht, wie Sie auf die Idee kommen, dass wir das Betriebsverfassungsgesetz nicht reformieren wollen. Natürlich wollen wir auch eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, und wir wollen insbesondere eine Modernisierung, eine Anpassung an die veränderten Gegebenheiten erreichen. Wir wollen keinen Schritt zurück machen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Durch die hier vorgesehenen Änderungen der Bundesregierung, über die sie sich noch nicht einmal so richtig einig ist, kann man ja sogar sprechen, über das Verhältniswahlrecht, das wollen wir im Übrigen auch, das ist auch bekannt, und die Frauenquote, die Sie eben angesprochen haben, halte ich für völlig fatal, das haben Sie eben auch schon angesprochen, dass es nämlich dann, wenn es nur zehn Prozent Frauenanteil in einem Betriebsrat gibt, in dem zehn Mitglieder sind, höchstens eine Frau geben darf. Wenn im alten Betriebsrat drei Frauen waren, müssen zwei hinaus. Das ist eine ganz tolle Frauenförderung! Super! Das ist ein Schritt zurück, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Deswegen wird es mit uns diese Veränderung des Betriebsverfassungsgesetzes nicht geben.

(Zuruf von der SPD: Wegen der Frauen!)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) Nicht nur deswegen, ich habe es insgesamt angesprochen.

Aber jetzt wollen wir doch einmal ganz vernünftig und ruhig, wie das Frau Ziegert auch begonnen hat, anfangen. Die geltende Fassung des Betriebsverfassungsgesetzes, das ist eben gesagt worden, ist inzwischen fast 30 Jahre alt, und die Wirtschafts- und Arbeitswelt und damit auch die betriebliche Praxis haben sich in dieser Zeit wesentlich verändert. Die Globalisierung der Märkte, die technologischen Veränderungen, die wachsende Bedeutung der Dienstleistungen und die Individualisierung unserer Gesellschaft haben tiefgreifende Veränderungen nach sich gezogen. Das ist alles gesagt worden.

Die Eigenverantwortung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das ist nicht gesagt worden, ist im Verlauf der letzten Jahre deutlich gestiegen. Die Anforderungen an Betriebsabläufe, Produktionsverfahren und Produkte werden einem immer schnelleren Wandel unterworfen. Die betrieblichen Gestaltungen sind vielfältiger und differenzierter geworden. Dementsprechend sind auch die Aufgaben der Betriebsräte komplexer und vielfältiger geworden.

- (B) Eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes muss dieser Vielfalt entsprechen und mehrere betriebliche Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen. Es ist mehr Flexibilität und mehr Betriebsnähe erforderlich. Gerade das, meine Damen und Herren, erfüllt leider das vorgelegte Betriebsverfassungsgesetz der Bundesregierung in keinsten Weise, es geht in keinsten Weise auf diese Probleme ein. Die Chancen einer Flexibilisierung der Mitbestimmung und einer Beschleunigung von Entscheidungen im Betrieb sind überhaupt nicht genutzt worden.

Das Ziel einer Reform muss es aber sein, für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen die wichtige mitentscheidende Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen sowie den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stützen und zu stärken. Durch die Ausweitung der geltenden Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte, das Absenken der Schwellenwerte für die Größe des Betriebsrates sowie für Freistellungen der Betriebsratsmitglieder werden diese Ziele aber konterkariert.

Ich will jetzt nur an einigen Beispielen einmal sagen, was dabei so alles herauskommt! Der Kernpunkt der Reform ist in meinen Augen nicht, dass man das Wahlverfahren für die Betriebe zwischen fünf und 50 Mitgliedern so ändert, dass sie Betriebsräte wählen können. Betriebsräte könnten sie ja im Übrigen schon vorher gewählt haben. Durch diese Vereinfachungen werden aber jetzt natürlich in diesen Betrieben erheblich mehr Betriebsräte gewählt.

Meine Damen und Herren, diese Arbeitgeber sind doch keine Ausbeuter, bei denen 50 Prozent der arbeitenden Menschen beschäftigt sind. Warum müssen diese Unternehmen, die hervorragend funktio-

- nieren, denn jetzt dazu gebracht werden, unbedingt Betriebsräte zu wählen? (C)

(Beifall bei der CDU)

Das hatte jahre- und jahrzehntelang funktioniert, ohne dass sich da überhaupt jemand aufgeregt hat. Es gibt sogar sehr viele Betriebe, die überhaupt keinen Betriebsrat wollen. Sie werden jetzt praktisch dazu gebracht, einen Betriebsrat zu bekommen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Das können Sie sich nicht vorstellen, aber das gibt es noch ganz oft in diesem Lande!

Der Kernpunkt der Reform ist aber die Absenkung der Schwellenwerte. Dieser zieht sich vollkommen durch. Das fängt damit an, dass Betriebe jetzt ab 200 Beschäftigten freigestellte Betriebsratsmitglieder haben müssen, vorher war es ab 300 Beschäftigte. Dann werden von 500 bis 900 Mitarbeitern zwei Arbeitnehmer für den Betriebsrat freigestellt, bis 1500 Mitarbeitern drei und bis 2000 Mitarbeitern vier. Das war früher bei 3000 Mitarbeitern so. Das ist eine erhebliche Ausweitung, wenn man insgesamt sieht, wie viele Betriebe davon betroffen sind.

Der Schwellenwert für die Zahl der Betriebsräte ist noch drastischer zurückgegangen. In Betrieben mit mehr als 100 Mitarbeitern, bisher waren es 150, und bis zu 200, das waren früher 300 Mitarbeiter, müssen sieben Interessenvertreter gewählt werden, bis zu 400 Mitarbeitern neun, das waren früher 600 Mitarbeiter. Das geht immer so weiter und führt zu einem erheblichen Anwachsen von Betriebsratsmitgliedern. Dadurch wird der gesamte Entscheidungsprozess natürlich nicht wesentlich einfacher und eindeutiger. Er wird dadurch behindert, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Allein in Bremen sind über 100 Betriebe davon betroffen. Da kann man sich ausrechnen, welche Kosten auf die Betriebe zukommen. Deswegen sage ich Ihnen einmal: Jeder hat das Recht zu demonstrieren, auch die Unternehmer – die im Übrigen keine Ausbeuter sind, was ich da eben vorhin gehört habe –, die wirklich dafür sorgen, dass viele Menschen eine Arbeit haben und dadurch auch als Arbeitnehmer zu Wohlstand gekommen sind, die darf man auch nicht so behandeln, wie Sie das eben gemacht haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe Respekt davor, dass sie diese Demonstration machen, genau wie ich für die Putzfrauen und all die anderen Demonstranten und Demonstrationen, die hier in den letzten Tagen gewesen sind,

(A) auch Respekt gezeigt habe. Jeder kann für seine Sache eintreten, und das sollte man den Arbeitgebern auch zubilligen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Dann hat Frau Ziegert angesprochen, dass es ja so toll ist, dass sie sich jetzt auch mehr Fachleuten bedienen können, was sowieso schon gemacht wird, so ist es ja nicht, dass das alles nicht geht. Die Gremien werden aber natürlich ausgeweitet. Die Betriebsräte bekommen jetzt auch die Möglichkeit, Ausschüsse und Arbeitsgruppen zu bilden, Sachverständige heranzuziehen und die ganze Sache wesentlich breiter und länger zu diskutieren. Folgendes kommt dabei heraus: Die Entscheidungen werden verzögert,

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/
Die Grünen]: Das ist doch Unsinn!)

und Entscheidungsabläufe können nicht mehr schnell durchgezogen werden. In der schnelllebigen Zeit, in der wir uns befinden, ist das ein fatales und genau gegenläufiges Instrument. Wir brauchen genau das Gegenteil!

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

(B) Sie können sich auch noch einmal melden! Ich will jetzt nur sachlich hier diskutieren und auf Punkte eingehen!

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]: Das ist nicht sachlich! Das ist keine Ahnung!)

Die Novelle der Regierung sieht an mehreren Stellen mehr Mitwirkungsrechte vor. Das haben Sie eben auch gesagt: Integration von Ausländern im Betrieb, Fragen umweltpolitischer Art, Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Ich glaube, es kann nicht Aufgabe eines Betriebsrates sein, sich zu einem Politgremium zu entwickeln.

(Beifall bei der CDU)

Das würde dazu führen, dass die Arbeitnehmerfragen weit in den Hintergrund gedrängt werden würden und allgemein ein politischer Diskutierclub entstehen würde. Das ist nicht im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes, denn da heißt es ausdrücklich, dass dort Arbeitnehmerfragen zu behandeln sind. Deswegen sehe ich diesen Punkt in dieser neuen Vorlage auch als ein weiteres Beschweris und Hindernis an.

Der Gesetzentwurf insgesamt ist wesentlich zu bürokratisch und belastet die Wirtschaft, insbesondere den Mittelstand, mit erheblichen Kosten. Nach mehreren Untersuchungen, da können Sie natürlich

sagen, dass das unseriös und völlig falsch sei, es gibt aber sehr viele Untersuchungen, natürlich von der deutschen Wirtschaft – klar, auch von den Arbeitgebern, aber auch von anderen –, die davon ausgehen, dass Kosten zwischen 2,5 und sechs Milliarden DM durch diese Änderungen, die Sie jetzt hier in dieses Gesetz hineinschreiben würden, entstehen würden.

Die Regelungsdichte im deutschen Arbeitsrecht, die sich schon jetzt auf höchstem Niveau befindet, wirkt sich weiterhin negativ auf die Entscheidungen in- und ausländischer Investoren aus.

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]:
Was?)

Das ist eine Frage des Standortes Deutschland, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU – Abg. T e i s e r
[CDU]: Natürlich!)

Wenn Sie es ausländischen Investoren erschweren, die das in dieser Breite überhaupt nicht kennen, was hier jetzt an zusätzlichen Maßnahmen vorgesehen ist, dann kommt nicht mehr so einfach ein ausländischer Investor nach Deutschland. Das ist ein wesentlicher Faktor. Deswegen muss man darauf auch ganz deutlich achten, denn das hat mit dem Wirtschaftsstandort Deutschland sehr viel zu tun, und dadurch hat das auch etwas mit Arbeitsplätzen zu tun, meine Damen und Herren.

(Glocke)

Ich komme jetzt zum Schluss!

Wir werden nicht einer Reform zustimmen, die den Entscheidungsprozess in den Unternehmen erschwert, die Kosten in die Höhe treibt und die Betriebsräte zu Politclubs unter gewerkschaftlicher Führung degradiert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich darf Ihnen noch einmal sagen, dass sich natürlich die Arbeitnehmervertreter, weil Sie das da eben sagten, intensiv an den Gesprächen, die auf Bundesebene und überall in den Fraktionen, die damit zu tun haben, geführt worden sind, beteiligt haben. Wir sind uns mit allen Vertretern in der CDU einig, dass wir eine Novellierung, Reformierung und Modernisierung des Betriebsverfassungsgesetzes haben wollen, nicht aber so, wie sie von Ihnen vorgeschlagen worden ist. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Ziegert.

(C)

(D)

(A) Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Focke, bevor ich im Einzelnen auf einige Ihrer Ausführungen eingehe, habe ich mich bei dem, was Sie gesagt haben, gefragt, was Sie eigentlich für ein Bild von den Arbeitnehmern und Beschäftigten im Betrieb haben!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

In welchem Verhältnis sehen Sie eigentlich Unternehmer und Beschäftigte im Betrieb? Sie sagen, die Unternehmer sorgen dafür, dass Menschen Arbeit haben. Ich sage, Menschen, die im Betrieb arbeiten, sorgen dafür, dass diese Betriebe und diese Wirtschaft überhaupt erst funktionieren! Dafür müssen sie nicht nur anständig entlohnt werden, dafür müssen sie auch beteiligt werden!

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Es ist doch ein völliger Popanz und wird auch durch die fünfzigjährige Geschichte der Mitbestimmung – im Übrigen, 1972 hat sich die CDU konstruktiv beteiligt an einer Reform des Betriebsverfassungsgesetzes – widerlegt, jetzt zu behaupten, dass Mitbestimmung zum Stillstand und zur Entscheidungsunfähigkeit im Betrieb führt. Wer hat denn ein größeres Interesse daran, dass der Betrieb floriert und funktioniert, als die Beschäftigten, deren Existenzgrundlage, deren Arbeitsplatz schließlich davon abhängt?

(B)

(Beifall bei der SPD)

Wo hat man das denn schon einmal gehört, dass Betriebsräte oder Beschäftigte willkürlich durch Entscheidungsverzögerungen Betriebe in die Krise gezogen haben? Im Gegenteil, wir haben genug Beispiele, dass Unternehmer in der Krise zu den Betriebsräten und Gewerkschaften gehen und darum bitten, gemeinsam bei der Lösung behilflich zu sein. So sieht es doch in Wirklichkeit aus!

(Beifall bei der SPD)

Die zweite Frage ist natürlich: Was verstehen Sie unter Modernisierung? Wir verstehen darunter eine Anpassung des Betriebsverfassungsgesetzes an moderne Wirtschaftsstrukturen und an die notwendigen höheren Beteiligungsrechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Folge von mehr Eigenverantwortung und Selbstbestimmung, die auch am Arbeitsplatz verwirklicht werden muss. Keine Modernisierung ist es allerdings, wenn Sie hier sagen: Modernisierung bedeutet Beschleunigung der Entscheidungsprozesse im Betriebsrat oder mehr Entscheidung vor Ort.

Ich muss darauf näher eingehen. Was bedeutet denn Beschleunigung der Entscheidungsprozesse im

Mitbestimmungsverfahren in Wirklichkeit? Bedeutet das nach Ihrer Vorstellung, dass bestimmte Fristen gesetzt werden, bis zu denen das Mitbestimmungsverfahren abgeschlossen werden muss, andernfalls entscheidet der Unternehmer allein? Das führt doch in der Realität dazu, das ist doch völlig klar, dass während dieser Zeit der Verhandlungen der Betriebsinhaber, der Unternehmer, sich nur nicht zu bewegen braucht, am Ende dann ohnehin kein Ergebnis kommt, damit dann das durchgesetzt wird, was der Wunsch der Unternehmensleitung war, und zwar ohne Mitbestimmungsrecht. Das ist keine Modernisierung, das ist eine Abschaffung der Mitbestimmungsrechte und ein Rückschritt zum Herr-im-Haus-Standpunkt des vorvorigen Jahrhunderts!

(C)

(Beifall bei der SPD)

Ich muss allerdings an dieser Stelle darauf eingehen, dass leider Gottes natürlich auch von den Grünen auf Bundesebene solche Modernisierungsvorstellungen zum Teil vertreten worden sind. Ich will jetzt nicht auf die Vorstellung von einer Aushebelung des Paragraphen 77 Absatz 3 eingehen, die auch auf Bundesebene von grünen Vertretern nicht unmaßgeblich vertreten worden ist. Dazu habe ich ja schon etwas gesagt.

Die arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Thea Dücker, hat ja auch schon die Vorstellung von beschleunigten Mitbestimmungsverfahren geäußert oder auch davon, dass in Kleinbetrieben, wenn zum ersten Mal ein Betriebsrat eingerichtet werden soll, erst einmal eine Art Betriebsrat light mit eingeschränkten Mitbestimmungsrechten entstehen soll. Dies, das muss ich den Grünen auch sehr deutlich sagen, hört sich zwar ganz modern an, aber in Wirklichkeit ist doch ein neu eingerichteter Betriebsrat auf die vollen Mitbestimmungsrechte angewiesen, die ihm überhaupt erst die nötige Durchschlagskraft, Autorität und das nötige Standing bei der Belegschaft geben. Insofern bedeutet auch so etwas keine Modernisierung, sondern im Grunde genommen, solche neu gewählten Betriebsräte von vornherein zum Scheitern zu verurteilen.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Herr Focke, das mit den Kleinbetrieben, ich hatte ja vorhin Recht, scheint ja das zweite große Ärgernis neben der Freistellung zu sein. Ich habe zu den Freistellungen und Kosten schon einiges gesagt.

(Abg. F o c k e [CDU]: Nein! Das behaupten Sie!)

Gemessen an der Bruttolohnsumme und den sonstigen Kosten im Betrieb sind die Kosten für die Betriebsratsarbeit in der Tat ein zu vernachlässigender Bruchteil. Das betrifft natürlich unterschiedliche

(A) Unternehmen in unterschiedlicher Weise, das gebe ich auch zu. Es ist aber gerade der Wunsch geäußert worden, auch aus Unternehmen und in Gesprächen mit Personalabteilungen, Betriebsleitungen hört man dies immer mehr, dass Betriebsräte in die Lage versetzt werden müssen, qualifizierter ihre Mitbestimmungsrechte wahrzunehmen. Zu qualifizierteren Mitbestimmungen angesichts auch der gestiegenen Anforderungen an die Betriebsräte gehört einfach auch mehr Zeit. Deswegen sind die Freistellungen sachlich notwendig, geboten und auch im Interesse einer gedeihlichen Zusammenarbeit und Kooperation im Betrieb, und zwar gerechtfertigt, und sie werden sich auch letztlich zum Wohle der Betriebe auswirken.

Zu den Kleinbetrieben! Es ist ja heute schon so, und das scheinen Sie übersehen zu haben, wenn Sie sagen, warum müssen die denn jetzt plötzlich Betriebsräte wählen, obwohl sie die ganze Zeit ohne ausgekommen sind, dass schon im jetzt gültigen Betriebsverfassungsgesetz steht, in Betrieben ab fünf Beschäftigten wird ein Betriebsrat gebildet. Da heißt es nicht, es wird eine Befragung durchgeführt, ob sie einen Betriebsrat haben möchten. Da wird gesagt, es wird ein Betriebsrat gebildet. Das ist Demokratie. Genauso wenig wie hier in Bremen erst einmal gefragt wird, ob die Bürger die nächste Wahl wollen oder das Geld nicht lieber sparen wollen,

(B) (Beifall bei der SPD)

weil sie sich davon sowieso nichts erwarten. Zur Demokratie gehören geordnete Wahlverfahren, die auch entsprechend geordnet durchgeführt werden.

Das einzig Neue im Betriebsverfassungsgesetz, was Sie anscheinend schon als so bedrohlich empfinden, ist ein vereinfachtes Wahlverfahren. Es kann jetzt statt des langwierigen und sehr komplizierten Wahlverfahrens auf der Wahlversammlung gewählt werden, nachdem eine Woche vorher eine Versammlung zur Vorstellung stattgefunden hat. Ich halte dies in Kleinbetrieben mit bis zu 50, sogar bis zu 100 Mitarbeitern für absolut gerechtfertigt, denn die sind so überschaubar, dass man sich durchaus auch als Beschäftigter ein Bild machen kann, wen man zu wählen und was man von dessen Ansichten zu erwarten hat. Die Betriebsmitglieder, die Beschäftigten, sind mündig genug, dann denjenigen oder diejenige zu wählen, den oder die sie wollen. Im Übrigen weiß auch jeder Betriebsrat, dass er einen starken Rückhalt in der Belegschaft braucht, um überhaupt in der Auseinandersetzung und der Kooperation mit dem Unternehmer zu bestehen. Deswegen sind die Wahlbeteiligungen bei den Betriebsratswahlen im allgemeinen auch sehr hoch.

Mehr Mitbestimmungsrechte, haben Sie gesagt, würden die Betriebsräte zu Politgremien machen. Herr Focke, ich sehe das nicht so. Ich sehe nicht, dass zum Beispiel die Diskriminierung von ausländischen Kolleginnen und Kollegen im Betrieb keine

(C) Arbeitnehmerfrage ist. Ich sehe auch nicht, dass die Frauenförderung keine Arbeitnehmerfrage ist. Ich sehe nicht, dass Mitbestimmung beim Umweltschutz, nämlich bei der Frage, was bei der Produktion herauskommt – heute gibt es ja schon Mitbestimmung beim Arbeitsschutz, also bei der Frage, was denn vor dem Schornstein passiert –, keine Arbeitnehmerfrage ist, also für die Arbeitnehmer nicht auch wichtig ist zu wissen, was hinter dem Schornstein passiert. Dies alles sind keine Fragen, die die Betriebsräte zu Politgremien machen, sondern dies sind Fragen, die originäre Probleme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sind, ganz zu schweigen von den Mitbestimmungsrechten bei Beschäftigungssicherung und Qualifizierung.

Wofür ich eintreten würde, wäre, die Mitbestimmungsrechte hier in Zukunft auch noch zu verstärken, denn hier geht es um ganz elementare Interessen der Beschäftigten im Betrieb. Hier brauchen wir zweifellos stärkere Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte und -möglichkeiten der Betriebsräte, als dies auch im neuen Gesetz der Fall ist. Man muss ja sehr deutlich sagen, es wird eine durchaus maßvolle Erweiterung der Arbeitnehmerrechte vorgenommen. Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, dass die Gewerkschaften durchaus in einigen Punkten auch weitergehende Forderungen haben.

(D) Nun aber zu dem Antrag! Wir debattieren hier heute dieses Thema aufgrund eines Antrages der Grünen. Ich bin davon überzeugt, dass bei allen Auseinandersetzungen und Debatten, die vielleicht auch gut sind, weil dieses wichtige Thema jetzt endlich einmal in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt wird, dieser Gesetzentwurf ohne Konzession an die Forderungen der CDU und der Arbeitgeber vor der Sommerpause im Bundestag verabschiedet wird. Dafür steht die Fraktion der SPD, und das unterstützt auch die Fraktion der SPD hier in der Bürgerschaft. Wir hätten uns übrigens gewünscht, dass sich der Senat auch positiv dazu im Bundesrat geäußert hätte. Dies ist aus koalitionsinternen Rücksichten nicht der Fall gewesen.

Zum Antrag! Wir werden, weil dies für uns eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung ist und wir, wie ich gesagt habe, die Intentionen des Antrags der Grünen im Wesentlichen unterstützen, nicht gemeinsam mit der CDU abstimmen, sondern uns hier zu diesem Antrag gemeinsam als SPD-Fraktion der Stimme enthalten. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen *):
Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Herren! Vorgestern hat es im Bundesministerium für Arbeit eine Anhörung gegeben. Ich wollte auf diese Veranstaltung noch einmal kurz zu sprechen kommen. Auch diese Veranstaltung, Herr Focke und sehr geehrte CDU, hat gezeigt, dass die Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes notwendig ist. Das sagen alle Fachleute und Experten. Es gab Kritik, aber die überwiegende Anzahl der Anwesenden, und das sind Leute aus der Praxis, hat gesagt, die Novellierung ist notwendig. Das Betriebsverfassungsgesetz hat sich bewährt.

(Abg. F o c k e [CDU]: Habe ich das Gegenteil gesagt? Genau das habe ich gesagt!)

Nein! Betriebsräte haben beschäftigungssichernde Wirkung. Ich möchte auch noch einmal sagen, Herr Focke, nur zwölf Prozent der Kündigungen landen derzeit vor dem Arbeitsgericht. Das ist auch den Betriebsräten und dem Betriebsverfassungsgesetz zu verdanken.

Ich möchte mit Genehmigung des Präsidenten noch eine kleine Anekdote aus der Zeitung zitieren, die durchaus Ähnlichkeiten mit manchen Deputations- oder auch Ausschusssitzungen aufweist. „Die ganztägige Sitzung entbehrte nicht einer gewissen Politoutine mit pikanten Zufälligkeiten. So ließ die FDP-Vertreterin Gudrun Kopp am Vormittag ein Fax an die Redaktionen senden, wonach die heutige Anhörung gezeigt habe, dass sich die ablehnende Linie der FDP in den wesentlichen Punkten voll bestätigt habe. Das war um 10.36 Uhr. Die Ausschusssitzung hatte wenige Minuten davor gerade begonnen, nämlich um 10.30 Uhr. Die Ausschussvorsitzende Doris Barnett, SPD, war noch bei ihrer Eröffnungsrede, in der sie die Hoffnung äußerte, die Anhörung möge sachbezogenen Vorschlägen dienen.“ So weit zu dem Beispiel, wie es vor einigen Tagen doch noch recht emotional zugegangen ist auf der Anhörung der Bundesanstalt für Arbeit!

Ich finde auch, das Argument der Investorenabschreckung zieht nicht so richtig, Herr Focke. Es gibt Untersuchungen, Frau Ziegert hat vorhin die der Bertelsmann-Stiftung genannt, es gibt auch weitere Untersuchungen und Erhebungen. Gerade schwedische Unternehmen haben trotz Betriebsverfassungsgesetz in 80 Prozent der deutschen Papierindustrie in den neuen Ländern investiert, und sie fanden das Betriebsverfassungsgesetz keinen Hinderungsgrund.

Die Kostenschätzungen, die hier vorgelegt werden, sind, wie gesagt, enorm. Das ist viel Geld, was auf Seiten der Arbeitgeber geäußert wird, aber ich möchte noch einmal eine vergleichende Zahl nennen, um ein bisschen Sachlichkeit in die Debatte hineinzubringen. Es wird fast fünfmal soviel Geld für Unternehmensberatungen in Deutschland ausgegeben, das sind 22 Milliarden DM. Ich denke, auch Betriebsräte leisten so etwas wie Unternehmensbe-

ratung. Ich finde, das ist durchaus einleuchtend. Auch Betriebsräte dienen in den Betrieben zur Beratung der Unternehmer.

Abschließend möchte ich noch ein Argument sagen, das an dieser Stelle noch nicht gefallen ist. Was sich die CDU und die FDP im Augenblick sehr zu Eigen machen, ist zu sagen, dass in Betrieben mit Teilzeitbeschäftigten diese Beschäftigten zusammengefügt werden sollen, also vier Teilzeitbeschäftigte à zehn Stunden sollen nur wie eine Person gewertet werden. Dagegen sprechen sich SPD und Grüne auf Bundesebene, und ich tue das auch hier, deutlich aus. Dieses Pro rata temporis findet sich im Betriebsverfassungsgesetz nicht wieder. Das Betriebsverfassungsgesetz ist geknüpft an Personen, an individuelle Rechte von Arbeitnehmern. Davon werden wir auch nicht abrücken. Also eine deutliche Absage daran, das betrifft ja einige Branchen, dass wir jetzt dahin gehen und die Belegschaften sozusagen aufteilen in Beschäftigte, die mehr Rechte, und Beschäftigte, die weniger Rechte haben! – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Staatsrat Dr. Knigge.

Staatsrat Dr. Knigge: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie wissen, der Senat hat sich bei der ersten Beratung dieses Gesetzentwurfes im Bundesrat der Stimme enthalten. Ich schätze einmal, dass sich das Meinungsbild, das sich hier unter den Koalitionsfraktionen abgezeichnet hat, auch bei der abschließenden Meinungsbildung im Senat, bei der zweiten Beratung bemerkbar machen wird. Deswegen haben Herr Färber und ich uns heute vorgenommen, hier nicht irgendeine Position des Senats vorzutragen, sondern wir treten als Ressortvertreter auf. Ich möchte als Ressortvertreter für den Bereich des Senators für Arbeit unsere Position wie folgt zusammenfassen:

Wir haben in den letzten Jahren, glaube ich, alle Erfahrungen mit betrieblichen Krisen und Umstrukturierungen gemacht. Ich erinnere an die Vulkan-Krise, ich erinnere aber auch an andere Betriebsveränderungen. Die Erfahrung, die wir dabei gemacht haben, war immer, dass die treibenden Kräfte zur Erhaltung von Arbeitsplätzen in den Betrieben, zum Erhalt auch der Betriebe die Beschäftigten und ihre Vertretungen waren.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage einmal, wir haben vor zwei Wochen den Tag der offenen Tür bei den Lloyd-Dynamo-Werken gefeiert. Diesen Betrieb gäbe es heute nicht mehr,

(C)

(D)

- (A) wenn der Betriebsrat nicht so hartnäckig für den Erhalt dieser Arbeitsplätze gekämpft hätte.

(Beifall bei der SPD – Abg. Frau H ö -
v e l m a n n [SPD]: Lemwerder!)

Wir waren vor kurzem mit der Deputation für Arbeit bei Schichau-Seebeck und haben mit großem Vergnügen gehört, dass die Zahl der Arbeitsplätze sich inzwischen auch wieder auf 700 zubewegt. Auch diesen Betrieb gäbe es nicht mehr, wenn es dort nicht so einen aktiven, engagierten Betriebsrat gegeben hätte.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, in dieser Einschätzung werden wir wahrscheinlich sogar sehr schnell einen Konsens in diesem Haus finden. Ich meine aber, wir können uns nicht nur darauf beschränken, Betriebsräte für ihre bisherige Arbeit zu loben, sondern wir sollten uns fragen, wie muss Betriebsratsarbeit unter heutigen Bedingungen organisiert sein, damit Betriebsratsarbeit genauso wirksam sein kann wie in der Vergangenheit. Da stellen wir fest, das sind Zahlen, an denen niemand vorbeigehen kann, dass die Zahl der Betriebe mit Betriebsräten in den letzten 15 bis 20 Jahren deutlich abgenommen hat. Immer weniger Betriebe weisen einen Betriebsrat auf. Zurzeit sind es unter 40 Prozent der betriebsratsfähigen Betriebe, die einen Betriebsrat haben.

- (B) Das liegt auch daran, dass die Strukturen und die Arbeitsweise der Betriebsräte hier gestärkt werden müssen, dass auch die Bereitschaft gestärkt werden muss, sich für dieses ja nicht ganz leichte Amt in den Betrieben zur Verfügung zu stellen. Deswegen finde ich es richtig, dass auch darüber nachgedacht wird, wie man Betriebsratsarbeit durch externen Sachverstand, durch Bildung von Arbeitsgruppen, durch Bildung von Ausschüssen stärken und unterstützen kann. Dies trägt auch dazu bei, die Betriebsratsarbeit in den Betrieben zu erleichtern und zu stärken.

Das ist aber nur eine Seite der Medaille. Die andere Seite betrifft auch die Veränderung von betrieblichen Prozessen und von Betriebsstrukturen insgesamt. Da, finde ich, trägt der Entwurf auch den veränderten betrieblichen Bedingungen Rechnung, indem er mehr Spielräume lässt auch für tarifvertragliche Vereinbarungen, auch für Vereinbarungen in Betriebsvereinbarungen, mehrere Betriebe zu einem betriebsratsfähigen Betrieb zusammenzufassen oder in Filialbetrieben unterschiedliche Betriebsräte zu bilden und so weiter. Die Spielräume für die betriebliche Autonomie sind hier deutlich erweitert worden. Ich finde, wenn die Betriebspartner verantwortlich damit umgehen, kann das sogar zu mehr Freiheit, auch zu mehr Gestaltungsfreiheit vor Ort führen. Das sollten wir auch so positiv würdigen.

(Beifall bei der SPD)

Was ich an dem Gesetzentwurf auch sehr positiv finde, und das fehlt mir eigentlich ein bisschen im Antrag der Grünen, wenn ich das einmal leicht kritisch anmerken darf, ist die Abschaffung des Gruppenprinzips in den Betrieben. Die Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten ist ein überholter Zopf.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Mit der Neustrukturierung der Betriebsratsarbeit wird dem Rechnung getragen. Künftig wird es eine einheitliche Vertretung in den Betrieben geben. Es wird nicht mehr die Angestelltenvertretung und die Arbeitervvertretung geben, sondern es gibt nur noch die einheitliche Vertretung im Betriebsrat, und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD)

Wenn davon gesprochen wird, dass jetzt das Wahlverfahren erleichtert wird, dann sage ich, in der Tat, es wird erleichtert. Es ist mit diesem zweistufigen Verfahren in Kleinbetrieben deutlich einfacher geworden. Ich habe auch in den Gesprächen mit der Arbeitgeberseite die Meinung vertreten, und ich war vor zwei Wochen erst bei den Unternehmensverbänden zu einer zweistündigen Diskussion und habe dort sehr engagiert und sehr spannend Diskussionen geführt, dass ich glaube, auch aus Arbeitgeberseite kann man die Möglichkeiten auch zur Kostensenkung mit diesem vereinfachten Wahlverfahren aktiv nutzen. Es ist einfacher geworden, wenn man mit diesem Wahlverfahren Betriebsräte wählt, anstatt diesen komplizierten Gang mit Bildung von Wahlvorständen und Abstimmung in den Betrieben, mit Urnen und allem, was damit zusammenhängt, tatsächlich durchzuführen. Mein Appell auch an die Arbeitgeber, die sich heute auch außerhalb dieses Hauses bemerkbar machen: Sie können die Chancen, die in diesem Gesetz liegen, durchaus auch in ihrem eigenen Interesse nutzen. Auch das hilft ihnen, Kosten zu sparen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe die Erfahrung 1972 sehr hautnah miterlebt, damals war ich Student. Ich habe an einem Seminar über die Reform der damaligen Betriebsverfassung teilgenommen und durfte eine Seminararbeit darüber schreiben. Ich kann mich also sehr gut an die Auseinandersetzung erinnern, die wir auch damals hatten. Ich finde, vieles, was wir heute erleben, ist austauschbar zu dem, was 1972 abgelaufen ist. Seit 1972 aber, und das wird auch von Arbeitgeberseite, hat sich doch gezeigt, dass dieses Gesetz sich bewährt hat. Das, was jetzt an Reform der Betriebsverfassung vorliegt, ist aus meiner Sicht nicht die

(C)

(D)

- (A) Revolution in den Betrieben. Ganz im Gegenteil ist es eine behutsame Weiterentwicklung der Betriebsratsarbeit, die beiden Seiten nützen kann, wenn beide Seiten so verantwortlich mit der Betriebsverfassung umgehen, wie das in der Vergangenheit auch der Fall war. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Staatsrat Dr. Färber.

Staatsrat Dr. Färber: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der geschätzte Kollege Knigge hat eben zu mir gesagt, machen Sie es kurz, halten Sie die Karte hoch! Ich halte die Karte hoch, möchte es aber nicht dabei bewenden lassen, denn das ist die Einladung zu der Veranstaltung, die gerade eben hier unten stattgefunden hat oder noch stattfindet. Ich denke, das ist etwas Besonderes, das ist eine Unternehmerdemonstration, die hier in Bremen auf dem Marktplatz passiert. Ich denke, das ist ein Hinweis auf die Brisanz, die in diesem Thema doch gegeben ist.

- (B) Mit dem vorgelegten Entwurf zur Veränderung des Betriebsverfassungsgesetzes ist es der Bundesregierung aus der Sicht des Wirtschaftsressorts nicht gelungen, dem Anspruch einer grundlegenden Modernisierung des Betriebsverfassungsgesetzes gerecht zu werden. Dass man ein Gesetz nach 30 Jahren auf den Prüfstand stellt, ich denke, das ist völlig angemessen, es ist 30 Jahre alt. Die Bilanz dazu muss aber nun auch alle Erfahrungen berücksichtigen, positive wie negative, und muss auch Veränderungen von Rahmenbedingungen wie Globalisierung und Ähnliches berücksichtigen.

Das Betriebsverfassungsgesetz und die betriebliche Mitbestimmung mit ihren weitgehenden und abgestuften Mitwirkungs- und Beteiligungsrechten haben sich in der betrieblichen Wirklichkeit insgesamt bewährt. Die Mitbestimmung ist insoweit eine wesentliche soziale Komponente für die soziale Marktwirtschaft. Im Laufe der Zeit hat sich aber eine Tendenz zu einer stärkeren einzelbetrieblichen Orientierung entwickelt, was zu begrüßen ist. Entscheidungen sollten aber dort getroffen werden, wo sie hingehören, in den Betrieben. Im europäischen Vergleich, das wurde angesprochen, gibt es nur in jedem zweiten EU-Land eine Mitbestimmung auf Unternehmensebene, die allerdings in keinem anderen Land so weitgehend ist wie in Deutschland, was sich auch unter Investoren herumgesprochen hat.

Alle Wirtschaftsforschungsinstitute und die OECD sind sich einig, dass der Arbeitsmarkt in Deutschland einen großen Reformbedarf hat. Die Experten machen in diesem Zusammenhang die Verkrustung auf dem Arbeitsmarkt für die hohe und auch hartnäckige strukturelle Arbeitslosigkeit in Deutschland

- (C) verantwortlich. Die Wirtschaft sieht in dem Gesetzesentwurf gar ein Abschreckungsprogramm gegen die Schaffung von Arbeitsplätzen, ein Thema, das ich nun als Hauptaufgabe für mein Ressort sehe.

Die Chance zu einer Flexibilisierung der Mitbestimmung und einer Beschleunigung von Entscheidungen im Betrieb wurde nicht genutzt. Ziel einer Reform des Betriebsverfassungsgesetzes muss es sein, die für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen mitentscheidende Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen für den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stützen und zu stärken. Durch die Ausweitung der geltenden Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte, Absenkung der Schwellenwerte für die Größe des Betriebsrates sowie für Freistellungen der Betriebsratsmitglieder werden diese Ziele konterkariert.

(Unruhe – Glocke)

Präsident Weber: Auch zum Schluss des heutigen Tages möchte ich um Aufmerksamkeit für den Redner bitten!

Staatsrat Dr. Färber: Einige Aspekte des Reformvorschlages können mitgetragen werden, da ein Regelungsbedarf durch die mit den Jahren veränderten Betriebsstrukturen gegeben ist und den Kriterien Flexibilisierung, Vereinfachung, mehr Rechtssicherheit und Verfahrensbeschleunigung Folge geleistet wird.

(D) Dazu gehört die Entbürokratisierung des Wahlrechts durch Vereinfachung des Wahlverfahrens in Kleinbetrieben und Aufhebung des überholten Gruppenprinzips. Die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten wird die Wahlen zum Betriebsrat auch innerhalb des Betriebsrats deutlich vereinfachen. Ebenfalls ist die Klarstellung, dass die in den unterschiedlichen Formen des Außendienstes tätigen Arbeitnehmer und insbesondere die in Telearbeit Beschäftigten zur Belegschaft des Betriebes gehören und daher in vollem Umfang dem Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats unterliegen, zu unterstützen.

Wesentliche Neuerungen führen dagegen in ihrem Ergebnis zu einer erheblichen finanziellen Mehrbelastung der Wirtschaft. Besonders betroffen ist dort wieder einmal der Mittelstand, der schon heute durch die nationale Regelungsdichte in seiner Wettbewerbsfähigkeit stark eingeschränkt ist.

(Beifall bei der CDU)

Den dem Reformbestreben zugrunde liegenden Kriterien Flexibilisierung, Vereinfachung und Verfahrensbeschleunigung widersprechen die in vielen Bereichen eingeführten beziehungsweise erweiterten Mitbestimmungsrechte. Betriebsräte können über Qualifizierungsmaßnahmen mitbestimmen, wenn

(A) neue Arbeitsmittel eingeführt werden, über den betrieblichen Umweltschutz oder bei der Verabschiedung von Grundsätzen für die Gruppenarbeit. Der Gesetzentwurf ist insgesamt zu bürokratisch und belastet die Wirtschaft, insbesondere den Mittelstand, mit erheblichen Kosten. Nach Schätzungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft beträgt hier die jährliche zusätzliche Kostenbelastung 2,7 Milliarden DM, andere Schätzungen gehen noch von deutlich höheren Kosten aus.

Die Regelungsdichte im deutschen Arbeitsmarkt, die sich schon jetzt negativ auf die Entscheidung inländischer und ausländischer Investoren auswirkt, wird weiter erhöht. Es ist zwar richtig, dass die deutsche Wirtschaft gelernt hat, mit der Mitbestimmung zu leben, doch ändert es nichts daran, dass hierzulande weltweit die am weitesten reichenden Mit- und Einwirkungsrechte der Arbeitnehmer bestehen. Wo der Wettbewerb global ist, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte geboten wäre und Führung im Wesentlichen durch Motivation erfolgen sollte, scheint hier die praktische Realität der Novelle bereits etwas überholt zu sein.

Zum Abschluss möchte ich Herrn Dr. Knigge dann doch etwas Besonderes gönnen. Ich denke, so eine Unternehmerdemonstration ist etwas Besonderes. Ich lade ihn einmal zum Bier ein, und dann werden wir dort die weiteren Dinge besprechen. – Vielen Dank!

(B) (Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/646 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und Abg. T i t t m a n n [DVU])

Stimmenthaltungen?

(SPD)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf noch um Ihre Aufmerksamkeit bitten, wir haben noch acht Minuten. Sie sind wahrscheinlich damit einverstanden, dass wir den folgenden Tagesordnungspunkt nicht mehr aufrufen.

(Beifall)

Aber ich weise darauf hin, dass wir sehr viele Tagesordnungspunkte ausgesetzt haben und diesen Stapel noch nicht angesprochen haben. Wir müssen uns zur letzten Sitzung vor der Sommerpause vielleicht noch einen zusätzlichen halben Tag gönnen.

Herzlichen Dank, ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Feierabend.

(Schluss der Sitzung 17.52 Uhr)

(C)

(D)